DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

129 12. JAHRGANG Juni '95 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

VERTRIEBSMISERE

Es geht manchmal etwas chaotisch zu. Diesmal haperte es im Vertrieb. Bei der Adressierung in unserer Druckerei wurden überflüssigerweise die schon aufgebrachten aktuellen Vertriebsadressen durch ein Doppel aus dem Vormonat überklebt. Dies führte dazu, daß viele von Euch kein Exemplar der Mai-Ausgabe bekommen haben. Wir bitten Euch um Nachsicht und um Benachrichtigung, damit wir Euch das fehlende Exemplar nachsenden können.
Die Sommer-Ausgabe wird Euch wegen der anstehenden Endproduktion der BUNTEN SEITEN 1995 erst Anfang August zugestellt werden.

Die Redaktion

HINRICHTUNGSBEFEHL

Pennsylvanias republikanischer Gouverneur Thomas Ridge hat am 2. Juni den Hinrichtungsbefehl für den schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal unterzeichnet. Der Hinrichtungstermin wurde auf den 17. August festgelegt. Dadurch soll ein kritischer Autor zum endgültig zum Schweigen gebracht werden. Kurz vor Drucklegung erreichte uns diese Nachricht, die uns veranlaßte, in dieser Ausgabe an Eure Solidarität zu apellieren. Schreibt Protestbriefe oder -faxe an die Verantwortlichen und Solidaritätsbriefe an Mumia Abu-Jamal. Hintergrundbericht und Anschriften auf Seite 14

REFORM ÜBER'S KNIE GEBROCHEN?

Die Fortsetzung der Diskussion zur bündnisgrünen Stiftungsreform bildet Klaus Müllers Beitrag »Ein Schritt vor und drei zurück!«. Der LaVo-Sprecher aus Schleswig-Holstein kritisiert Entscheidungen, Strukturen und Reformausschuß und fordert vor weiteren übereilten Reformschritten die Einbeziehung von Fachleuten und Verantwortlichen aus Partei und Basis. Seite 3

WELT-FRAUENKONFERENZ

Kommenden Herbst ist in Bejing (China) eine Neuauflage der Weltfrauenkonferenz geplant. Diskussionen zur Situation von Frauen in der Gesellschaft haben – wie die letzte Konferenz gezeigt hat – durchaus ein öffentliches Echo ausgelöst. Um seitens unabhängiger Frauenorganisationen möglichst gut vorbereitet nach Bejing reisen zu können, veröffentlichen wir Vorbereitungspapiere sowie zu welchen Themen und wie an weitere Materialien heranzukommen ist. Außerdem ein Interview zum Thema mit der mexikanischen Anthropologin und Feministin Marcela Lagarde. Seite 4

SCHREINEREIEN

Das bundesweite Schreinereientreffen übt unverminderte Anziehungskraft aus. »Mit individuell gestalteten Produkten erfolgreich« wollten die TeilnehmerInnen werden oder weiterhin sein. Praxisnahe Berichte zur Entstehung einer attraktiven Kindermöbelserie inklusive Zusammenarbeit mit einem Gestaltungsbüro, der Diskussion um Kleinserien und dem Aufbau einer eigenen Vertriebsfirma lieferten ausreichend Gesprächsstoff. Wie Design ökologisch/selbstverwaltet arbeitende SchreinerInnen bewegt, ist zu erfahren auf Seite 10

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Angesichts der zunehmenden Kommerzialisierung und der anrollenden »Ethik-Welle« ist eine stärkere Entwicklung solidarischer Wirtschaftsformen notwendig. Dies will EL PUENTE als Importorganisation durch partnerschaftlichen Handel mit förderungswürdigen Projekten erreichen. Selbstverwaltet wirtschaften soll auch heissen, daß ihre ProjektpartnerInnen als Gesellschafter beteiligt werden und mitentscheiden können. Die Projektvorstellung auf Seite 11

QUALITÄTSSIEGEL UND GÜTEZEICHEN

Alles öko, alles bio – oder was?

Immer neue Produkte mit ökologischen Gütezeichen überschwemmen den Markt – früher nur im *Bioladen, heute auch im Supermarkt. Doch was heißt schon »biologische Lebensmittel« oder »natürliche Textilien«, wenn sich die KundInnen im Gütesiegel-Wirrwarr nicht mehr zurechtfinden oder die Kriterien für die Siegelvergabe nicht überprüfen können? Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser* – doch das klappt nicht immer.

Peter Streiff, Redaktion Frankfurt ● Qualitätssiegel, Gütezeichen, Labels oder Markenzeichen: es gibt sie in vielen Branchen, mit unterschiedlicher Bedeutung und es kommen laufend neue hinzu. Eine präzise Übersicht wäre angesagt, würde aber sowohl den Umfang dieser Zeitung wie auch unsere Arbeitskapazitäten übersteigen. Dennoch wollen wir mit verschiedenen Aspekten ins Thema einsteigen und heikle Punkte beleuchten.

Gütezeichen existieren sowohl produktbezogen wie auch für ganze Branchen. Qualitätssiegel sind in letzter Zeit häufig im Zusammenhang mit Öko-Audit im Gespräch, einem System für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung eines Betriebs. Dieser letztgenannte Aspekt soll diesmal nur am Rande gestreift werden, ein ausführlicher Schwerpunkt dazu – vermutlich mit Bezug zu selbstverwalteten Schreinereien – *wird später folgen*.

Beispiele für produktbezogene Gütezeichen sind u.a. in der Textilbranche zu finden. Anspruchsvolle KundInnen stöhnen gerade beim Kauf von Kleidern oder Bettwaren, denn hier sind auf den ersten Blick ökologische nur schwer von nicht ökologischen Textilien zu unterscheiden. Ein Kauf erfolgt oft spontan unter großer Unsicherheit über die versprochene Qualität. Die teilweise neuen, verwirrenden Bezeichnungen der »ökologischen« oder »natürlichen« Produkte lassen sich letztendlich nur mit einer ausführlichen Beratung in ein »gutes Gefühl beim Einkaufen« verwandeln. Gefordert wäre mindestens eine Volldeklaration des Produkts, was z.B. auch den Anbau des Rohstoffs beinhaltet, und ein betriebsneutrales Qualitätszeichen, wie es der Arbeitskreis Naturtextilien mit seinen »strengsten Richtlinien« demnächst einführen wird.

Im Unterschied zur Textilbranche, wo qualitativ strenge Gütesiegel noch fehlen und andere nur teilweise überzeugen, kennen regelmäßige NaturkostkundInnen mindestens einige gängige Labels – wie z.B. Demeter, Bioland, Gäa, Naturland –, die gleichzeitig dem Namen eines Anbauverbandes entsprechen. Dennoch bekommt auch die Naturkostbranche die Skepsis der Neukundschaft zu spüren. Zahlreiche Meinungsumfragen haben im letzten Jahr belegt, daß den wenigsten VerbraucherInnen klar ist, was sich hinter dem Biobegriff verbirgt. Neben den fehlenden Entscheidungskriterien für den Kaufentscheid kommen noch Unsicherheiten hinzu, die durch verzerrende Skandalberichte in Massenmedien geschürt werden. Einfach ist die Einhaltung von Qualitätsrichtlinien im Lebensmittelbereich gewiß nicht, denn aufgrund neuster Erkenntnisse müßten die Kriterien für biologisch erzeugte Lebensmittel neu definiert werden, wie unser Beitrag zu neuen Feldversuchen der Bio- und Gentechnologie unterstreicht.

Fortsetzung auf Seite 5

SCHWERPUNKT GÜTEZEICHEN

Mit Beiträgen aus den Bereichen:
Biologische Textilien Seite 5
Das Besondere von Frauenbetrieben Seite 6
Verbundmarketing und Wirtschaftlichkeit Seite 7
Die Biobrille (Kommentar) Seite 5
Betriebliche Identität von Schreinereien Seite 8
Ökologische Baustoffe Seite 8
Bio-Lebensmittel ohne Gentechnik Seite 9

P 8008 E

TAGESZEITUNG JUNGE WELT IN BELEGSCHAFTSHAND

junge Welt – unbankrottbar!

Von Gabriel Didier, Berlin ● Seit Monaten hatten die 56 RedakteurInnen und MitarbeiterInnen der Tageszeitung »junge Welt« schon damit gerechnet. Trotzdem überraschte sie der Beschluß vom Konkurs und der Einstellung der Tageszeitung, den der Verlagsleiter am 5. April, morgens um 9 Uhr bekanntgab. Das Medienzentrum Schmidt und Partner (Freitag, Titanic, Elefanten Press) hatte das Tageszeitungsprojekt aufgegeben. Einige der MitarbeiterInnen wollten das nicht akzeptieren: In nur wenigen Tagen wurde ein ökonomisches und inhaltliches Konzept zusammengestellt, nach nur einer Woche die Produktion wieder aufgenommen und nach über 40 Ausgaben steht fest: Die »junge Welt« hat sich eine neue Chance erarbeitet.

Wer kennt die »junge Welt«? Im Westen ist noch nicht einmal bekannt, daß sie vor Urzeiten das Zentralorgan der FDJ war, mit 1,6 Millionen auflagenstärkste Zeitung der DDR. Im Osten weiß auch längst nicht jede/r, daß es die Zeitung noch gibt. Nach 1990 lavierte sie zunächst als Wendeblättchen herum: Die jungen Menschen sollten in das neue System hineinbegleitet werden (126teilige Serie: Wie werde ich Jungunternehmer?). Forderungen aus der Belegschaft nach einem konsequent systemkritischen Linkskurs wurden ignoriert, die Auflage fiel kontinuierlich in den Keller. Ökonomisch wurde diese Entwicklung durch eine radikale Preispolitik aufgefangen: Mehrmals wurde zum Jahresbeginn der Abopreis um 50 Prozent erhöht. Mißtrauensvoten gegen Chefredaktion und Geschäftsführung blieben ohne Folgen. Der versuch der Belegschaft, das Blatt in die eigenen Hände zu nehmen, wurde abgewürgt.

Kurz vor dem sich abzeichnenden Ende der Zeitung gelang dann doch noch eine Innovation: Der Hamburger »konkret«-Herausgeber Hermann L. Gremliza konnte als Berater gewonnen werden. Die Zeitung erhielt ab Mai 1994 ein völlig neues Profil (Kritik und Analyse statt Politikberatung), die bis dahin fast ausschließlich aus OstredakteurInnen bestehende Redaktion bekam Ergänzung aus Westdeutschland. Zum ersten Mal wurde die »junge Welt« auch im Westen der Republik zur Kenntnis genommen.

Allerdings nicht so intensiv, um die nach wie vor recht hohen Abbestellungen zu egalisieren. Zwar konnten in den folgenden Monaten mehr Bestellungen als je zuvor seit der Wende registriert werden, aber um diesen Trend zu stabilisieren, hätte das Medienzentrum einige Investitionen riskieren müssen. Statt dessen kam dann am 5. April dieses Jahres die Konkursmeldung.

Ob eine Tageszeitung in Belegschaftshand machbar ist, wurde nicht nur an ökonomischen Fragen diskutiert. Ein Teil der Belegschaft hielt es unter den angespannten finanziellen Möglichkeiten nicht für realistisch, eine politisch anspruchsvolle linke Tageszeitung zu realisieren. Tatsächlich mußte die neue »junge Welt« ihre Seitenzahl von 24 auf 16 reduzieren. Tatsächlich sind einige der Schwächen der heutigen »jungen Welt« auf die ökonomischen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Und trotzdem gibt es mit der »jungen Welt« eine realistische Chance, ein konsequent linkes partei- und bundeslandübergreifendes Tageszeitungsprojekt zu installieren. Mittlerweile stellt sich heraus, daß das nicht nur Wunsch der Redaktion ist: Überall im Land bilden sich jW-Initiativen, erstmals seit der Wende konnte die Auflage der Zeitung gesteigert werden. Jetzt soll mit der Gründung einer Genossenschaft das notwendige Kapital gesammelt werden, um der Zeitung eine Perspektive über das Jahr 1995 hinaus zu geben. ●

AbonnentInnen-Service:
(0 30) 688 34-361 oder 362. Ein 15-Wochen Soli-Abo kostet 90 DM.

IN NORDDEUTSCHLAND:

Torfdollar und Tauschmärkte

Seit Mitte 94 kursieren in den Gemeinden Ottersberg und Sottrum (östlich von Bremen) Torfdollar. Seit Herbst 94 findet monatlich der Tausch- und Trödelmarkt in den beiden Gemeinden mit wechselnden Veranstaltungsorten statt.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Nachdem im Sommer der »Torfkurier«, die Regionalzeitung für beide Gemeinden, und das »Axolotl«, eine kleine Galerie, beschlossen hatten, ihre Geschäfte miteinander in Torfdollars zu verrechnen, gibt es diese »Währung« als Gut- und Lastschriften auf entsprechenden Verrechnungskonten in Zettelform, die jeder Beteiligte im Portemonnaie bei sich trägt. Bei einem monatlichen Treffen werden 1% der Guthaben von den Konten abgezogen und auf ein Gebührenkonto übertragen und dort für ein gemeinsames Fest gesammelt. Das Kreditlimit liegt bei 640 Torfdollars (dem Preis für einen Eisenstuhl). Das maximale Guthaben bei 1.000 Torfdollars. Ein Torfdollar entspricht dem Wert einer Mark.

Logo des Tausch & Trödels, eine Kinderzeichnung einees Bornholmer Kindes

Das Modell ist klein. Inzwischen sind rund 10 Leute beteiligt, die miteinander auf Torfdollarbasis handeln. Im Angebot sind Metallmöbel, Schweißarbeiten, die Zeitung Torfkurier inklusive Kleinanzeigen darin, Töpferartikel, antiquarische Bücher, Schreinerdienstleistungen, Haareschneiden und Holzhakken. Der monatliche Umsatz dürfte bei rund 100 bis 400 Torfdollars insgesamt liegen. Neue Leute aus der Region sind gern gesehen. Das System kann auch gern bei Bedarf auf Verrechnungskonten etc. wie bei anderen Talentsystemen umgestellt werden.

Die wesentlichen Tauschgeschäfte werden teilweise im monatlichen Torfkurier im Kleinanzeigenteil angeboten (mit Kreuzchen von den anderen Kleinanzeigen abgehoben). Das ist allerdings der geringere Teil. Das meiste wird bei den monatlichen Tauschmärkten und dem monatlichen Vorbereitungstreffen dazu direkt abgewickelt.

Bei dem Tausch & Trödel, dessen Logo eine Kinderzeichnung ist (s. Abb.), wird auch außerhalb der Torfdollar-Zettelkonten zwischen allen Beteiligten lebendig getauscht. Teppiche gegen Kleidung und Schallplatten, Kuchen gegen Bücher ... auch Ringtäusche gibt es dort »Du gibst mir, ich dann ihm, und er dagegen Dir.«

Allerdings sind die Torfdollars noch nicht die beherrschende Währung unseres Alltages.

Torfdollar

Name: Frau Tl Modr Konto: 003 Seite: 1

Datum	PartnerIn	Partn.-Konto	+/-	Kontostand	Partn.-Unterschrift
4.7.	Nadja Till	001	+39	+39	Till
5.7.	Sonja Teller	005	-25	+14	Teller
31.7.	Gebäude	000	-0,14	+13,8	xx Teller
12.8.	Rolf Fresser	002	+47	+60,8	Fresser
19.8.	Sonja Teller	005	-71,16	-10,34	Teller
318	Gebäude	000	0,-	-10,34	xx Teller
7.9.	Dirk Dosch	009	-114,-	-124,34	Dosch
24.9.	Nadja Till	001	+222	+97,66	Till
30.9	Gebäude	000	-0,98	+96,68	xx Teller
1.10	Dirk Dosch	009	+12,-	+108,68	Dosch
	usw.				

Beispie eines Torfdollar-Zettelkontos

Die Markttermine für Tausch & Trödel:

September 1994:
Galerie Axolotl, Stuckenborstel
Oktober 1994:
Initiative für Neues Wohnen e.V., Ottersberg-Bahnhof
November 1994:
Bildhaueratelier H. Tröger, Sottrum
Dezember 1994:
Winterpause
Januar 1995:
Bücherscheune, Narthauen
Februar 1995:
Freie Kunststudienstätte, Ottersberg
März 1995:
Haupt- & Realschule, Ottersberg
April 1995:
Maifestzelt, Fischerhude
Juni 1995:
Camping Eikhöfe, Everinghausen
Juli 1995:
Dorfgemeinschaftshaus, Clüversborstel
August 1995:
Sommerpause

Kindertrödel ist fester Bestandteil des "Tausch- und Trödelmarktes" Foto: Elke Paul

So geht es hier also in klassischer Form eigenständiger Regionalentwicklung quer über die Dörfer. Wer an einem Tausch & Trödel teilnehmen möchte, ist herzlich eingeladen. Übernachtungsmöglichkeit vorhanden. Mitarbeit beim Auf- und Abbau des Marktes erwünscht. ●

Nähere Informationen über:
Torfkurier Verlags GbR, – Tausch & Trödel –, Everinghausen 42, D-27367 Sottrum (Postkarte statt Telefon)

TAUSCHRINGE

Der doeMak-Tauschring

Von Holger Lemme, Halle/Saale ● Nach über zwei Jahren bargeldlosen Tauschens innerhalb der Mauern der Villa Jühling wurde der doeMak-Tauschring am 1. Mai 1995 offiziell für Halle aus der Taufe gehoben.

Nachdem mittlerweile über 50 Personen Mitglied des Tauschsystems sind und auch andere Vereine Interesse an einer Vernetzung äußerten, bietet die doeZentrale (Vermittlungs- und Verbuchungsstelle des Tauschringes) ihre Dienstleistungen jetzt für Verbände, Unternehmen und Personen aus ganz Halle an. Neben privatem Tausch soll vor allem die ehrenamtliche Mitarbeit bei gemeinnützigen Vereinen und Initiativen gefördert werden. Als institutionelle Tauschring-Mitglieder wurden inzwischen das Schauspielhaus »neues theater«, einige Kneipen und der Eine-Welt-Haus e.V. gewonnen. Diese haben im Gegensatz zu den Privatpersonen (200 doeMak) ziemlich hohe Kreditrahmen (bis 10.000 doeMak) und können damit ihre ehrenamtlichen Mitglieder honorieren.

So wird jetzt schon die Möglichkeit genutzt, beim Villa Jühling e.V. einige Stunden zu arbeiten (z. B. Fenster streichen oder Rasen mähen) und damit den Eintritt und das Bier in der Musik-Kneipe »Thalia-Gewölbe« zu bezahlen.

Durch die Verbindung von privatem und institutionellem Tausch hoffen die Betreiber des Tauschringes auf breite Akzeptanz und Nutzung der doeMak in der Stadt.

Demnächst soll in der Besucherabteilung des »neuen theater« ein Informationspunkt eingerichtet werden. Dort ist es dann möglich, allgemeine Informationen über den Tauschring zu erhalten, Konten zu eröffnen, die Kontoauszüge abzuholen und Buchungsaufträge abzugeben. Weiterhin wird dort regelmäßig ein Mitglied des doeMak-Vorstands ansprechbar sein.

Inzwischen wurde auch ein Stadtmagazin für den Abdruck unserer Marktzeitung gewonnen. Der »dust« wird Angebot und Nachfrage unseres Tauschringes in einer speziellen Kleinanzeigenrubrik kostenlos veröffentlichen. Auf längere Sicht ist der Eintritt des Stadtmagazins in den Ring vorgesehen. ●

Kontakt:
doeZentrale Halle/Saale
c/o Villa Juehling e.V.
Semmelweisstrasse 6
D-06120 Halle (Saale)
☎ (03 45) 551 16 99
Fax 550 85 98

ZEITBANK IN ITALIEN:

banca del tempo

Von Bernhard Oberrauch, Bozen ● Laut einem Artikel in der »Repubblica« vom 7.4.95 gibt es in Sant Arcangelo (Romagna, Italien) eine »banca del tempo«, eine »Zeitbank«. Hier werden Stunden getauscht, ähnlich der Zeitbörse in Kassel. Ein Beispiel: Mara muß ein Fest für den 100. Geburtstag ihrer Mutter im Altersheim organisieren, weiß aber nicht, wie tun. Sie geht in die Zeitbank und holt sich einige Stunden von Mitgliedern, die sich zur Verfügung gestellt haben. Die Party gelingt bestens. Oder: Sonia muß bis 22 Uhr arbeiten, und die Familie wartet auf das Essen. Keine Angst, Laura hat zwei Stunden Zeit und tauscht sie ein. In dieser speziellen Bank findet sich Zeit für alles und das Leben bekommt einen neuen Rhythmus. Der Kontostand zeigt am Ende des Monats den Stand der Guthaben oder Schulden, aber Zinsen existieren nicht.

Das Projekt wird von der Bürgermeisterin Maria Cristina Garattoni, ihrer Sekretärin Rosa Eliana und anderen Frauen getragen und richtet sich vor allem an Frauen. Koordinatorin der Bank ist die Sozialassistentin Matilde Tasinari. Öffnungszeiten: 10.30 bis 11.30, 15.30 bis 16.30. Informationen bei 0541-624305 oder über die Grüne Nummer der Gemeinde: 167-014302.

Am 29.Mai 1995 findet eine von den Gewerkschaften organisierte Tagung in Bologna statt, um Möglichkeiten und Probleme bei solchen Tauschringen zu besprechen; Ort: Aula Magna, Palazzo della Regione, Bologna, Viale del Moro 30 ●

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.

O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)

O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

MiniPressen-Messe Mainz vom 25. bis 28. Mai: CONTRASTE-Stand. Lobbyarbeit für Selbstverwaltung ist teuer – trotz ehrenamtlicher Arbeit. Damit CONTRASTE häufiger an die Öffentlichkeit gehen kann, brauchen wir eine Stärkung des Träger-Vereins. Wie wird man/frau Vereinsmitglied? Einfach nebenstehenden Coupon ausfüllen. Auf dem Foto: CONTRASTE-Mitarbeiterinnen Dahalla und Ute (v.l.n.r.) Foto: Dieter Poschen

STIFTUNGSDISKUSSION:(FORTSETZUNG UNSERES SCHWERPUNKTTHEMAS VOM APRIL)

Ein Schritt vor und drei zurück!

oder »Wieder Himmel auf Erden?«

»Von dem auf Erringung politischer Macht und deren Ausübung gerichteten Wettbewerb der politischen Parteien hat sich die Zwecksetzung der Stiftungen deutlich abzuheben. Die Stiftungen sollen die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten anregen und den Rahmen bieten für – allen interessierten Bürgern zugängliche – offene Diskussion...«
(Stiftungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes, Juli 1986)

»Es ist daher selbstverständlich, daß DIE GRÜNEN nur dann Gelder aus dem Bundeshaushalt für eine politische Stiftung beantragen werden, wenn diese Stiftung parteiunabhängig ist und auf dem Wege der Selbstverpflichtung die in unserer Klage kritisierten Mißstände ausschließt. (...)
6. Funktions- und MandatsträgerInnen der GRÜNEN (auf Länder-, Bundes- und Europaebene) dürfen nicht gleichzeitig Funktions- oder MandatsträgerInnen in der Stiftung sein.«
(Stiftungsbeschluß der Ludwigshafener BDK (Bundesdelegiertenkonferenz) März 1988)

Wo gehobelt wird, da fallen Späne, sagt der Volksmund.

BDK 1988 in Ludwigshafen Foto: Dieter Poschen

Von Klaus Müller, Kiel ● Ganz heftig und mit ungewöhnlicher Vehemenz ist seit dem letzten Herbst zumindest ersteres der Fall: »Wir werden jetzt Druck ausüben« und »Das Konzept ist falsch«, so Heide Rühle Ende Oktober im Focus und Henry Selzer fragte an gleicher Stelle, »ob wir uns diesen Luxus länger leisten können.« Oder in den Thesen des sogenannten Frankfurter Kreises hieß es im letzten November: »Zu recht wächst die Kritik an ineffektiven Parallelstrukturen (...) Es wird zunehmend klar, daß der Spannungsbogen von Parteinähe und -distanz neu zu bestimmen ist.« Arnd Grewer in einem Brief zur Kölner BDK: »Ich habe mich geirrt. (...) Ich habe Eigeninteresse und Beharrkraft großer Apparate unterschätzt.« Oder Ende November in der Frankfurter Rundschau Ludger Volmers Vorwurf der »zelebrierten Parteiferne«, bzw. »ohne Drohungen bewege sich wahrscheinlich nichts«. Ein Monat später hieß es in einem Brief des Regenbogen-Vorstandes an die Delegierten der BDK in Potsdam: »(...) Voraussetzung (dafür) ist ein offener, fairer, die laufende Bildungs- und Projektarbeit nicht behindernder, sozialverträglicher und trotzdem zielorientierter Prozeß.«

Immerhin geht es um ca. 50 Millionen Mark, die im kommenden Jahr fließen und bis 1998 auf gut 65 Mio. DM anwachsen werden. Es geht um die Zukunft der grün-nahen Stiftungen.

Doch der Reihe nach: Am 27. März 1988 war es endlich soweit. Nach langwierigen Verhandlungen, während des Höhepunktes innergrüner Strömungskämpfe, wurde auf der BDK in Ludwigshafen das dreigliedrige Stiftungsmodell aus Buntstift, Heinrich-Böll-Stiftung und Frauen-Anstiftung unter dem Dach des Regenbogen geschaffen.

In den folgenden Jahren ließ das GRÜNE Interesse an den Stiftungen – aber auch umgekehrt – rapide nach. Man wollte dem Bundesverfassungsgericht und dem eigenen Anspruch der Parteiferne (»So nah wie nötig, so fern wie möglich«) besonders gründlich nachkommen. Daß eine strömungspolitische Dreifachteilung in der Praxis jede Menge Reibungsverluste produzieren würde, war absehbar: Drei Auslandsbereiche, mit allzu oft unabhängig voneinander agierenden Projekten in aller Welt, drei getrennte Anlaufstellen für das Studienwerk und auch darüber hinaus kaum Absprachen oder gemeinsame Kooperation.

Ende 1994 nahm das Parteiinteresse wieder zu. Die Fusion mit dem Bündnis 90 war abgeschlossen, der Einzug in den Bundestag so gut wie sicher. Höchste Zeit für eine unbestritten notwendige Stiftungsreform, allerdings gebremst durch den Drang zahlreicher Bundesvorstandsmitglieder in die BT-Fraktion zu wechseln, so daß sich nur der Bundesschatzmeister, Henry Selzer, und die Politische Geschäftsführerin, Heide Rühle, mit wirklicher Kontinuität den Reformbestrebungen gewidmet haben.

Ursprünglich im Herbst 94, dann zum Jahreswechsel und zuletzt auf dem Länderrat am 11. Februar sollte die innerparteiliche Debatte über die weitere Arbeit der Stiftungen erfolgen. Aber nicht mit einem vernünftigen Vorlauf, der eine breite inhaltliche Debatte ermöglicht hätte, sondern ganze vier Tage vor dem Länderrat versandte der Bundesvorstand seine Beschlußvorlage per Fax durch die Republik. Der entscheidende Reformhebel und das Argument für den plötzlichen Zeitdruck lägen in den 95er Haushaltsberatungen des Bundestages. Dieser genehmigt jedes Jahr – und dieses Mal erst im März – die Mittel für die fünf partei-nahen Stiftungen (der Antrag der PDS auf eine Stiftung wurde wiederholt bei Enthaltung der GRÜNEN abgelehnt).

In dem Beschluß des Länderrates hieß es dann auch: »Der Länderrat empfiehlt der Bundestagsfraktion, dem Stiftungsverband Regenbogen die befristete Anerkennung als bündnisgrün-nahe Stiftung befristet auf ein Jahr, also bis zu den Bundeshaushaltsberatungen 1996, auszusprechen.« Der Zeitraum für den weiteren Reformprozeß ist also abgesteckt und alle drei Einzelstiftungen haben auf ihren Mitgliederversammlungen diesen Beschluß »begrüßt«.

Ein Schritt vor ...

Die Initiative für eine Reform der Stiftungen war in der Tat überfällig. Verschiedene Anläufe der letzten Jahre aus den Stiftungen heraus sind immer wieder an den widerstehenden Interessen der drei Einzelstiftungen untereinander gescheitert. Die Reibungsverluste, der immerhin von einer GRÜNEN Bundesdelegiertenkonferenz beschlossenen Dreifachstruktur, waren nicht mehr zu übersehen.

... und drei Schritte zurück

Wie weit die GRÜNEN in den achtziger Jahren die öffentliche Diskussion über die Arbeit politischer Stiftungen vorangetrieben haben, kann hier nicht weiter ausgeführt werden (siehe z.B. das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 14.7.1986). Wenn es aber um den eigenen Laden geht, sieht es mit den ehernen Zielen leider etwas dürftig aus.

1.) Eine breite und vor allem inhaltliche Debatte – zumindest auf dem Länderrat und mit den Landesverbänden – wäre eine Chance gewesen, den Reformbedarf für eine politische Diskussion zu nutzen. Zur Zeit entsteht der Eindruck, die GRÜNEN würden jetzt auch »ihre Stiftung« zu einer des alt bekannten Typs á la Konrad-Adenauer (CDU-nah) oder Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD-nah) umbauen. Inzwischen macht sogar der Begriff »unsere grüne Stiftung« die innerparteiliche Runde.

Eine vom Länderrat eingeforderte Übergangsmitgliederversammlung, u.a. besetzt mit hochrangigen GRÜNEN (siehe Kasten), soll »den Reformprozeß durchführen und ausgestalten«. Dem liegen bisher aber weniger die Kriterien der Ludwigshafener BDK zugrunde, als der Bedarf einer neuen Stiftung, die »sich mit der veränderten politischen Situation auseinandersetzen und eigene Ansätze entwickeln (muß), wie bündnisgrüne Politikmodelle in der ost- und westdeutschen Gesellschaft vermittelt werden können« (Heide Rühle in der AKP 2/95). »Bitter« klang auch die Klage des Focus, daß der ehemalige Bundesvorstandssprecher seine »außenpolitisch viel beachtete Reise nach Washington (...) ohne Unterstützung einer der Stiftungen organisieren« mußte.

Der Länderrat sollte die Grundlage für die Reform schaffen. Aber leider beschränkt sich der Beschluß auf unzählige organisatorische und satzungstechnische Einzelheiten, von einer politischen Perspektive oder einer differenzierten Bewertung der bisherigen inhaltlichen Stiftungsarbeit keine Spur. So mußte auch die **förderale** Konstruktion des Buntstifts, d.h. daß es in **jedem** Bundesland eine finanziell und inhaltlich unabhängige Landesstiftung gibt, deren »zentrale Bezugspunkte die Lebenszusammenhänge der Beteiligten, ihre Erfahrungen, ihr Protest und ihre Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen« sind, erst auf Antrag des schleswig-holsteinischen Landesvorstandes in die Konstruktion der neuen Stiftung hineingestimmt werden. Die Vorlage des Bundesvorstandes sah nur ein regionales Modell vor.

2.) Die ehren- und hauptamtlichen Mitglieder der Stiftungen sind zur Zeit extrem verunsichert und beunruhigt. Nicht nur, daß der neue Sitz der Stiftung im Ungewissen liegt, die Äußerungen der letzten Monate erwecken den Eindruck, als ob die alte Struktur zerschlagen werden soll, anstatt auf der langjährigen Erfahrung der bisherigen Mitglieder aufzubauen. Die Schatzmeister der Heinrich-Böll-Stiftung und des Buntstifts sind bereits zurückgetreten. Der Vorstand der Frauen-Anstiftung steht für eine erneute Kandidatur nicht zur Verfügung.

Die Kompliziertheit des Stiftungs-(Un)-Wesens wird nicht dadurch reduziert, daß im Schnellverfahren neue Strukturen auf- und alte abgebaut werden. Sie resultiert auch nicht allein aus der Dreifachstruktur des Stiftungsverbandes. Ohne ein politisches Konzept von Stiftungs- und Bildungsarbeit, wird auch eine neue Stiftung nicht wirkungsvoller und effektiver arbeiten können als die alte Konstruktion.

3.) Zu ernsthafter Sorge besteht jedoch Anlaß, wenn mensch den bisherigen Prozeß an Maßstäben innerparteilicher Demokratie mißt. Angesichts der hohen Fluktuation GRÜNER FunktionsträgerInnen und der Komplexität des Themas besteht hier ein besonderer Informationsbedarf. Abgesehen davon, daß mit der Besetzung der sogenannten Übergangsmitgliederversammlung und dem Reformausschuß die Ludwigshafener BDK-Beschlüsse (siehe obiges Zitat) außer Kraft gesetzt worden sind, laufen die Diskussionen weitgehend in kleinen Klüngelrunden ab. Die Vorschlägsliste für die von den GRÜNEN delegierten Mitglieder der neuen Gremien wurden vom Fraktionsvorstand und Geschäftsführenden Bundesvorstand ausgehandelt. Von den Fraktionsmitgliedern wurde ohne Diskussion per Umlaufverfahren und von den BuVo Mitgliedern erst eine Woche vor dem ersten Sitzungstermin die »Zustimmung« eingeholt.

Wenn mensch einen Blick auf die von der Partei vorgeschlagenen Personen wirft, wird mensch dort eine Vielzahl von »partei-nahen« StiftungsaktivistInnen wiederfinden. Die Landesvorstände sind nur über die LaVo-Sprecherin Barbara Graf, die vom Frauenrat (!) nominiert wurde, die Landtagsfraktionen nur mit einer Person als Ersatzdelegierter, die BAGen, der Länderrat oder BasisvertreterInnen sind gar nicht »vertreten«. Und auch, was die innerparteiliche Repräsentanz betrifft, existiert eine gewisse Schlagseite. Es wurde von der Partei niemand delegiert, den oder die mensch als »BabelsbergerIn im engsten oder weiteren Sinne« bezeichnen könne.

Fazit

Es ist bisher nicht gelungen, eine rationale und inhaltliche Diskussion über den wirklichen Reformbedarf des grün-nahen Stiftungswesens zu initiieren. Statt dessen wird zur Zeit fast ausschließlich über Parteinähe und -ferne sowie Stiftungsstrukturen diskutiert. Die personelle Besetzung der Übergangsmitgliederversammlung und des Reformausschusses stellt in der gegenwärtigen Form keine Garantie für eine breite, objektiv organisierte Debatte in der Partei und Öffentlichkeit über die Erwartungen an grün-naher Stiftungsarbeit dar.

Für die weitere Diskussion stellen sich m. E. zwei wichtige Aufgaben:
Erstens muß ein umfassender Informationsfluß für die Partei- und Stiftungsöffentlichkeit eingefordert und/oder organisiert, sowie Kriterien und Maßstäbe für die Arbeit einer neuen Stiftung formuliert und in die Diskussion der Übergangsmitgliederversammlung eingebracht werden. Mit Interesse und eigenen Vorschlägen sollte auch die Initiative der Zeitschrift Kommune und Marianne Birthler und anderen zur Gründung der im Länderratsbeschluß verankerten »Politischen Akademie« verfolgt werden.

Wenn die Einschätzung jedoch stimmen sollte, daß der Prozeß in der Übergangsmitgliederversammlung und vor allem im Reformausschuß seine eigene Dynamik entwickeln und »von außen« kaum zu beeinflussen sein wird, sollte wenigstens ein intensiver Dialog mit den Länderstiftungen, denen im Länderrat »wesentliche Vorteile« und eine »angemessene strukturelle und finanzielle Berücksichtigung« zugesichert wurden, geführt werden. Die Fusion der drei Stiftungen in den Bundesländern sollte von den Landesverbänden auf eine andere Weise begleitet werden, als dieses auf Bundesebene der Fall war.

Das heißt, es ist ein Kommunikationsprozeß notwendig, der eine klare Reformperspektive verfolgt, die aber auf der Grundlage einer Anerkennung der bisherigen Stiftungsarbeit basiert. Die Stiftungen dürfen sich nicht zu einem von kurzfristigen Parteiinteressen gesteuerten Konstrukt entwickeln (z.B. Partei-Lobbybüros im Ausland) oder Aufgaben übertragen bekommen, an denen die Partei bisher gescheitert ist (z.B. Aufbau der ostdeutschen Landesverbände). Statt dessen sind sinnvolle Kooperationsmodelle zu entwickeln, die der Rollenaufteilung von Partei und Stiftung entsprechen und vor allem den eigenen GRÜNEN Ansprüchen an den Umgang mit öffentlichen Mitteln für partei-nahe Institutionen gerecht werden. Und hierbei handelt es sich wahrlich um keine Peanuts. ●

Klaus Müller ist Sprecher des schleswig-holsteinischen Landesverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dieser Beitrag wurde zuerst in den »Anderen Zeiten 2/95, Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation« veröffentlicht.

DIE MITGLIEDER DER ÜBERGANGSVERSAMMLUNG

Buntstift:
Theresia Bauer (Reformausschuß)
Susan Mitrenga
Sebastian Popp
Peter Rüdel (Reformausschuß)
Katrin Werlich

Frauen-Anstiftung:
Helga Braun (Reformausschuß)
Heidi Burmeister
Lic Lic Orben-Schmidt
Gunda Werner (Reformausschuß)

Heinrich-Böll-Stiftung:
Viktor Böll (Reformausschuß)
Willi Hoss
Arzu Toker
Regine Walch (Reformausschuß)
Elisabeth Weber

Unabhängig:
Barbara Holland-Kunz
Jens Hommel
Maria Icking (Reformausschuß)
Dörthe Jung
Cherifa Magdi
Klaus Meschkat
Ulrich Preuß
Barbara Unmüßig

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Barbara Graf
Angelika Köster-Loßack
Birgit Laubach
Anne-Katrin Olbrich
Heide Rühle
Henry Selzer (Reformausschuß)
Margarete Wolf-Mayer (Reformausschuß)

Für unsere Sommer-Ausgabe recherchieren wir die Bündnisgrüne Projektförderung durch die Ökofonds. Damit soll das im Heft 128 dargestellte Beispiel des Ökofonds Bayern ergänzt werden. Die Redaktion

ZUR WELTFRAUENKONFERENZ

Frauenrechte sind Menschenrechte

Die nächste Weltfrauenkonferenz ist in diesem Jahr in Bejing (China) geplant. Wir beleuchten den Stand der Konferenz-Vorbereitungen, die vor allem eine Vernetzung verschiedener Frauenorganisationen anstreben.

Nicht nur die Frauen von heute, sondern seit eh und jeh... Foto: M. Weber

Von Gabriele Riedl, JD/JL NRW ● 1975 fand in Mexiko die erste Weltfrauenkonferenz statt. Sie läutete die erste UN-Frauendekade ein. Staatliche Stellen sollten die Situation der Frauen erfassen und am Ende der Dekade berichten. Hier ist eine der Wurzeln von staatlichen Gleichstellungskommissionen und -stellen auch in der Bundesrepublik. Auf einer Zwischenkonferenz 1980 in Kopenhagen zeigte sich bereits, was aktive Frauen vor Ort schon lange wissen und anprangern: Die Lage der Frauen ist weltweit verheerend. Aus dieser Zeit stammt die berühmt gewordene Formulierung: »Frauen gehört 1/10 des Weltreichtums, Frauen verrichten 2/3 der weltweit notwendigen Arbeit, um diesen Reichtum zu erwirtschaften!« 1985 in Nairobi lautete das Motto dann bereits kämpferischer: »Gleichberechtigung – Entwicklung – Frieden« – nicht als Postulate, sondern als Forderungen. Entwickelt wurden während dieser Konferenz die »Forward Looking strategies«, also »vorausschauende Strategien«. Sie legten erstmals eine Art internationale Quote für die Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen Geschehen – nicht jedoch am Reichtum – fest.

Themen im UNO-Entwurf

Entsprechend ist es dem gewachsenen Selbstbewußtsein und dem Durchsetzungsvermögen der Frauen aus den sogenannten Entwicklungsländern zu verdanken, daß das in Vorbereitung befindliche Dokument der UNO für die 1995 anstehende Konferenz zu Beginn das Thema »Armut« behandelt. Es wird verdeutlicht, daß es noch immer große Einkommensunterschiede und damit erschwerte Bedingungen für Frauen in der Lebensgestaltung gibt – und zwar nicht allein in den sogenannten Entwicklungsländern.

Ein grundsätzliches Infragestellen der Weltwirtschaftsordnung findet jedoch (noch?) nicht statt. Unter der Überschrift »Gleiche Zugangschancen zu allgemeinen und beruflichen Bildungsmöglichkeiten« findet sich ein Maßnahmenkatalog, der von zielorientierter und vorübergehender Aufhebung der Koedukation bis zu Crash-Kursen für Unternehmerinnen reicht. Auch hier bleibt die Analyse merkwürdig oberflächlich, autonome Mädcheninteressen z.B. kommen nicht vor. Ganz schwierig ist das Kapitel »Gewalt gegen Frauen« zu sehen. Der Dokumententwurf kommt hier vollständig ohne die Benennung der Täter aus. So läßt sich z.B. das Thema Prostitutionstourismus doch ohne diese Perspektive gar nicht angehen. Es werden hier Ausstiegsmaßnahmen für die betroffenen Frauen vorgeschlagen, aber mit keinem Wort thematisiert, welche rechtlichen Abkommen möglich und nötig sind, um der »reiselustigen« geilen Jungs aus den reichen Ländern eben dort habhaft zu werden und ihre Umtriebe entsprechend zu ahnden. Denn – ohne Freier, kein Markt und es müßte dann über die eigentlichen Ursachen der Armut diskutiert werden. An diesem Beispiel ist die auch auf internationaler Ebene statt findende Objektwerbung von Frauen besonders anschaulich zu verdeutlichen.

Im Kapitel »Folgen von Gewalt und Krieg gegen Frauen« geht es ähnlich weiter. Nicht hinterfragt wird mehr, ob Krieg als Mittel zur Konfliktlösung überhaupt akzeptabel ist, sondern ob Frauen daran zu beteiligen sind. Auch fehlt ein Hinweis auf die Rolle der Frau im Herkunftsland als Fluchtgrund. Besonders spannend dürfte die Diskussion auch wieder unter dem Stichwort »Gleicher Zugang zur Gesundheitsvorsorge und -versorgung« werden. Ist doch auch hier – wie auf der Bevölkerungskonferenz in Kairo – damit zu rechnen, daß FundamentalistInnen aller Couleur erneut das Selbstbestimmungsrecht der Frau in Frage stellen werden. Nun klingt das sehr nach einem Verriß, aber es ist zu bedenken, daß es sich bei Entwürfen für internationale Papiere in aller Regel um einen Minimalkonsens handelt, in den sehr unterschiedliche Perspektiven einfließen. Allerdings ist schon zu fragen, warum der patriarchale Konsens, der ja vielfach Ursache der beschriebenen Mißstände ist, nicht an einer Stelle thematisiert wird. Sollte da der Generalsekretär sein wachsames Auge über die Konferenzvorbereitung haben?

Der Vorbereitungsprozeß in der BRD

Als Deutsche ist da Vorsicht geboten. In der Bundesrepublik wurde durch das Bundesministerium für Frauen, Familie und Jugend (BMFFJ) eine Vorbereitungskommission mit 12 Untergruppen zu verschiedenen Themen berufen (Mädchenpolitik, Migrantinnen, Lesbenpolitik und etliche andere Themen fehlten völlig, das nur am Rande). Die Expertinnen erarbeiteten kritische und reflektierte, ja geradezu richtungsweisende, auch durchaus politische Papiere. Die bescheidenen Reste dieser Arbeit von ca. 300 Frauen sind im »Bericht der Bundesregierung zur Vierten Weltfrauenkonferenz« nachzulesen. Das ursprüngliche Vorhaben, die Positionspapiere der Expertinnen als Anhang zu veröffentlichen, wurde erst auf massiven politischen Druck der Opposition im Bundestag in Form von zwei weiteren Broschüren verwirklicht: »Positionspapiere der Expertinnengruppen« und eine Kurzfassung dieser Papiere. Alle diese Unterlagen können angefordert werden beim: BMFFJ5, Rochusstr. 5-7, D- 53123 Bonn.

Neben der regierungsamtlichen Vorbereitungsprozedur, bei der Proporz und Parteien über den Zugang entscheiden, gibt es seit ca. 2 Jahren das NRO-(Nicht-Regierungsorganisationen)-Frauenforum. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluß von unabhängigen Frauenorganisationen und Einzelfrauen, die im Rahmen des Vorbereitungsprozesses mit einigen der Expertinnen eng zusammengearbeitet haben. Dieser Zusammenschluß wird – neben dem Deutschen Frauenrat – auch Beiträge zum Forum der Nicht-Regierungsorganisationen in Bejing vorbereiten. (Infos: NRO Frauenforum, Christine Huth-Hildebrandt/Brigitte Klaß, c/o Arbeitsstelle zur Frauenforschung des FR 4, Uni Frankfurt, Senckenberganlage 13-17, D-60054 Frankfurt, Tel. & Fax (0 69) 798-28493.

Das Forum der Nichtregierungsorganisationen findet der Konferenz zeitlich vorgeschaltet (in Nairobi war es auch räumlich vor der »offiziellen Konferenz«) statt und bietet Gelegenheit, RegierungsvertreterInnen noch zu »briefen«, also ihnen die Themen und Anliegen mit in den Konferenzraum zu geben, die der Basis am Herzen liegen. (Bei der Menschenrechtskonferenz in Wien 1994 hatte die Bundesregierung in dieser Hinsicht eine höchst unrühmliche Rolle. Anders als alle anderen Delegationen ließ sie sich erst am letzten Abend zu einem Gespräch mit bundesdeutschen NRO-VertreterInnen herab, für Inhalte also deutlich zu spät).

Routiniert und international vernetzt trägt WILPF (Womens International League for Peace and Freedom) zur Konferenzvorbereitung bei. Sie organisiert eine Bahnreise von Helsinki (wo sie vom 01. bis 06. August ihr 80-jähriges Bestehen feiert) durch die GUS nach Bejing. Dort können Reisende nach Gesprächen und Informationen in den durchreisten Ländern pünktlich zum NRO-Frauenforum aussteigen. Infos WILPF, Rue de Varembe, C.P. 28, 1211 Geneva 20, Switzerland, Tel. 022/733617; Fax: 022/7401063.

Bei allen Schwierigkeiten inhaltlicher Art: eine Internationale Frauenkonferenz dieser Größenordnung ist nicht nur in der Vorbereitung und für den Zeitpunkt ihres Stattfindens von Bedeutung. Welche(r) aufmerksam die Papiere der bisherigen Konferenzen studiert, stellt fest, daß es sehr wohl Veränderungen gibt. Allein die Besetzung der zuständigen Gremien ist langsam aber stetig in Frauenhand übergegangen. Es wird nach Bejing darauf ankommen, auch die Bundesregierung an den Vorgaben zu messen, die sie dort mit unterschreibt – dazu gehört auch eine Konvention zu Gewalt gegen Frauen, die Gewalt in der Ehe mit einschließt (um ein Beispiel zu nennen). Nicht nur da gibt es ja auch hierzulande noch »Handlungsbedarf«. Es sollte aber schon jetzt mit dem »briefing« begonnen werden!

Weitere und aktuelle Infos zum Stand der Konferenzvorbereitung gibt es noch im E-mail-Netz auf dem Brett »Vorbereitung.WFK«. Hier sind kontinuierlich die UNO-Papiere nachlesbar. Leider gibt es bisher keinerlei vergleichbaren Info-Pool auf deutscher oder europäischer Ebene (die afrikanischen und asiatischen Frauen, ganz abgesehen von den Amerikanerinnen, sind da erheblich weiter, deren Dokumente sind auch in Internet zu lesen ... ja, ja die Industrie»nation« Deutschland ....).

Insgesamt ist es höchste Zeit, die Konferenz und ihre Anliegen auch hierzulande ihrem Stellenwert entsprechend bekannt zumachen. Sie kann als Schrittmacherin zur Vernetzung von Nichtregierungsorganisationen genutzt werden. Allerdings hat die bisherige, offizielle Informationspolitik mehr zur Ausgrenzung bestimmter Gruppen beigetragen. Autonome Feministinnen, Frauenprojekte, unabhängige Mädchengruppen, Migrantinnen und Ausländerinnen, Lesben- und Frauenfriedensgruppen – sie alle sind bisher im Vorbereitungsprozeß nur vereinzelt anzutreffen. ●

Aus: Schlagloch 2/95 Zeitung der JungdemokratInnen/Junge Linke NRW

WELTFRAUENKONFERENZ

»Eine feministische Anstrengung in antifeministischer Welt«

Interview mit der mexikanischen Anthropologin und Feministin Marcela Lagarde

San José, 24. April 1995, sem-POONAL ● Frage: Was ist Ihre Perspektive für die IV. Weltfrauenkonferenz in Peking? Was haben die Frauen seit dem letzten Treffen in Nairobi erreicht?

Lagarde: Zur Zeit von Nairobi konzentrierte sich die politische und praktische Philosophie des Feminismus sehr darauf, gehört zu werden. In Lateinamerika sind wir unseren Weg gegangen, haben gelernt, viel geforscht. Es sind viele Frauenorganisationen jeglichen Typs entstanden, Frauengruppen, die sich niemals mit solchen Sachen befaßt haben – und das alles innerhalb von zehn Jahren. In der ganzen Welt sind viele Frauenbewegungen entstanden. Mit verschiedenen politischen Ideologien und Ideen, aber mit gemeinsamen Zielen. Sie haben den Sprung geschafft, sie sind präsent, machen Vorschläge und haben Einfluß. Die Weltfrauenkonferenz in China ist nur ein Bestandteil unserer Entwicklung. Mir erscheint es sehr traurig, immer noch diese Weltkonferenzen zu haben. Das bedeutet, daß die Unterdrükkung der Frauen immer noch besteht. Aber gleichzeitig hat die Konferenz eine große politische Bedeutung: die Zusammenkunft von Frauen aus den Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen, alle Teil der feministischen Bewegung.

Die drei Schwerpunkte in Peking sollen Frieden, Gleichberechtigung und Entwicklung der Frauenfrage sein. Welche Bedeutung messen Sie diesen Punkten bei?

Sie sind fundamental. Ich füge einen weiteren Punkt hinzu: die Demokratie. Es muß erwähnt werden, weil es nicht so selbstverständlich ist. In den letzten Jahren sind die Perspektiven, die Vorschläge und die Projekte im Hinblick auf die Geschlechterfrage ein Thema in der Politik geworden. Das scheint mir ein Fortschritt zu sein, aber gleichzeitig wird sie technokratisiert. Wichtig ist, behaupten zu können, sie sei vorhanden, der Inhalt ist unbedeutend. Die Regierungen und internationalen Organismen machen viel öffentliche Politik und Projekte über die Geschlechterfrage und Entwicklung. Doch sie machen die Geschlechterfrage ohne Feminismus und die Entwicklung ohne Demokratie. In Ländern wie den unseren erscheint mir der Zusammenhang zwischen Entwicklung, Feminismus, Frieden und Demokratie entscheidend zu sein. Es handelt sich um Probleme am Ausgang des Jahrhunderts, die für die Frauen nicht gelöst sind und wenn sie für uns nicht gelöst sind, sind sie für die Welt nicht gelöst.

Was wird auf dem Frauentreffen in China passieren?

Es wird politische Auseinandersetzungen, Konfrontation, Meinungsverschiedenheiten geben. Niedergeschlagenheit und Faszination. Das politische Aufeinandertreffen wird viel stärker sein, als in Nairobi, denn in letzter Zeit hat es ein soziales Wachstum des Feminismus auf lokaler und regionaler Ebene gegeben. In Peking werden Frauen aus allen Politikebenen zusammentreffen und sie werden eine konzentrierte Erfahrung machen.

Glauben Sie, daß die Frauen vorbereitet sind, eine politische Führung in ihren Ländern und der Welt auszuüben?

Die Frauen haben sich immer weiter vorangekämpft, wir haben voneinander gelernt und immer mehr Frauen haben wichtige Posten in der Gesellschaft erklommen. Ich kenne viele außergewöhnliche Frauen. Sie können argumentieren und streiten, sie sind erfinderisch und kreativ. Wir wollen, daß alle Frauen fähig sind, 'Nein' zu sagen, 'Ja' zu sagen, ihren Willen zu formulieren. Das bedeutet die Fähigkeit, Politik zu machen.

Immer noch gibt es eine allgemeine Abneigung gegen den Feminismus und die Feministinnen, Die Begriffe werden auf den Kampf gegen den Mann reduziert...

Peking ist eine feministische Anstrengung, auch wenn nicht alle dem Ereignis diesen Namen geben. Es findet inmitten eines organisierten Anti-Feminismus statt. Dieser hat in der Welt seine Institutionen, Regierungen, Armeen, Quellen finanzieller und produktiver Art, Geisteshaltungen. Der Anti-Feminismus agiert, ist neubelebt und gestärkt, denn er hat in der Debatte mit dem Feminismus gelernt, andere Argumente vorzubringen, obwohl diese normalerweise sehr archaisch und schlecht begründet sind. Wir können den Feminismus legitimieren, ihn von Mythen befreien, uns mit ihm identifizieren, ihn für jede Frau zugänglich machen und für jeden Mann, der bereit ist, scharf und ohne böse Absicht zu denken. ●

Anzeige

FRAUEN SOLIDARITÄT

Archiv - Bibliothek - Dokumentation

Seit 1994 betreibt die Frauensolidarität – einzigartig im deutschsprachigen Raum – eine Archiv- und Dokumentationsstelle Frauen und „Dritte Welt".
Öffnungszeiten:
Di 10-16 Uhr, Do 14-20 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung

Zeitschrift

Die Zeitschrift Frauensolidarität thematisiert das Verhältnis zwischen „Erster" und „Dritter" Welt aus feministischer Sicht und bringt Berichte zur Situation von Frauen des Südens in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Bildung.

Viermal jährlich – seit 1982.
Gratis-Probeheft anfordern!

Frauensolidarität
Weyrgasse 5, A-1030 Wien
Tel. 0222/713 35 94-80

VERSCHIEDENE GÜTESIEGEL BEI NATURTEXTILIEN

GÜTESIEGEL

Biologische Textilien – gibt es die?

Der Markt der Naturtextilien ist seit einiger Zeit in Bewegung. Viele Hersteller wollen mit immer wieder neuen Labeln, Prüfberichten und Gütesiegeln die Natürlichkeit und Ökologie ihrer Produkte beweisen. Da geraten dann auch HändlerInnen in die Lage, ihren KundInnen die Unterschiede erklären zu müssen. Unser Beispiel stammt vom »dormiCIEL«-Stand an der Messe Ökovision in Hofheim von Anfang Mai und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Freya Linder, Frankfurt ● Wer schläft, sündigt (wirklich?) nicht. Ökologisch sinnvolle Bettwaren sind aus schadstoffarmen, mit möglichst wenig Chemikalien behandelt, sparsam verpackt und reisen auf kurzen Wegen zu den VerbraucherInnen. So wenig es aber die Banane aus Hessen gibt, so wenig wird Baumwolle in der Rhön gewonnen. Und mitunter sind synthetische Rohstoffe einfach langlebiger.

Wir müssen wohl Abschied nehmen vom »Schnäppchen«-Glück. Eine Bettwäsche um 30 DM ist mit Sicherheit aus Baumwolle, die mit Pestiziden kultiviert, mit Entlaubungsmitteln geerntet, mit Chemikalien ver»edelt« und gefärbt, von unterbezahlten Frauen in Fernost genäht wurde, um als Fertigware über den halben Erdball bis in unseren Supermarkt zu reisen.

Die Erkenntnis, daß die herkömmliche Produktion von Textilien, besonders für den Schlafbereich, Risiken und Nebenwirkungen haben kann, hat zu vielfältigen Aktivitäten und z.T. erstaunlichen Ideen zur Umsetzung auf dem Markt verholfen. Es gibt diverse Stufen und zahlreiche Mischformen der ökologischen Bebzw. Unbedenklichkeit, nachstehend nur eine Auswahl:

1. **Baumwolle** in ihrer billigen Form ist chemisch gedüngt, mit Pflanzenschutzmitteln behandelt und mit Entlaubungsmitteln (ähnlich Agent Orange) maschinell geerntet. Bei konventioneller **Woll**gewinnung werden die Schafe mindestens ein Mal pro Jahr durch langwirkende Insektizidbäder getrieben, denn große Herden sind anfällig für Parasiten. Im konventionellen Verarbeitungsprozeß für Wolle und Baumwolle finden mehrere hundert, z.T. hochgiftige Textilchemikalien Verwendung. Ausrüstung und Zwischenstufen erfordern sehr viel Energie und Frischwasser. Produktionsrückstände werden, vor allem in fernen Ländern, kaum recycelt oder angemessen entsorgt. Das fertige Textil kann Rückstände aus der Rohstoffgewinnung und bis zu 30 GewichtsProzent »Veredelungs«-Chemikalien und Farbe enthalten.

Negative soziale und ökologische Aspekte sind: Belastung der Landund Textilarbeiter mit Pestiziden und anderen Schadstoffen, Großkulturen und ihre Folgen für Land und Leute, unterbezahlte Näherinnen, weite Transportwege, Großfirmen des Vertriebs. Weltweit wird ca. 2 Mio. t Baumwolle pro Jahr produziert.

Gebrauchseigenschaften konventioneller Textilien entsprechen oft sehr hohen, vom Markt verlangten Anforderungen bezüglich: Haltbarkeit, Einlaufen, Filzen, Waschbarkeit, Knitterfreiheit, Farbechtheit, Griff, Schönheit – und dies zu niedrigen Preisen.

2. Eine erschwingliche Alternative sind in der Nähe hergestellte, waschbare Textilien aus Naturfasern in blassen Farben. Allgemein gehaltene Label (»Natur«/»Bio«/»Öko«) erfordern Rückfragen, weisen aber wenigstens darauf hin, daß der Hersteller dem Wunsch nach umweltfreundlicher Produktion nachkommen will und daß er Verbesserungen vorgenommen hat – die bei entsprechender Nachfrage noch intensiviert werden können.

3. **Ökotex 100**: Das Textil ist ungebleicht, geprüft frei von Schadstoffen; umweltfreundliche Druckfarben wurden verwendet – falls überhaupt. Dieses Textil schadet dem/der BenutzerIn auf keinen Fall. »Öko« bezieht sich hier auf das Produkt ab Werk. Umweltauflagen werden von den Herstellern oft freiwillig übernommen. Man hat z.B. festgestellt, daß Wasser – im eigenen Werk wieder aufbereitet – hohe Wasser- und Abwassergebühren spart. Mechanische Veredelung und besondere Webverfahren sorgen für passable Gebrauchseigenschaften, sind aber teurer als chemische.

Betten-Ausstellung der Elephant Holzwerkstatt, Ökovision '95, Hofheim am Taunus. Foto: Karin Korb

Zweifelnder Kunde an der Biofach '95: Ist das auch ökologisch geprüft? Foto: Biofach

4. **Green Cotton**: Baumwolle ist handgepflückt, Verarbeitungsprozeß ohne chemische Hilfsstoffe und Beimischungen. Rohmaterial wird mechanisch veredelt und weiterverarbeitet, zu Betten oft kombiniert mit naturbelassener Wolle.

5. **KBA-Baumwolle**: Kontrolliert biologischer Anbau; engagierte Hersteller kommen auch im weiteren Verarbeitungsprozeß ohne Chemie aus. Geerntet wird zur Zeit weltweit ca. 2000 t pro Jahr, die Nachfrage ist viel höher.

6. **AKN-Standard**: Der Arbeitskreis Naturtextil e.V. hat zur Zeit 15 Mitglieder, die sich von der Rohstoffgewinnung bis zur Verpackung der Fertigprodukte strengste Richtlinien gegeben haben (vgl. Kasten). Textilien, die dem AKN-Standard entsprechen, sind leider nur wenig zu bekommen.

Allgemein soll bei all dem der Aspekt der Langlebigkeit nicht unbeachtet bleiben. Ein Textil, das viele Jahre lang gute Dienste leistet, kann ökologisch günstiger zu bewerten sein als ein streng konsequentes »Bio«-Produkt, das nach kurzer Zeit ausgemustert wird, weil die Eigenschaften nicht den Erwartungen entsprechen.

Viel ist schon erreicht, wenn ein chemiearmes Textil keine weiten Wege zurücklegen mußte. Es wäre wünschenswert, wenn die Ansprüche der Kundschaft nach ökologisch und sozial unbedenklichen Textilien verstärkt an den Handel und von dort an die Produzenten getragen würden. Gebrauchseigenschaften und Dessins werden ständig weiterentwickelt. Markt heißt auch: Nachfrage hilft dem Angebot auf die Sprünge. ●

STRENGSTE RICHTLINIEN

Arbeitskreis Naturtextil e.V.

Die »strengsten europäischen Richtlinien für eine ökologische Textilherstellung« hat sich der Arbeitskreis Naturtextilien e.V. (AKN) selber gegeben. Als AKN-Mitglied darf sich nur bezeichnen, wer die Qualitätsrichtlinien für das gesamte Sortiment einhält. Wie der AKN-Sprecher Wolfgang Uhle betont, werden diese Richtlinien laufend den neuesten Erkenntnissen angepaßt. Wichtig sei dabei, »die gesamte textile Kette« von Ursprungsland, Arbeitsbedingungen, Rohstoffverarbeitung, Veredelung, Färbung bis zu den Kriterien für das Endprodukt zu betrachten. Damit unterscheiden sich die Mitgliedsbetriebe deutlich von der Konkurrenz, die oft nur einzelne Produkte nach ökologischen Kriterien produzieren (bei der Firma Steilmann – einer der großen auf dem Markt – macht die Ökokollektion z.B. weniger als 1% des Umsatzes aus) oder nur das fertige Produkt auf Schadstoffe prüfen (z.B. Ökotex 100).

Außerdem will der AKN noch dieses Jahr ein eigenes, unternehmensneutrales Label herausbringen, was jeweils nur produktbezogen vergeben wird. Dieses Markenzeichen kann auch von Nichtmitgliedern beantragt werden und verlangt im wesentlichen eine Volldeklaration am Produkt. Handel und VerbraucherInnen könnten dann sicher sein, daß nur Naturfasern aus kontrolliert biologischem Anbau bzw. aus kontrolliert biologischer Tierhaltung verwendet wurden. ●

Informationen: Uhle Kommunikation, Cäsarstr. 6-10, 50968 Köln, 0221/374006.

AKN-Mitglieder sind (Stand Mai 1995): ALB NATUR Vertriebs-GmbH, Laichingen; ARCO VERDE Knoepfel AG, Teufen AR (Schweiz); Atitlan Ulrich H.Goerke, Köln; COTTON COUNTRY NATURTEXTILIEN, Oyten/Bremen; DISANA – Imma Sautter, Lichtenstein; ENGEL GmbH, Reutlingen; Ernst Bollhalder Pflanzenfärberei, Dornach (Schweiz); Hirsch-Natur M.H. Kloppenborg GmbH, Laer; Living Crafts GmbH, Achberg-Esseratsweiler; Morgenstern Naturtextilien, Leutkirch; NATURA, Sidema SA, Barbegno/Lugano (Schweiz); Richter . Kammgarn GmbH, Stadtallendorf; Tebaron Partner Systeme GmbH & Co. KG, Osnabrück; TURMALIN Naturtextilien GmbH & Co. KG, Überlingen; Veronica Schwandt natur fashion, Achberg.

QUALITÄTSSIEGEL UND GÜTEZEICHEN

Alles öko, alles bio – oder was?

Qualitätssiegel, Gütezeichen, Labels oder Markenzeichen gibt es in vielen Branchen und oft für einzelne Produktlinien.
Fortsetzung von Seite 1

Gütezeichen für ökologische Produkte oder Dienstleistungen sind immer auch ein Werbeinstrument, um sich gegen herkömmliche Unternehmen unterscheiden zu können. Reicht das nicht mehr aus, empfiehlt unser Autor Burghard Flieger weitergehende Kooperationen bis zu einem Verbundmarketing, das verschiedene Formen der Zusammenarbeit im Marketing und der Öffentlichkeitsarbeit beinhaltet. Gerade die Naturkostläden spüren die stärker werdende Konkurrenz von sogenannten Bio-Produkten in Supermärkten. Der Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) für den Einzelhandel hat vor kurzem die eigenen Sortimentsrichtlinien überarbeitet und ermuntert nun seine Mitglieder, aktiv zu werben mit dem Argument, daß ihre »Anforderungen an die Produktqualität über die Bedingungen der EG-Bio-Verordnung hinausgehen«. Dies heißt insbesondere, daß Produkte von ökologischen Landbau-Organisationen bevorzugt werden.

Qualität ist nicht nur in der Biobranche sondern auch bei ökologischen Schreinereien ein Schlüsselbegriff. Allerdings existieren sowohl bei ökologischen Baustoffen wie auch bei Möbeln keine anerkannten, betriebsübergreifenden Gütesiegel. Handwerkliche Fähigkeiten und die sinnvolle Verwendung von Materialien stehen da im Vordergrund. Wesentlich verbessert werden kann die Situation eines Betriebs durch die Kooperation mit anderen, ökologisch arbeitenden Schreinereien. In einem gemeinsamen Seminar gingen einige, teils selbstverwaltete Schreinereien aus dem Raum Wiesbaden der Frage nach, was denn »das Besondere an uns« sei und fanden ihre Antwort in der eigenen, unverwechselbaren Identität, die damit sozusagen zu ihrem Gütezeichen wird. Wie unser Bericht ausführlich darlegt, gehören dazu u.a. Glaubwürdigkeit, Einbezug der KundInnen in den Schaffensprozeß, kein Tropenholz, ehrliche Ökologie und das nicht entfremdete Arbeiten. Ein Gütezeichen also eher im übertragenen Sinne, was sich auch kaum in überprüfbare Richtlinien fassen läßt, sondern was die Gesamtheit eines solchen Betriebs ausmacht, die von seinen MitarbeiterInnen geprägt ist und damit wesentlich aus engen persönlichen Kontakten besteht.

Ähnliches kann auch für Frauenbetriebe gelten, wie unser Beispiel der Weiberwirtschaft aus Berlin zeigt. Die Frage, wer denn in die leeren Räume nebenan noch passen würde, könnte ja einzig und allein über die Höhe des Mietzinses geregelt werden. Oder aber, es stellt sich aufgrund von gemeinsamen Diskussionen heraus, welche inhaltlichen Ansprüche die bisherigen Mieterinnen an die Neuen stellen.

Was in der Diskussion um Gütezeichen oder Qualitätssiegel oft zu kurz kommt, ist die Frage, wer diese denn vergeben kann oder soll. In der Biobranche beispielsweise prallen zwei Ebenen aufeinander: die relativ lasche, erst einige Jahre geltende »Bio-Verordnung« der EG und die strengeren Richtlinien der Anbauverbände, die mit den für KundInnen wichtigeren Sortimentsrichtlinien des BNN-Einzelhandel zusammenspielen. Die Verordnung »von oben« steht mit den, mindestens indirekt durch die ProduzentInnen selber bestimmten Qualitätsrichtlinien in Konkurrenz – was so wohl den wenigsten KonsumentInnen bewußt ist.

Mit diesem Schwerpunktthema wollen wir auch anregen, nachzudenken oder zu nachzufragen, wer denn nun die Definitionsmacht darüber hat, was Ökologie und Innovation in der Gesellschaft wirklich bedeuten. Sollen es eher die Bürokraten in Brüssel sein, die Qualitätsnormen festlegen, oder vertrauen wir auf die Kompetenz derjenigen, die mit der Sache befaßt sind – wie zum Beispiel die SchreinerInnen aus selbstverwalteten und ökologischen Betrieben, die Bio-BäuerInnen oder die Herstellerbetriebe im Arbeitskreis Naturtextilien. ●

GRÜNDERINNENZENTRUM

GÜTESIEGEL

WeiberWirtschaft! Ein Standort für Chefinnen

Mitten in Berlin wächst gerade das größte Gründerinnnenzentrum Europas. Fast 900 Frauen haben sich in der Genossenschaft WeiberWirtschaft zusammengetan und das um die Jahrhundertwende entstandene Fabrik- und Verwaltungsgebäude mit 5.500 qm Nutzfläche erworben.

Von Dr. Claudia Neusüß, Berlin ● Mit einem Investitionsvolumen von mehr als 34 Millionen darf das Unternehmen sicherlich als eines der größten gelten, das aus den Reihen der autonomen Frauenbewegung hervorgegangen ist. Noch ist die vorhandene Eigenkapitaldecke zu dünn, aber die Weichen für ein WeiberWirtschaftsWachstum sind gestellt. Nebst Eigenkapital und Bankkrediten trugen unter anderem Mittel der Wirtschaftsförderung, der Stadtteilerneuerung und der ökologischen Gewerbezentrumssanierung des Berliner Senats dazu bei, dieses Vorhaben zu ermöglichen.

Bereits heute ballt sich – im Vorderhaus – die vielfältige Wirtschaftskraft von Unternehmerinnen und Frauen, die eine wirtschaftliche Existenz erstmalig gründen, zusammen. 23 Frauenunternehmen sind bereits angesiedelt, unter anderem eine EDV-Schule, Organisations- und Unternehmensberatung, eine Werbeagentur, eine Innenarchitektin und ein Reisebüro. Im Parterre lädt das Café Ada zum Verweilen und Erfrischen ein oder verführt der Wäsche- und Strumpfladen von Angela Entrich zum Schnäppchen. Ende 1995 wird die Sanierung der beiden hinteren Höfe abgeschlossen. Anfang 1996 wird ein Neubau fertiggestellt, der 13 Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus für Genossenschaftsfrauen bereitstellt. Damit lebt die alte Kiez-Mischung von Arbeiten und Wohnen wieder auf.

WeiberWirtschaft ist angetreten, um im Rahmen einer **verantwortlichen und kreativen Ökonomie** – neue – Wege zu suchen, die vielfältigen Potentiale und die berufliche Selbständigkeit von Frauen zu fördern und im Hinblick auf ihre Wirtschaftskraft zu stärken. Im Mittelpunkt stehen derzeit drei konzeptionelle Schwerpunkte: **Ökologie** – WeiberWirtschaft ist das erste modellhaft ökologisch sanierte Gewerbezentrum Berlins; **Soziales** – WeiberWirtschaft versteht soziale Bedürfnisse als Bestandteil von Wirtschaft, wie z.B. den Aufbau eines bedarfsbezogenen Kinderbetreuungsangebots; **Kunst** – WeiberWirtschaft fördert die Ansiedlung in- und ausländischer Künstlerinnen am Standort mit speziellen Angeboten.

Wichtige Ausgangspunkte des Unternehmens WeiberWirtschaft sind dabei, akzeptable und sichere Mieten für Unternehmerinnen und Neugründerinnen zu schaffen, verbunden mit einer hohen Standortsicherheit, sowie eine geeignete Infrastruktur bereitzustellen, die auf verschiedene Bedürfnisse von Unternehmerinnen und Neugründerinnen reagiert. Von der Möglichkeit einer gemeinsamen Nutzung technischer Geräte, von gemeinsamen Werbe- und Marketingstrategien, der Nutzung eines Kommunikationsbereichs, um Konferenzen, Seminare und Messen durchzuführen – nebst Restaurant mit Biergarten –, Kinderbetreuung – auch für Angestellte und KundInnen – bis hin zu Beratung und Weiterbildung, der Einbindung in ein ökologisches Beratungsprogramm und der Förderung des Know-how-Transfers zwischen den Frauen, reichen die Angebote.

Von links n. rechts: Ute Schlegelmilch, Dr. Claudia Neusüß, Claudia Leber. Vorstand WeiberWirtschaft — Foto: Ria Brandt

Das Besondere eines Frauenbetriebs

Was macht nun aber einen Betrieb wie die WeiberWirtschaft oder ein Unternehmen, das den Standort Gründerinnenzentrum wählt, zum Frauenbetrieb? Betrachten wir die Genossenschaft WeiberWirtschaft, stellen wir unschwer fest, daß sie mit nahezu 900 Mitfrauen in der Frage der Frauenquote mit 100% ein eindeutiges Zeichen setzt. Weibliche Führungskräfte auf allen Etagen, Eigentum an Grund und Boden und Kapital in Frauenhand.

Will eine Unternehmerin einen Betrieb in das Gründerinnenzentrum der WeiberWirtschaft verlagern oder »vor Ort« gründen, wird von einem eigens von der Genossenschaft eingesetzten Nutzungsgremium beurteilt, ob das Unternehmen in das Gesamtkonzept des Gründerinnenzentrums paßt. Eine Reihe von Auswahlkriterien tragen zur Entscheidung bei. Zunächst einmal betreffen sie die Führungs- und Finanzierungsstruktur des Unternehmens. Ist »der Chef« eine Frau, bzw. sind alle Führungspositionen des Betriebs mit Frauen besetzt? Befindet sich das Betriebskapital in Frauenhand? Und: Sollten männliche Angestellte vorhanden sein, sind sie in der Minderzahl? Bestehen ggf. Pläne, das Unternehmen zu einem (reinen) Frauenunternehmen zu machen? Ausbildungsplätze müssen ausschließlich mit Mädchen besetzt sein bzw. werden. Langfristig behält sich die Genossenschaft vor, für Unternehmen, die in einem Zeitraum von 10 Jahren mehr als 50% männliche Mitarbeiter eingestellt haben, eine Fortsetzung des Mietverhältnisses auszuschließen. Soweit zum Geschlechterproporz.

Von den oben genannten Kriterien abgesehen, kommen nunmehr »ganz normale« Prüfaspekte zum Tragen, die das Konzept und vor allem die Wirtschaftlichkeit des Betriebs betreffen: Bewertet werden u.a. die Rentabilitätsvorausschau, die Eigenkapitalausstattung, einsetzbares Know-how etc. Im nächsten Schritt werden die inhaltlichen Aspekte des Konzepts bewertet. Ergänzt sich das Unternehmen mit den bereits im Gewerbezentrum befindlichen? So achtet die Genossenschaft beispielsweise auf Konkurrenzschutz im Zentrum und auf eine Mischung von Produktion und Dienstleistung. Welche Bedeutung hat Ökologie bei einem Betrieb? Werden ökologische Aspekte im Produktionsprozeß bzw. bei der Produkterstellung selbst umgesetzt oder angestrebt? Und: Wie innovativ ist das vorgestellte Unternehmenskonzept?

Qualitative Veränderungen

Neben ganz »normalen« Betrieben und Unternehmen, die allerdings von Frauen geführt werden und selbstverständlich einen hohen Anspruch auf Leistung und Professionalität verfolgen, zeichnen sich verschiedene Unternehmen durch konzeptionelle Ansätze aus, die auf einer kritischen Reflexion des jeweiligen Tätigkeitsbereichs und auch auf qualitative Veränderungen der Branchen zielen, in denen sie tätig sind. So ist es beispielsweise den **Fair Ladies** – einem Frauenversicherungsbüro – wichtig, anders als in ihrem Berufszweig üblich, KundInnen sehr sorgfältig zu beraten und keineswegs auf schnellschüssige Vertragsabschlüsse hinzuwirken. Oder die Computerschule **Durchblick**, die einen ganzheitlichen und bewußten Umgang mit (EDV-) Technik fördert und in eigens entwickelte Weiterbildungskonzepte integriert.

Noch Zukunftsmusik aber bereits Gegenstand der Diskussion sind Überlegungen, bestimmte konzeptionelle Schwerpunkte der WeiberWirtschaft in einem **Label** zu bündeln. Anhand des **Produktlabels WeiberWirtschaft** wäre dann beispielsweise zu erkennen, daß Frauenarbeitsplätze geschaffen wurden, ökologische Produktionsformen und Materialien berücksichtigt und sozial innovative Unternehmensstrukturen gefördert wurden.

All diese Überlegungen zielen auf die Entwicklung von Steuerungsinstrumenten, die auf die **Sensibilisierung und Stärkung des KonsumentInneneinflusses** zielen und die Idee eines **feministischen Geldkreislaufs** befördern. Insgesamt steht die Genossenschaft WeiberWirtschaft mit ihrem Engagement und ihren Visionen für ein Modell, zählebige Wirtschaftsstrukturen verantwortungsvoll und qualitativ zu verändern. ●

Ab DM 200,– können Sie Anteile der Genossenschaft erwerben, Miteigentümerin einer im Wert steigenden Immobilie und Mitgestalterin dieses kreativen Wirtschaftsprojekts werden. Telefonische Auskünfte erhalten Sie unter: (0 30) 282 11 80 ⟨449 53 78⟩, Fax 282 20 61.

Vorderansicht Anklamerstraße — Foto: WeiberWirtschaft e.G.

Zur Autorin:
Dr. Claudia Neusüß. Vorstandsfrau WeiberWirtschaft e.G. Zuständig für Projekt- und Unternehmensentwicklung.

WIRTSCHAFTSWEIBER IM GRÜNDERINNENZENTRUM

Café Ada	(0 30) 448 48 75
Monika Bleienheuft Büro-/Inneneinrichtung	(0 30) 448 48 89
Color Minded Film Concepts GmbH i.G.	(0 30) 448 47 65
consulta Conzeptberatung und Organisationsentwicklung	(0 30) 448 48 69
Birgit Dunte Spezialdiätprodukte	(0 30) 283 43 98
Durchblick Frauencomputerschule	(0 30) 283 30 11
Entes Strumpf- und Wäscheladen	(0 30) 448 48 73
fair Ladies Versicherungen	(0 30) 283 30 70
Querformat Die Druckerei	(0 30) 283 40 66
Worldwide Business Travel	(0 30) 440 01 16
Geschäftsführung WeiberWirtschaft Anklamer Str. 38, D-10115 Berlin	(0 30) 448 48 96

Anzeige

WeiberWirtschaft Berlin. Der Standort für Chefinnen.

Wir vermieten jetzt Büro-, Laden-, Dienstleistungs- und Produktionsflächen von 20qm bis 200qm:

- voll saniertes Gewerbeobjekt aus der Gründerzeit mit insgesamt 5.500qm Nutzfläche
- Mietpreise zwischen 10 DM/qm und maximal 25 DM/qm nettokalt
- besonders günstige Konditionen für Produktionsbetriebe, Handwerkerinnen und produktionsnahe Dienstleisterinnen
- bezugsfertig im September 1995

Rufen Sie uns an, schauen Sie sich's an! Besichtigungstermine und nähere Informationen: Katja von der Bey, WeiberWirtschaft, Anklamer Straße 38, 10115 Berlin.
Telefon 030 - 282 10 52 <449 53 67>, Fax 030 - 282 20 61 <449 57 01>

MARKENZEICHEN ALS WERBEINSTRUMENT FÜR ÖKOLOGISCHE BETRIEBE

GÜTESIEGEL

Mehr Wirtschaftlichkeit durch Verbundmarketing

Markenzeichen für ökologische Produkte oder Dienstleistungen kleinerer Betriebe sind immer auch ein Werbeinstrument, um sich gegen herkömmliche Unternehmen abgrenzen zu können. Die Erarbeitung gemeinsamer Richtlinien und die Einführung am Markt übersteigt oft die Kapazität einzelner Betriebe. Wir stellen Verbundmarketing als praktischen Ausdruck von betrieblichen Kooperationen vor. Unser Autor ist Diplomvolkswirt und Soziologe, seine Tätigkeitsschwerpunkte sind Öffentlichkeitsarbeit, Verbundmarketing und Corporate-Identity-Strategien.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Marketing ist keine amerikanische Modeerscheinung. Im Rahmen des Wandels von der »Knappheits-« zur »Überflußwirtschaft« stellt es sich als ein unverzichtbares Element ökologischer Unternehmensführung dar, um im Wettbewerb mithalten zu können. Oft wird Marketing als Denkhaltung definiert, die die systematische und planmäßige Ausrichtung aller Unternehmensfunktionen auf die vorhandenen und potentiellen Bedürfnisse der Abnehmer zum Inhalt hat. Geschieht dies tatsächlich, wird der altehrwürdige Begriff der Konsumentensouveränität zur Geltung gebracht, indem sich ein Unternehmen in allen Handlungen an den Zielen und Wünschen seiner KundInnen orientiert.

Aufgrund seiner Bedeutung für den Erfolg wird Marketing von Unternehmen, die auf Umweltmärkten agieren, ein wachsender Stellenwert zugeschrieben. Dies gilt umso mehr, weil viele ökologisch orientierte Unternehmen vom Produkt und nicht vom Markt her ihre Gründung angegangen sind. Das heißt, den Vermarktungschancen wird erst in einem zweiten Schritt Aufmerksamkeit gewidmet. Teilweise ist dies nicht anders möglich, weil in der Anfangsphase selten Marktanalysen existieren, die Aussagen über die Aufnahmebereitschaft der Produkte durch potentielle Endabnehmer enthalten.

Viele Unternehmer im Umweltbereich greifen auf eine Form des Marketings zurück, die in Abgrenzung zum herkömmlichen Marketing als »ökologisches« bezeichnet werden kann. Eine solche Charakterisierung ergibt sich nicht allein aus den Inhalten der Werbebotschaft und den Produkten. Erst wenn ein weiterer Aspekt hinzukommt, kann davon gesprochen werden: Die Kommunikations-und Austauschprozesse dürfen nicht hierarchisch oder als Einwegkommunikation gestaltet sein, sondern müssen dialogisch, netzartig und/oder partizipativ organisiert werden.

Eine solche Vorgehensweise kommt dem Zwang vieler Kleinunternehmen entgegen, das Beste aus den fehlenden Ressourcen für eine gezielte Kommunikations- und Marketingstrategie zu machen. Deren wirksame Umsetzung erfordert im Normalfall umfassende und damit auch kostenintensive Marktanalysen. Dafür stehen häufig keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Die von einem Teil der Unternehmen durch Versuch und Irrtum gewonnene Erfahrung, daß Anzeigenwerbung »zu teuer ist und wenig Effekt hat«, bzw. »es kaum Reaktionen darauf gibt«, lassen sie jedoch mehr oder weniger zwangsläufig auf dialogische bzw. vernetzende Kommunikationsformen zurückgreifen.

Sie stellen eine angemessene Form für die als Grundstrategie von fast allen Umweltunternehmen betriebene »Differenzierung« dar, sprich die Betonung der Einmaligkeit und Qualität der Produkte. Sie liegt nahe, weil ökologische und umwelttechnische Produkte und Dienstleistungen im allgemeinen unbekannt sind. Soll also die Differenzierungsstrategie greifen, weisen sie einen hohen Erklärungsbedarf auf. Dem kann aber ein einzelner Anbieter nur über persönliche Erläuterungen und Erklärungen gerecht werden.

Zukunftsträchtige Strategie für ökologisch innovative Kleinunternehmen

Unbekanntheit von Unternehmen und Produkt stellen die größten Hürden bis zum Verkauf eines ökologischen Produkts dar. Gefolgt werden sie vom Problem, daß die nicht ökologische Konkurrenz »besser eingeführt« und »bekannter« ist. Da in den meisten Fällen nicht ökologisch orientierte Großunternehmen als Konkurrenten gesehen werden, drängen sich fürs Marketing Konsequenzen auf. Mögliche Synergieeffekte durch gemeinsame Aktivitäten sollten für eine kooperative PR- und Marketingarbeit genutzt werden, um die selbst festgestellten Nachteile abzubauen.

Marketing-Kooperationen, die die genannten Probleme abzuschwächen versuchen, kommen vergleichsweise selten zustande. Sie stoßen ähnlich wie andere Investitionsvorhaben auf Finanzierungsprobleme. Zwar ist der eigentliche Finanzierungsaufwand geringer als bei Einzelaktivitäten im Marketingbereich, bevor es aber zur eigentlichen Tätigkeit eines Verbundes kommt, sind für die Kooperationspartnersuche, Zielbestimmung, Konzepterarbeitung und Koordination der Kooperation erhebliche Vorleistungen einzelner Promotorenbetriebe erforderlich. (Vgl. dazu auch den Bericht des Schreinereientreffens in dieser Nummer)

Sie müssen diese Vorleistungen erbringen, ohne zu wissen, ob die erforderliche Aktivität schließlich tatsächlich zustande kommt und in welchem Maße sie sich bei dem Einigungsergebnis mit ihren eigenen Vorstellungen wiederfinden. Insofern sind solche Vorleistungen risikobehafteter als viele andere wichtige Investitionsvorhaben. Sie scheitern deshalb weniger an den Kosten als an den Unwägbarkeiten.

Als Beispiele hierfür kann auf einige der bestehenden Kooperationsansätze verwiesen werden. So geht es bei den Biofarbenherstellern, den Naturkosmetikfirmen oder auch bei Unternehmen im Textilbereich schon länger um die Erarbeitung eines Markenzeichens als Werbeinstrument. Mit diesem wollen sie sich gegenüber herkömmlichen Unternehmen abgrenzen. Ziel ist es, bei der Fülle der Informationen, die täglich auf den/die einzelne/n VerbraucherIn über die angebliche oder tatsächliche Umweltverträglichkeit vieler Produkte einströmen, Orientierungsund Überprüfungsmöglichkeiten zu geben.

Ökologisches Qualitätssiegel als erster Schritt

Informationsvermittlungs- und Suchhilfefunktionen sind für alle ökologischen Konsumgüter relevant. Liegt doch im Bereich kurzfristiger Verbrauchsgüter ein wenig aufwendiges Such- und Entscheidungsverhalten der KäuferInnen vor. Außerdem sind ökologische Produkte von nicht ökologischen Produkten auf den ersten Blick meist schwer unterscheidbar, so daß eine größere Verwechselbarkeit mit umweltschädlichen Angeboten vorliegt. Da Käufe vergleichsweise spontan unter hoher Unsicherheit über die ökologische Qualität erfolgen, reichen für solche Produkte sonst verbreitete Hersteller- und Anbieterverzeichnisse nicht aus. Ein Markenzeichen, Signet oder Qualitätssiegel, gebunden an klar definierte Richtlinien, durch die die ökologische Produktqualität sofort ersichtlich und durchschaubar wird, ist entscheidend. Dies gilt für viele ökologische Produkte wie Büroartikel, Umweltschutzpapier, Baustoffe und Häuser für EndverbraucherInnen, Kompost, Textilien (vgl. den Beitrag in diesem Schwerpunkt), Naturfarben sowie Lebensmittel.

Die vor dem Einsatz von Qualitätssiegeln erforderlichen Einigungsprozesse auf Grundsätze und Richtlinien fallen allerdings schwer. Denn je nach Formulierung wird eine weitere oder engere Grenze zu dem gezogen, was noch als ökologisch anzusehen ist. Entsprechend geht es bei Verhandlungen über ökologische Markenzeichen auch immer zumindest indirekt um die Ausgrenzung oder auch relative Besser-/Schlechterstellung einzelner Unternehmen je nach Nähe ihres Produktkonzepts zum gemeinsamen Qualitätskonzept. Ohne professionelle Moderation eines Neutralen, der die faire Aushandlung der Interessen in einem Einigungsprozeß gewährleistet, sind deshalb solche Kooperationsbemühungen trotz oftmals schon geleisteten hohen Aufwands allzuschnell zum Scheitern verurteilt.

Welche Skurrilitäten in diesem Zusammenhang Konkurrenz zwischen ökologischen Kleinunternehmen annehmen kann, unterstreicht die Entwicklung im Umweltschutzpapiermarkt. Gegenüber der weniger umweltverträglichen Produktion der Recyclingpapierhersteller haben sich hier mehrere betriebliche Zusammenschlüsse schon seit längerer Zeit versucht abzugrenzen. Mit mittlerweile vier Umweltqualitätssiegeln wird dies mehr oder weniger erfolglos praktiziert. Selbst InsiderInnen können deren Unterschiede inhaltlich nur selten erklären. Daß viele VerbraucherInnen bei diesem Wirrwarr eher auf die Produkte bekannter Großunternehmen mit Recyclingpapier zurückgreifen, liegt nahe.

Ohne einen im Verbund organisierten Prozeß der Qualitätssicherung und ein damit agierendes Marketing wird auf vielen Naturwarenmärkten hinsichtlich der ökologischen Qualität langfristig nicht viel übrigbleiben. Begriffe wie Ökologie, Naturwaren oder Naturkost sind nicht eindeutig geschützt und sagen nur wenig über die Naturbelassenheit der Waren aus. So bieten immer mehr Unternehmen Waren unter diesem Etikett an, gerade auch in Supermarktketten. Erst wenn eine Einigung auf klar postulierte, gemeinsame Richtlinien gelingt, besteht für kleinere Einzelhandelsläden eine Chance, im Verdrängungswettbewerb nicht aufgeben zu müssen. Die notwendige, weitergehende Kooperation in Richtung gemeinsames Marketing ist dann ein naheliegender nächster Schritt.

Glaubwürdigkeit als Voraussetzung erfolgreicher Marketingkooperation

Der Begriff Verbundmarketing kann als Synonym von Aktivitäten im Bereich des Marketings und der Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden. Voraussetzung ist, daß diese Aktivitäten von mehr als einem/r AkteurIn getragen werden. Es handelt sich um verschiedenste Formen der Zusammenarbeit von Betrieben, staatlichen Institutionen, ideellen Vereinigungen etc., bei denen es darum geht, eine Produkt- oder Dienstleistungsart aus dem Umweltsektor bekannt zu machen und darüber auch deren Absatz unabhängig von einem einzelnen Unternehmen zu fördern.

Die Unterschiedlichkeit der Anbieter und der Marktphasen ökologischer Produkte und Dienstleistungen erfordert unterschiedliche Konzeptionen für eine Verbundmarketingstrategie. Sie ergibt sich vor allem daraus, ob es sich bei den EndkundInnen um Haushalte oder um private und öffentliche AbnehmerInnen handelt, bzw. ob es um Konsumgüter oder Investitionsgüter geht. Von gleicher Bedeutung ist die Marktphase. Hier ist besonders zwischen der Marktöffnung bzw. -erschließung und der erforderlichen Konsolidierung zu unterscheiden.

Letztgenannte sollte dann konsequent angegangen werden, wenn nach erfolgter Marktöffnung und anschließenden Nachfragesteigerungen kapitalstarke Konkurrenten auf den Markt drängen oder kurz vor dem Marktzutritt stehen. Voraussetzung hierfür ist die Bekanntheit der Produkte bzw. sogar das Vorhandensein verschiedenster konkurriender Angebote vom gleichen Produkttyp. Verbundmarketing hat dann das Ziel, die Konkurrenzfähigkeit derjenigen kleinerer Anbieter zu sichern und zu verbessern, durch deren Engagement die Marktöffnung durchgesetzt wurde.

Zu unterscheiden ist zwischen horizontalen und vertikalen Kooperationen. Bei horizontalen Kooperationen geht es darum, Anbieter auf gleicher Stufe durch geeignete Maßnahmen zu stärken. Ansetzen sollten entsprechende Maßnahmen an typischen Schwierigkeiten beim bzw. bis zum Zustandekommen einer Kooperation. Es geht darum, die Risiken und Unwägbarkeiten zu verringern, die ein kooperationsinitiierendes Unternehmen alleine tragen muß, während die späteren Vorteile dem gesamten Kooperationszusammenhang zugute kommen.

Die daraus entstehende Problematik, daß oftmals kein Unternehmen die initiierende Funktion zu übernehmen bereit ist, kann durch Auslagerung an Verbände oder eine anderweitige »neutrale« Institution angegangen werden. Verbunden damit ist auch eine größere Glaubwürdigkeit. Verbänden oder anderen »Dritten« wird bei der Information und Kommunikation größeres Vertrauen von seiten der VerbraucherInnen entgegengebracht als jedem einzelnen Unternehmen. Bei letzterem unterstellt der/die KundIn zurecht, daß Informationen vorwiegend interessengeleitet sind. Er »wittert« dort die Gefahr, daß es ein Unternehmen aufgrund kurzfristiger Vorteilserwägungen mit der Wahrheit nicht immer so genau nimmt. Erfolgreiches Verbundmarketing setzt insofern – so paradox dies auch klingen mag – die Einbeziehung eines außenstehenden Mittlers der werblichen Kommunikation (fast) immer voraus. ●

Foto: Michael Lange/VISUM

MUTMASSUNGEN ÜBER »ÖKOLOGISCHEN NUTZEN«

Die Biobrille

Je mehr die Werbung das Ökolabel mißbraucht, desto weniger Gewißheit haben die VerbraucherInnen. »Ökologisch« ist heute schlichtweg alles, was sich auf dieser Strecke laustark in Szene setzen kann: vom deutschen Atommeiler (gegen CO2-Emission) über die patentierte Maus (zur Nutzung von Gentechnik gegen Hungersnot und für gesunde Ernährung) bis zum strahlenden Weiß der Ökowesten von Chemieindustriellen – munter wird es als Fortschritt zum Nutzen von Mensch, Natur und Umwelt angepriesen...

Dabei darf nicht nur gelogen, sondern auch methodisch verbogen werden: seriös und geradlinig sind jedoch lediglich Ökobilanzen und Technikfolgeabschätzungen, die gleichzeit einräumen, daß all ihre Grundannahmen mit zahlreichen ungedeckten Wechseln auf die Zukunft handeln. Solange darf sie meinetwegen auch behaupten, daß Eisenbahnfahren krank macht (vor Stevenson), daß der Super-GAU statistisch zu vernachlässigen ist (vor Tschernobyl), daß Genmanipulation tatsächlich wissenschaftlicher Fortschritt ist (wie derzeit) oder daß sämtliche abertausende der in ihKompetenz. Und ganz am Schluß erst Maßnahmen zur Veränderung.

Wenn daher Qualitätssiegel und Gütezeichen vergeben werden oder durch Ökosteuern Investitionen diskriminiert oder gefördert werden, findet dies in einem zweipoligen Zeitablauf und Spannungsfeld statt: am Anfang stehen von oben beeinflußte Kräfte des Marktes – erst später wächst von unten das notwendige Wissen der VerbraucherInnen und ProduzentInnen.

CONTRASTE und seine LeserInnen besetzen in dieser ökologisch-ökonomischen Landschaft nur ein winziges Fragment meinungsbildenden Potentials. Aber immerhin doch aus einem Personenkreis von AkteurInnen, der seit über 10 Jahren darüber redet und handelt, »anders zu arbeiten und zu leben«, Alternativen zu entwickeln und aus der Verantwortung der Einen Welt, auf der wir alle leben, dagegenzuhalten, wo sie im Sinne der gesamten Menschheit aus dem Ruder läuft. Hierin liegt eine Chance, Definitionsmacht »von unten« zu organisieren, was denn eigentlich alles wirklich als »bio« und »alternativ« anzusehen ist...

Die Veröffentlichung der BUNTEN SEITEN als Buch, die CONTRASTE in diesen Tagen vornimmt, ist ein Versuch, diesen Meinungsbildungsprozeß zu fördern. Es erscheint nicht nur ein Buch als Adreßwerk mit 10.000 Adressen aus dieser Szene, sondern gleichzeitig eine elektronische Datenbank, die dem/der LeserIn und vor allem interessierten Projekten die Möglichkeit eröffnet, selber die Biobrille aufzusetzen. Die Biobrille ist also ein Feld, welches für künftige Informationen über Arbeit, Leistung, AkteurInnnen, PartnerInnen und Klientel der jeweiligen Projekte reserviert sein wird.

»Durch die Biobrille gesehen« kann auf diese Weise eine Art interaktive Datenbank von unten entstehen, die nicht nur informiert, welche bisher bestehenden Qualitäts-und Gütesiegel wo vorhanden sind, sondern darüberhinaus neue alternativwirtschaftliche Differenzierungen und Vernetzungspotentiale entwickelt.

Setzt die Biobrille selber auf! ●

K.R.

SCHREINEREIEN: BETRIEBLICHE IDENTITÄT ALS GÜTESIEGEL

GÜTESIEGEL

»Das Besondere an uns«

Im Rahmen der Seminarreihe für selbstverwaltete Betriebe in Hessen – vgl. Kasten – trafen sich einige SchreinerInnen des Arbeitskreises ökologisches Holzhandwerk Wiesbaden-Taunus zum Thema »Kooperation statt Konkurrenz«. Neben der gegenseitigen Stärkung durch Erfahrungsaustausch wurde das Thema der eigenen Identität und wie sich ökologisch orientierte Betriebe von konventionellen unterscheiden ausgiebig diskutiert.

Vielfältiger Stand vom Arbeitskreis ökologisches Holzhandwerk Wiesbaden-Taunus an der Messe Ökovision, Mai 1995 Foto: Karin Korb

Karin Schröder, Peter Streiff, netz Hessen ● In Diskussionen und gegenseitigem Austausch unter ökologisch orientierten Schreinereien wurde deutlich, daß sich der Markt für ökologische Produkte und Dienstleistungen dank des Bewußtseinswandels in Teilen der Bevölkerung deutlich vergrößert hat. Damit vergrößerte sich im Verlauf der letzten Jahre auch der Kreis der Anbieter. Da Begriffe wie »bio« oder »öko« immer mehr als Verkaufsargumente gebraucht werden, ist es notwendig, daß sich selbstverwaltete Betriebe durch eigene Qualitätsmerkmale von anderen Anbietern unterscheiden.

Das setzt allerdings ein Bewußtsein über die eigene Identität als Betrieb oder auch als Kooperation von Betrieben voraus. Die damit angesprochene Organisationsidentität – bekannt unter dem Begriff »Corporate Identity« – bzw. die Strategie sie zu erlangen, verstehen wir als Mittel für selbstverwaltete Betriebe, ihr Leitbild, ihr Erscheinungsbild und ihre Kommunikationsformen neu zu definieren und entsprechend zu gestalten.

Ein Leitbild eines Betriebes kann im Grunde auch aus dem gemeinsamen Verständnis über die hergestellten Produkte und Dienstleistungen bestehen, wie es z.B. für die MitarbeiterInnen der »Holzwerkstatt Filou« feststeht, daß sie nur Möbel und Einrichtungen aus und mit ökologischen Materialien herstellen wollen. Hinzugefügt werden muß dabei, daß »Filou« sich dank ihrer langjährigen Praxis einen genügend großen KundInnenstamm aufgebaut hat, um allein mit ökologischem Holzhandwerk existieren zu können. Für andere Schreinereien, die auf einen großen, konventionell orientierten KundInnenkreis angewiesen sind, besteht noch die Notwendigkeit, in ihrer Produktepalette Kompromisse einzugehen.

Unverwechselbare Identität

Dennoch hat sich am Seminar »Kooperation statt Konkurrenz« gezeigt, daß es erst eines gemeinsamen Diskussionsprozesses bedurfte, um das Profil des eigenen Betriebs deutlich zu machen. Als wichtigste Eckpfeiler ihrer betrieblichen Identität in der Beziehung zu ihren KundInnen wurde genannt:

- Glaubwürdigkeit,
- der persönliche Kontakt zu den KundInnen,
- eine gute Beratung
- das »Werkstattfeeling« im selbstverwalteten Betrieb, das sich deutlich in Form des kooperativen Umgangs unter den MitarbeiterInnen von den meisten konventionellen Betrieben unterscheidet.

Die einzelnen selbstverwalteten Schreinereien setzen in der Gewichtung der genannten Punkte jeweils andere Akzente. So ist z.B. für die »Holzwerkstatt Filou« die Vermittlung dieses »Feelings« an die KundInnen eines der zentralen Elemente im gesamten Beratungs- und Verkaufsgespräch. Demnach halten sie konsequent an ihrem Grundsatz fest, daß ein neuer Kunde als erstes in ihre Werkstatt kommen soll, um die Werkstatt-Athmosphäre zu erleben. Das Praktische – Materialien und andere Produkte können gezeigt werden – läßt sich so mit dem Emotionalen – Duft, Athmosphäre, zwischenmenschliche Beziehung – verbinden. In anderen Schreinereien werden Schwerpunkte eher auf direkten Kontakt vor Ort gesetzt, da ein Mitarbeiter oft gleich zum Kunden fährt, um ausmessen zu können.

Als Fortgang der Diskussion wurde die Frage nach der Identität des, bisher ziemlich lose verbundenen Arbeitskreises ökologisches Holzhandwerk Wiesbaden-Taunus (1) gestellt. Er besteht aus sechs unterschiedlich großen Schreinereien. Auf die Frage »Was ist das Besondere an uns?« wurden in einer ersten Runde einige Punkte genannt, die auch von anderen, nur vordergründig und scheinökologischen Betrieben gewährleistet werden könnten:

- ehrliche Ökologie
- Haltbarkeit
- Qualität der Materialien
- kein Tropenholz
- Exklusivität (Kleinserien, Design-Möbel) (2)
- Beratung, Information

Einbezug der KundInnen

Die nachfolgenden, zusätzlich genannten Punkte können durch ökologisch arbeitende Betriebe wie diejenigen des Arbeitskreises gewährleistet werden – und damit durch andere nicht oder nur ungenügend. Diese Punkte sind demnach das »eigentlich Besondere an uns« und umschreiben »die Nischen, die die Industrie nicht bieten kann«:

- Individualität, Einbezug der KundInnen in den Schaffensprozeß
- zu Kompromissen stehen
- Atmosphäre / anderes arbeiten
- gezielte Werbung
- nicht entfremdet arbeiten
- zufriedene KundInnen mit dem guten Gefühl, was »Gutes« gekauft zu haben; dies streben industrielle Betriebe sicher auch an.

Dennoch fühlen sich die Betriebe des Arbeitskreises dank ihrem persönlichen Kontakt und der ehrlichen Beratung auch in diesen Punkten deutlich der Konkurrenz überlegen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion dieser Punkte im Seminar wurde deutlich, wie sich die Betriebe den Marktanforderungen stellen und z.B. die Entwicklung bei großen Herstellerfirmen genau beobachten. Die machen zwar plakativ mit dem Begriff »Ökologie« Werbung und können dank modernster CNC-Technologie auch ökologische Küchen nach Maß zu billigen Preisen anbieten, dennoch haben die selbstverwalteten Schreinereien als Betriebe vor Ort entscheidende Vorteile dadurch, daß ihre Produkte für die KundInnen unmittelbar sinnlich erfahrbar sind: »Die Qualität läuft übers Fühlen«, bemerkte ein Schreiner.

Das Bewußtsein, was denn eigentlich die eigene Identität als MitarbeiterIn und als Betrieb ausmacht, konnte demnach größere Klarheit darüber verschaffen, wie und wodurch sie sich von der Konkurrenz unterscheiden. Zur Identität des ganzen Arbeitskreises wurde festgestellt, daß sie als Arbeitskreis, der sich mit ökologischen Fragestellungen längerfristig auseinandersetzt, deutlich glaubwürdiger und damit attraktiver sind gegenüber den KundInnen – im Gegensatz zur Existenz nur als Einzelbetrieb.

Gemeinsam sind wir stärker

Über den praktischen Erfahrungsaustausch hinaus entspann sich eine Diskussion rund um die Frage des Vertrauens und um die sich daraus ergebenden Möglichkeiten. Viele kennen die Situation, wie ein Handwerker dem anderen auf der Baustelle nichts gönnt, vielfach unter Zeitdruck gearbeitet wird und sich niemand für die Koordination zuständig fühlt. Einige Anwesende hatten in ähnlichen Situationen aber auch schon sehr angenehme Ausnahmen erlebt, meistens verbunden damit, daß sich die HandwerkerInnen persönlich kannten oder daß eineR davon klar die Koordination übernommen hatte.

Dieses während des Seminars erörterte Thema wurde von einigen TeilnehmerInnen danach weiterverfolgt, was zum Aufbau einer »Fremdhandwerkerliste« führte. Um die praktische Kooperation und alltägliche Zusammenarbeit vorantreiben zu können, hat jeder Betrieb des Arbeitskreises seine Handwerksbetriebe, mit denen er gerne und oft zusammenarbeitet und die ebenfalls möglichst selbstverwaltet und ökologisch arbeiten, den anderen Betrieben bekannt gegeben bzw. auf diese Liste gesetzt. Ziel soll die Möglichkeit sein, gegenüber den KundInnen ein »Komplett-Angebot« machen zu können, so daß der/die KundIn nur noch mit einem Handwerksbetrieb zu tun hat, der sozusagen als kleiner GeneralUnternehmer auftritt.

Für den/die KundIn würde das im besten Fall bedeuten:

- bauen ohne (Termin- und Koordinations-)Ärger,
- sich um nichts kümmern,
- Kontakt nur noch zu einer Person.

Ein weiterer Schritt hin zu einer unverwechselbaren Identität, die auf persönlichem Engagement, hohen qualitativen Ansprüchen und gemeinsamem Handeln beruht. ●

Anmerkungen:

(1) Kontakt zum Arbeitskreis ökologisches Holzhandwerk WiesbadenTaunus: Holzwerkstatt Filou, Kleine Strasse 7, 65207 Wiesbaden, Tel. 0611/507720.

(2) dies können ökologisch arbeitende Betriebe mit handwerklichen Qualitätsmerkmalen – z.B. mit »durchgestemmten Verbindungen als Gestaltungselemente« – auch für sich in Anspruch nehmen.

DOKUMENTATION

Wege aus der Krise – hin zum Regenbogen

Der Verband der selbstverwalteten Betrieb in Hessen (VSBH – netz Hessen) hat im letzten Jahr eine Reihe von Seminaren und Workshops durchgeführt, deren Ergebnisse nun in einer Broschüre festgehalten sind. Die Überschrift »Wege aus der Krise – hin zum Regenbogen« versinnbildlicht sowohl Ausgangslage der TeilnehmerInnen, Anspruch an die einzelnen Seminare als auch Ziel der ganzen Seminarreihe. Der damit dokumentierte Erfahrungsaustausch hat gezeigt, daß die Alternative Ökonomie im Verlauf ihrer 20-jährigen Geschichte Ansätze für eine spezifische Selbstverwaltungsprofessionalität entwickeln konnte, ohne die eigenen Prinzipien aufzugeben.

Kaum ein modernes Unternehmen, das heute nicht ohne Teamarbeit auskommen würde. Dabei wird oft unterschlagen, daß selbstverwaltete Betriebe bereits seit Jahre praktische Erfahrung damit haben. Nun gilt es, diese Erfahrungen weiterzugeben und zusammen Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven kooperativen und solidarischen Wirtschaftens zu erarbeiten.

Die Dokumentation vermittelt einen Einblick in die aktuelle Diskussion im Selbstverwaltungssektor. Sie ist als Orientierungshilfe gedacht für selbstverwaltete Betriebe, ExistenzgründerInnen und Menschen, die in selbstverwalteten Organisationsformen arbeiten möchten. ●

»Wege aus der Krise – hin zum Regenbogen«; Dokumentation zur Seminarreihe für selbstverwaltete Betriebe in Hessen; Karin Schröder, Peter Streiff; Hrsg: netz Hessen – Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen e.V. (VSBH), Schäfergasse 46, 60313 Frankfurt, Tel. 069/1310407 (Bezug zum Preis von 10 DM in Briefmarken oder Verrechnungscheck).

KEIN GÜTEZEICHEN FÜR ÖKOLOGISCHE BAUSTOFFE

Ökologische Anforderungen

Viele Schreinereien verarbeiten auch Baustoffe. Angesichts der Materialvielfalt und bisher ohne anerkanntes Gütezeichen sind klare Anforderungen an eine ökologische Produktpolitik gefragt. Die Volldeklaration der Produkte ist gefragt.

Herbert Klemisch, Köln ● Produkte mit ökologischen Gütesiegeln, früher ein Privileg ausgewählter Biomärkte und eines begrenzten Konsumentenkreises, überschwemmen mittlerweile den Markt. Längst haben gerade die großen Hersteller und Versandhäuser die Meinungsführerschaft übernommen. Denn die Verfahren, die für eine ökologische Produktbewertung erforderlich sind, sind anspruchsvoll, teuer und – trotz langer Diskussion – immer noch relativ willkürlich. Warum also eine ökologische Bewertung von Produkten?

In den letzten hundert Jahren war das Bauen durch eine steigende Materialvielfalt und wachsende Produkt- und Abfallströme gekennzeichnet. Früher wurde mit wenigen, natürlichen Materialien gebaut – vorwiegend Holz, Lehm, Backstein und Naturstein. Ökologisch unbedenklich!

Die zunehmende Materialvielfalt erschwert heutzutage eine Abschätzung der ökologischen Auswirkungen. Im Produktangebot finden sich unter anderem Vielstoffgemische: Materialien, die als Verbundwerkstoffe aufgebaut sind, sowie Bauteile, die bereits als Konstruktionseinheiten gehandelt und eingebaut werden. Die ökologische Baustoffauswahl bezieht sich daher nicht auf einzelne Werkstoffe, sondern auf ganze Werkstoffpakete, die vielfach aus mehreren Materialien unterschiedlichster Eigenschaften bestehen und oft einen komplizierten Herstellungsprozeß durchlaufen. Eine Beurteilung in ökologischer Hinsicht ist deshalb sehr schwierig und nur mit entsprechenden Fachkenntnissen zu bewerkstelligen.

Hilfestellung ist notwendig und kann in Form einer Bewertung gegeben werden, die die ökologischen Eigenschaften eines Baustoffes transparent macht. Welche Bestandteile, Eigenschaften und Auswirkungen eines Baustoffes unter ökologischen Aspekten relevant sind, orientiert sich an den Zielvorstellungen des ökologischen Bauens. Die Kriterien müssen daher für jedes Produkt und jeden Baustoff individuell entwickelt und ausgewählt werden. Diese Prozedur läßt sich lediglich durch sogenannte Ausschlußkriterien vereinfachen: bestimmte Produkte werden bereits im Vorfeld »disqualifiziert«.

Die Auswahl der Bewertungskriterien und die Entscheidung, welchen Zielen Priorität eingeräumt wird, ist dennoch niemals ein objektiver oder wissenschaftlicher Prozeß, sondern immer subjektiv gesteuert. Experten und Wissenschaftler können nur Informationen über ökologische Konsequenzen zu liefern, die mit dem Einsatz bestimmter Bauprodukte oder Baukonzepte absehbar verbunden sind.

Die praktische Umsetzung eines Bewertungssystems setzt vollkommene »Transparenz« und die Überprüfbarkeit der dadurch erhaltenen Informationen voraus. Nur durch Offenlegung aller Inhaltsstoffe und deren Verunreinigungen, sowie durch vollständige Angabe der Produktionsprozesse ist eine wirkliche Bewertung möglich. Dies entspricht einer Volldeklaration von Produkten.

Daß dies praktikabel ist, zeigen kleine Hersteller, die im ökologischen Bereich ihre Produkte bereits jetzt schon mit einer Volldeklaration versehen. Auch in Bereichen, in denen eine Vielzahl vergleichbarer Produkte angeboten werden, bieten die Hersteller eher eine Deklaration. Auf der anderen Seite sind besonders die großen Hersteller von synthetischen Produkten mit der Bekanntgabe von Inhaltsstoffen mehr als zurückhaltend. Informationen sind so gut wie nicht erhältlich.

Eine anerkannte, umfassende ökologische Bewertung von Baumaterialien existiert in der Bundesrepublik nicht. Da auch keine verbindlichen Gütesiegel vorliegen, wäre eine gemeinsame Initiative der Hersteller in diesem Bereich erforderlich. Leider wird ein solcher Vorstoß im politischen und verbandsmäßig organisierten Kräftefeld bisher nur halbherzig aufgegriffen. Hierzu wäre der Zusammenschluß der Unternehmen in einem Arbeitskreis und die entsprechende Lobbyarbeit nötig. Doch solche unternehmerischen Qualitätszusammenschlüsse sind bisher nur aus den Bereichen Textil, Papier und Farben bekannt. ●

Herbert Klemisch ist Mitarbeiter im Klaus Novy-Institut, EcoRegio Köln

DIE KRITERIEN FÜR BIOLOGISCH ERZEUGTE LEBENSMITTEL MÜSSEN NEU DEFINIERT WERDEN

GÜTESIEGEL

Keine Entwarnung in der Öko-Nische

Noch ist es eine Minderheit, die Lebensmittel ablehnt, die unter Einsatz von Agrochemie hergestellt wurden. Aber es ist eine wachsende Minderheit, die langsam auch für Großanbieter interessant wird. Diesen bietet die Gentechnologie ungeahnte Chancen: gentechnologisch manipulierte Pflanzen, im Biofermenter unter Umgehung des natürlichen Prozesses von Aussaat, Wachstum und Reife vervielfältigt, könnten Produkte in Fülle liefern, die nach herkömmlichen Kriterien als »biologische Lebensmittel« gelten würden. Die Autorin des folgenden Artikels plädiert dafür, daß ProduzentInnen, VertreiberInnen und KonsumentInnen von Naturkost und Naturwaren dagegen offensiv vorgehen.

Erika Kristopeit, Bonn ● Die neue Bio- und Gentechnologie wird in jede Nische gesellschaftlicher Realität Einzug halten und auch ökologisch orientierte Menschen durch geschickte Argumente hinters Licht führen. So stolperte ich kürzlich über einen Satz in einer Selbstdarstellung eines Großhändlers für Naturkost/Naturwaren:

»Unsere LKWs fahren mit Rapsdiesel...«

Raps ist eine der Pflanzen, die gentechnisch verändert wurden und die z.Zt. großflächig freigesetzt wird. Dieser sogenannte »BastaRaps« ist resistent gegen das Totalherbizid »Basta« der Firma Hoechst. Dieser optimierte Raps wird von der Firma als umweltfreundlich angepriesen und stellt sich als nachwachsender Rohstoff dar – eben für solchen Bio-Diesel als ressourcenschonender Kraftstoff. Als Ersatzpflanze für Kokos- und Palmfette könnte er für die »umweltverträglichen« Waschmittel Bedeutung erlangen. Raps ist auch eine beliebte Honigpflanze, die große Mengen an Blütenpollen bildet. Diese enthalten natürlich ebenfalls die hinzumanipulierten Gene und werden von Wind und Bienen übers Land verteilt, wo sie sich mit anderen Sorten kreuzen. Für die Weiterverbreitung der in den Chemielabors entwickelten transgenen Sorten sorgt so die Natur von selbst – bisher weiß schließlich noch keine Biene eine transgene Rapsblüte von einer anderen zu unterscheiden. Dieses kurz dargestellte Beispiel zeigt, daß Gentechnologie auch für ErzeugerInnen, HändlerInnen und EndverbraucherInnen des ökologischen Handels Probleme und Gefahren enthält.

Die Einsatzmöglichkeiten der Gentechnik sind dabei praktisch unbegrenzt. Im pflanzlichen Bereich reichen sie vom genmanipulierten Saatgut über genetischen Pflanzenschutz bis hin zu gentechnisch hergestellten Zusätzen in der Nahrungsmittelproduktion. Bei den Tieren umfassen sie die gesamte Palette vom Futtermittel über die Tiermedizin bis hin zur genetischen Manipulation direkt an den Nutztieren selbst und selbstverständlich auch die gentechnische Verarbeitung der tierischen Erzeugnisse.

Anbauverbände gegen Gentechnik

Nun könnte die ökologisch orientierte Konsumentin denken, die neue Nahrungsmitteltechnologie betreffe ja nur den konventionellen Markt, gegen den ohnehin schon Einkaufswiderstände aufgrund unzähliger Nahrungsmittelskandale bestehen. Für kritische EndverbraucherInnen hat sich schon längst der Naturkost/Naturwarenmarkt etabliert, der für eine gentechnikfreie Zone gehalten werden könnte – und möchte: mehrere Anbauverbände haben sich bereits gegen den Einsatz von gentechnisch veränderten Produkten ausgesprochen.

So heißt es bei Bioland: »Genmanipulation widerspricht dem Grundverständnis des ökologischen Landbaus. Gentechnisch hergestelltes Saat- und Pflanzengut ist somit in Bioland-Betrieben verboten. In Bioland-Betrieben sind Genmanipulationen und Embryotransfers ausgeschlossen (in bezug auf die Tierhaltung)«. Von Bioland-Vorlieferanten werden z.Zt. entsprechende Verzichtserklärungen eingeholt. Ähnlich haben sich Naturland, der Biokreis Ostbayern und Demeter (mit der Einschränkung »aufgrund des heutigen Wissensstandes«) geäußert.

Doch sollte die kritische Naturkost/Naturwarenkonsumentin nicht vergessen, daß es auch in diesem Handelszweig längst um Marktanteile in einer Konkurrenzsituation geht. Die internen Kontrollsysteme zeigten in der Praxis immer wieder Schwachstellen. Der gesamte Wirtschaftsbereich weitet sich immer mehr aus, internationale Anbauverbände machen ihn unüberschaubar. So wird es für die Endverbraucherin immer schwieriger, die wichtige Frage zu klären, was wo und wie produziert wird. Wenn sie nicht alles schlucken will, was ihr vorgesetzt wird, muß sie in Zukunft ihr Augenmerk gerade auch auf die gentechnologische Grenzüberschreitung vom konventionellen auf den ökologischen Markt richten.

Erzeuger und Händler von Naturkost/Naturwaren sind einem verstärkten Konkurrenzdruck und Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. So richten sie ihre Aufmerksamkeit zunehmend auf die betriebswirtschaftliche Seite ihres Unternehmens und vernachlässigen meines Erachtens die Auseinandersetzung mit politisch brisanten Themen wie der Bio- und Gentechnologie. Ein Reader zum Thema Gentech der Arbeitsgemeinschaft Naturkost-Marketing (frau beachte die Ansiedlung des Themas im Marketing!) läßt viele Fragen offen.

Saatgutabhängigkeit

Wie steht es z.B. mit dem Saatgut für Betriebe des kontrolliert biologischen Anbaus (kbA)? Es gibt zur Zeit für den kbA keine eigenen Saatgutfirmen. Die Betriebe sind abhängig von den noch existierenden ca. 60 Saatgutherstellern in der BRD. Diese sind selbst einem zunehmenden Konzentrationsprozeß unterworfen. Immer mehr Saatgutfirmen gehen Zusammenschlüsse mit Chemieunternehmen ein wie die KWS (Kleinwanzleber Saatzucht) mit Hoechst. Die kbA Betriebe haben es m.E. jahrzehntelang versäumt, eine unabhängige Verfügbarkeit des Saatguts herzustellen. Sie beginnen erst jetzt, einen Zusammenschluß herzustellen, um die Saatgutzüchtung selbst zu organisieren. Ob das bei den vielen Saatgutgesetzen und -verordnungen und angesichts der Interessen der chemischen Industrie problemlos vonstatten gehen kann, wage ich zu bezweifeln.

Grenzüberschreitungen

Ein weiteres Problemfeld des kbA ist der Pflanzenschutz. Der Bacillus thuringiensis (BT) ist im ökologischen Landbau als natürliches Insektizid zugelassen. Dieses Mittel wird auf dem konventionellen Markt gehandelt. Zur Zeit wird mit gentechnischen Methoden versucht, dem Produkt anhaftende Nachteile zu verbessern. Es werden gentechnische Veränderungen am Bacillus selbst vorgenommen, andere Mikroorganismen mit Bacillus thuringiensis-Toxingenen ausgestattet und BT-Toxingene auf Nutzpflanzen übertragen, so daß diese selbst insektizide Eigenschaften erhalten. Sollten diese gentechnisch veränderten Produkte funktionsfähig sein, könnten sie auf dem freien Markt als natürliche Insektizide angeboten werden. Dann gibt es für die Bauern des kbA keine Möglichkeit mehr, zu erkennen, ob es das ursprünglich vorhandene oder das gentechnisch veränderte und damit für den kbA auszuschließende Mittel ist.

Ähnlich versteckt gelangt das gentechnisch veränderte Enzym Phytase als Zusatz für Schweine- und Hühnerfuttermittel auf den Markt. Es soll den Phosphor- und Stickstoffgehalt der Gülle senken und damit zur Umweltschonung beitragen. In der Auflistung der Futtermittelbestandteile steht schlicht Phytase, nicht aber, ob diese gentechnisch hergestellt ist. Und welcher Eierlieferant weiß schon über die Produktion eines Futtermittelbestandteils detailliert Bescheid?

Ein weiterer Einsatzbereich für die Gentechnik ist die sogenannte Biokonservierung. Mikroorganismen sollen dazu derart manipuliert werden, daß sie nicht nur in der Lage sind, Milch z.B. zu Joghurt zu säuern, sondern gleichzeitig auch eine längere Konservierung zu liefern.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Frage nach dem Gentransfer von Pflanze zu Pflanze oder über Bodenbakterien und Pollenübertragung nicht geklärt ist. Eine Ausbreitung auf diesem Wege ist über keinerlei Verzichtserklärung aufzuhalten. In ihrem Änderungsantrag zur Bio-Verordnung der EG schließen nicht einmal die Grünen die Gentechnologie generell aus: »Bezüglich der Etikettierung und Werbung gelten folgende Grundsätze:

a) Lebensmittel, die gentechnisch hergestellt wurden oder unter Zuhilfenahme entsprechend produzierter Hilfsstoffe erzeugt wurden oder derart hergestellte Zusatzstoffe oder Zutaten enthalten, sind bei der Abgabe an Dritte als 'unter Verwendung gentechnischer Verfahren hergestellt' zu kennzeichnen und tragen das folgende Symbol:...«

Die Forderung nach Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Produkten mag zwar angesichts der zu erwartenden Entwicklungen realistisch sein. Aber sie zeugt schon von einer resignativen Haltung, die die Gentechnik als letztlich nicht zu verhindern akzeptiert. Es ist nicht unbedeutend festzustellen, daß die neue Bio- und Gentechnik nicht irgendeine, sondern die HighTech-Innovation der multinationalen Konzerne ist. Saatgut-, Chemie- und Nahrungsmittelmultis sind die Besitzer dieser Technologie. Hehre Ziele, wie Hunger, Elend und Krankheit der Menschen mit Hilfe dieser Technologie zu beenden, stehen in ihren Akzeptanzkampagnen, nicht aber in ihren Bilanzen. Diese Konzerne forcieren das, was ihnen Gewinne und Marktvorteile verschafft. Sie hoffen, mit ihrer »Zukunftstechnologie« jedes Lebewesen manipulieren, patentieren und privatwirtschaftlich vermarkten zu können.

Auf die eigene Macht besinnen

Aber auch ErzeugerInnen, HändlerInnen und EndverbraucherInnen des nach wie vor expandierenden Öko-Bereichs haben eine nicht zu unterschätzende Macht. Sie könnten sich an Widerstandsaktionen beteiligen, ehe diese Produkte in Verkehr gebracht werden. Es gibt Aktivitäten gegen die anstehenden Freisetzungsversuche gentechnisch veränderter Organismen; an der Ladentheke kann der Wunsch nach gentechnikfreien Produkten ausdrücklich geäußert werden; von Industrie und Politik können Informationen gefordert und weiterverbreitet werden.

Es ist wichtig, die ökologische Nischenmentalität zu überwinden. Schon Tschernobyl hat gezeigt, wie anfällig solche Nischen für die Folgen einer Großtechnologie sind, und es gilt, den gentechnischen Störfall zu verhindern. Das Anwachsen des Öko-Bereichs ist auch Ausdruck erfreulicher Ansätze eines ganzheitlichen Denkens im Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Das sollte nicht nur individuell bleiben, sondern muß auch in strukturellen Veränderungen zum Tragen kommen. ●

Die Autorin ist Bioladnerein in Bonn

Aus: ILA Nr. 183, Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, Bonn

FREISETZUNG VON GEN-MAIS UND -RAPS DURCH SCHERING/HOECHST

Genmanipulierte Pflanzen gefährden Öko-Saatgutbetrieb

Die Landwirtschaftsvereinigung Agrar-Bündnis e.V. fordert von der zuständigen Genehmigungsbehörde, die geplante Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen in der Nähe der Demeter Saatgutwerkstatt bei Bingenheim (Südhessen). Auf Antrag der Firma AgrEvo, einem Tochterunternehmen von Schering und Hoechst, sollen dort gentechnisch veränderter Raps und Mais getestet werden. »Diese Situation ist schon als solche eine Groteske«, erklärte Susanne Korte, Geschäftsführerin des Agrar-Bündnis. Unter dem zweifelhaften Vorwand, eine umweltverträglichere Landwirtschaft durch die Züchtung herbizidresistenter (gegenüber Schädlingsbekämpfungsmitteln unempfindlicher) Pflanzen zu ermöglichen, werde hier eine tatsächlich umweltverträgliche Landwirtschaft gefährdet, die schon seit über 70 Jahren ohne chemische Pflanzenschutzmittel auskommt.

»Der biologisch-dynamische Saatgutbetrieb liegt in der Hauptwindrichtung«, erläuterte Oliver Willing vom Agrar-Bündnis. Der unvermeidlichen Gefahr des Gentransfers durch Pollenflug, Insekten, Läuse oder Virusübertragung werden hier die Flächen des Saatgutvermehrungsbetriebes unmittelbar ausgesetzt. »Wir befürchten einen empfindlichen Schlag gegen dieses bundesweit einzigartige Pionierprojekt, wenn dem Antrag der Firma AgrEvo stattgegeben wird«, sagt Oliver Willing. In der »Initiative für Saatgut aus biologisch-dynamischem Landbau« haben sich bundesweit mehr als 40 Erzeuger zusammengeschlossen, um für ökologische Betriebe Kräuter- und Gemüsesaatgut zu vermehren. Das Agrar-Bündnis unterstützt die Verpflichtung der Landwirte und Gärtner der ökologischen Anbauverbände, keinesfalls gentechnisch veränderte Pflanzen in ihren Betrieben anzubauen. »Die Gentechnik birgt unverantwortliche Risiken, vor allem für die nachkommenden Generationen«, bringt Susanne Korte die Agrar-Bündnis-Kritik auf einen Nenner. »Der Einsatz genmanipulierter, herbizidresistenter Pflanzen wird zu weitreichenden negativen ökologischen und ökonomischen Folgen in der Landwirtschaft führen.« Die Haftungsregelung für den Schadensfall sei absolut unzulänglich, für die gesundheitlichen und ökologischen Folgen werde jeder einzelne aufkommen müssen. Die gesamte Forschung in der Gentechnologie ziele darauf ab, eine Ertrags- und Leistungssteigerung bei Pflanzen und Tieren zu erreichen und die Landwirtschaft damit noch abhängiger vom Agrarbusiness zu machen. »Die Öffentlichkeit wird von Ergebnissen erst erfahren, wenn die Tatsachen geschaffen worden sind.« Für das Agrar-Bündnis steht fest: »Im Bereich der Landwirtschaft und der Lebensmittelherstellung besteht für Erzeuger und Verbraucher keinerlei Notwendigkeit für jegliche gentechnische Verfahren, sie dienen nur der Industrie.«

Das Agrar-Bündnis will alle Mittel ausschöpfen, um den Freisetzungsversuch zu verhindern. »Derzeit sammeln wir zusammen mit dem BUND und der Umweltwerkstatt Wetterau Unterschriften. Sie sollen der zuständigen Genehmigungsbehörde bis Anfang Mai vorgelegt werden«, bekräftigte Oliver Willing den Widerstand des Agrar-Bündnis. ●

Aus: »Der Rabe Ralf«, Mai 1995

AgrarBündnis e.V.
Lipschitzstr. 22, D-53121 Bonn,
Tel. (02 28) 62 49 66, Fax 79 76 55

NATURGEN

Essen ohne Gen-Gefahren

Ein »NATurGEN-Konzept« zur Sicherstellung einer gentechnikfreien Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln hat kürzlich der »Verein für gentechnikfreie Lebensmittel« (VGL) in der Verbraucherzentrale Frankfurt der Öffentlichkeit vorgestellt. In den zugrundeliegenden Richtlinien wird von der Nichtanwendung gentechnischer Verfahren auf allen Ebenen der Lebensmittelerzeugung ausgegangen. »Nur über einen geschlossenen Systemansatz kann eine gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung sichergestellt und umfassend kontrolliert werden«, so der VGL. Wer die Richtlinien einhält und sich einer unabhängigen Kontrolle unterwirft, darf seine Erzeugnisse gegen eine Lizenzgebühr mit der »NATurGEN-Kollektivmarke« kennzeichnen. Ziel des Konzeptes sei es, eine gentechnikfreie Tier- und Pflanzenzucht sowie Lebensmittelverarbeitung zu erhalten und weiterzuentwickeln. ●

st

Eine Broschüre zum Konzept und die Richtlinien sind gegen Einsendung von 10 DM in Briefmarken erhältlich bei: VGL, Brauweg 19, D-37073 Göttingen,
Tel./Fax (05 51) 70 66 79

SCHREINEREINTREFFEN

Keine Ruhepause bei Produktgestaltung in Schreinereien

Wenn Freitag abends irgendwo in der Republik eine Schreinerei, sich nicht leert, kein Feierabendbier getrunken wird und das Wochenende eingeläutet, sondern sich ab 18 Uhr die Räume wieder langsam füllen, bis die besonders aufgeräumte und adrett geschmückte Werkstatt etwas heimeliges und gemütliches hat, dann muß wohl wieder bundesweites Schreinereientreffen sein.

Von Andreas Küstermann, Redaktion Handwerk ● So geschehen vom 28. bis 30. April in Wuppertal in den Werkstatträumen des Schreinereikollektivs Riegoletto. Beim gemütlichen Begrüßungsplausch war auch die eine oder andere Verwunderung zu vernehmen, daß ein Treffen mit vermeintlich trockenem Arbeitstitel Zulauf von über vierzig KollegInnen aus der ganzen Republik hat. Ein kulinarisches Buffet, das allen bei Ankunft sofort in die Augen stach, schuf viel eher Festathmosphäre denn Arbeitsstimmung. Ein gelungener Auftakt für den gemütlichen Abend und die darin integrierte Vorstellungsrunde.

Mit Gestaltung erfolgreich im Handwerk erfolgreich

Bea Futschik von »biiraboom«, der selbstverwalteten Schreinerei aus Stetten im Remstal, derzeit auf Erfolgskurs mit einer Kindermöbelserie, begann Samstag vormittags mit etwas Gestaltungsgeschichte. Sie stellte mittels der Design-Firmen Alessi (Italien) und WOGG (Schweiz) deren Hinwendung zu herausragend gestalteten Alltagsprodukten vor. Beide Firmen begannen ihren Werdegang auf Grundlage einer ganz normalen alltäglichen Produktpalette. Gastronomieutensilien und Geschirr aus Metall waren es bei Alessi – Innenausbau und Schulmöbel der Firma Gläser bei WOGG. Eine wichtige Gemeinsamkeit, die Richtungsweisend als Beispiel für die anwesenden Betriebe gelten sollte, war der Glaube an eine Idee. Entwicklungskosten, finanziert aus einer laufenden Produktion, überschritten sehr häufig den vorhandenen betriebswirtschaftlichen Rahmen. Externe Fachleute sollten bewußt die bestehenden betrieblichen Traditionen brechen, um neues zu schaffen. Sehr interessant die Umsetzung dieser arbeitsteiligen Idee innerhalb kollektiver Strukturen weiterzudenken, ohne alle Prinzipien aufzugegeben oder, noch besser, daraus neue zu schaffen. Das Resume' der Vorstellung muß wohl so interpretiert werden, daß grundlegende Neuentwicklungen immer noch die Bereitschaft für finanzielle Risiken und sehr hohen persönlichen Einsatz unter Verzicht kurzfristiger materieller Belohnung erfordern. Wer sollte, gerade im Handwerk, auch sonst solche Ideen vorfinanzieren? Und: Auch ideologische Dogmen sollten kein Hindernis für kreative Ideen sein.

Kleinserien im Handwerksalltag

Mit welcher Perspektive eine Serienproduktion angefangen wird und was sich eine Schreinerei davon verspricht, schilderte Andreas Gaspar, ebenfalls »biiraboom« und Projektleiter der Kindermöbelserie. Die grundlegendste Entscheidung sei wohl die Erkenntnis gewesen, daß der individuellen Möbelproduktion etwas hinzugefügt werden müsse, um die Ertragslage zu verbessern. »Noch immer befindet sich das Handwerk gegenüber Dienstleistung und Industrie in einer katastrophalen Lage. Die Lohnstrukturen werden vom Niveau der Banken geprägt, deren Erträge letzendlich durch Ausbeutung des Trikonts entstehen. Da kann das Handwerk, selbst wenn manche wollten, nicht mithalten«,so Gaspar. Eine weitere These ist die Aussage, daß die heutigen ökologisch orientierten Betriebe von der politischen Vergangenheit leben. Die Karriere der alten GenossInnen erlaubt denen heute andere Kaufentscheidungen. Allerdings profitieren z.B. Firmen wie Team 7 oder OSTER seiner Meinung nach noch viel zu viel davon. Das will »biiraboom« mit der Strategie der Kindermöbelserien ändern.

Voraussetzungen schaffen

In kurzen Thesen formuliert A. Gaspars Vortrag, was er als wichtige Voraussetzungen für ausschlaggebend und unverzichtbar hält:

Ökologische Transparenz und Ehrlichkeit seien die Hauptvoraussetzungen und müssen in einer Volldeklaration aller Inhaltsstoffe des Möbels münden. Im interdisziplinären Zusammenarbeiten Stärke und Methode erkennen, anstatt sich gegenseitig auszuspielen, wie das bei Design und Handwerk sehr häufig der Fall sei. Auch die Auseinandersetzung über Arbeit sollte abgeschlossen sein und die Frage: »Ist Serienarbeit Strafarbeit?« sollte geklärt sein. Das Produktionsrisiko für die Halbwaren wird, wie sonst auch üblich, auf Fremdfirmen verlagert und dadurch kalkulierbarer gemacht.

In seinem sehr praxisnahen Vortrag streifte er einige Aspekte, deren rechtzeitige Bearbeitung gerne vernachlässigt würden. Verpackung zum Beispiel, die zur Herstellung dazugehöre und wie eine Visitenkarte das äußere Erscheinen präge. Drei mal ist möglicherweise ein »a lua« Kinderbett ausgepackt worden, bis die neuen BesitzerInnen es zu Gesicht bekommen. Da bietet sich dann ein robuster Stoff auf Pfandbasis eher an, als Pappkarton, der nach der zweiten Entpackung schon entsprechend aussieht.

Kopierschutz demgegenüber sei zwar wichtig und in formalen Aspekten zu berücksichtigen – rechtzeitige Patentanmeldung vor öffentlicher Präsentation zum Beispiel – aber die Kopierbarriere sei in vielen Fällen durch die ausgefeilten Formen,Ideen und Lösungen schon sehr hoch angesiedelt. Trotzdem müsse natürlich nach einer gewissen Zeit mit Kopierversuchen gerechnet werden, was bedeute, die verbleibende Zeit gut zu nutzen.

Auch der Vertrieb gibt ein beachtenswertes Beispiel her. Durch das Provisionssystem in Prozent wird bei »billigeren« Produkten die Beratung oft unterlaufen zugunsten »teurerer« Produkte. Die Folge sei, daß das rein geldwerte Interesse des Handels auf Begeisterung für das Produkt umgepolt werden müsse. Bei aller Professionalität im Vertrieb sei also nach wie vor entscheidend, PartnerInnen zu haben, die die Idee und Begeisterung für ein Produkt mit- und weitertragen.

In die Produktion des Kinderbettes sei man noch so »zufällig reingerutscht«, so A. Gaspar, die neueren Produkte wie den Kindertisch, einen passenden Stuhl oder Kleiderschrank seien aber von Anfang an mit Methode und System entwickelt worden.

Verbundsdiskussion

Noch kann niemand sagen, ob sich das Bundestreffen der selbstverwalteten Schreinereien zu einer rechtsverbindlichen Verbundsstruktur entschließt oder im bisherigen Rahmen bestehen bleibt. Mit Interesse und Aufmerksamkeit wurde die Präsentation der Arbeitsgruppe zu diesem Thema aber ein weiteres Mal aufgenommen. Daß deren Mitgliedern unter der Prämisse, konkretere Vorschläge und Planungen vorzulegen, eine weitere Finanzierung zugesagt und der Fahrplan bis Ende '96 gebilligt wurde, zeugt aber von Offenheit in der weiteren Diskussion. Ein Vorbereitungstreffen zur weiteren Vorgehensweise findet am 10.Juni 15 Uhr in Kaufungen statt.

konnten die angesprochenen Schreinereien mit großen Läden zu diesem Zeitpunkt wegen Messeverpflichtungen nicht erscheinen, um ihre Erfahrungen beizutragen. Sehr viel konkretes Interesse galt aber dem Vorschlag, doch endlich konkret an die gemeinsame Vermarktung der im Kreise des Treffens vorhandenen Serienprodukte zu gehen, zumindest, wenn eine Expansion im Handel angestrebt ist. Da plötzlich die Zeit ganz schrecklich zu drängen schien, wurde ein separates Treffen der Ladeninteressierten anberaumt. Eine Entwicklung, die bei manchen auf Unbehagen stieß. Denn die Gefahr der Absplittungen birgt gleichzeitig auch die der Spezialisierung von Informationsflüssen vorbei am eigentlichen Treffen.

Resonanz

Die Resonanz des Treffens war allgemein sehr positiv. Vermutlich geht das auch garnicht anders, da die Selbstorganisation ja dann in Selbstkritik umschlagen müßte. Denn die einen bereiten vor und werden mit Lob dafür geadelt, die anderen konsumieren eher und halten sich dafür in ihrer Kritik auch zurück. Sonst müßte diese vermutlich in »besser machen« umgesetzt werden. Eine kleine Schwäche des Treffens. So fand sich erst nach zähem Ringen ein altbewährtes Vorbereitungsteam, das sich und alle anderen zum Thema »Öko-Audit« vorbereiten wird. Trocken, wie bei dem jetzt vergangenen Treffen befürchtet, kam dann doch kaum jemandem vor. Das neugewählte Thema ist unter diesem Aspekt natürlich eine weitere Herausforderung. ●

Nächstes Treffen der ökologisch/selbstverwalteten Schreinereien im Jugendhof Bessunger Forst bei Darmstadt vom 3. bis 5. November 95 zum Thema »Öko-Audit« in Schreinereien.

Weitere TeilnehmerInnen sind durchaus noch erwünscht.

Konrad de Bartoli von »Riegoleto« (Wuppertal), verbindet beim Zuhören das Angenehme mit dem Nützlichen: Außer Betrieb ist eine Kreischsäge auch eine gute Liegefläche Foto: A. Küstermann

Emotionen sind zulässig – Emotionen sollen provoziert werden

Genau dieses System der Entwicklung eines Serienproduktes schilderte im Anschluß Karl-Heinz Weiss vom Stuttgarter Gestaltungsbüro »hmw produkt«, die Initialen der Gründer Markus Harm, Wolfgang Münzing und Karl-Heinz Weiss nach einer kurzen Vorstellung des Büros. Neben den drei Technikern des Fachbereichs Gestaltung an der Stuttgarter Fachschule für Holztechnik, arbeitet im Büro ein Produktgestalter an konkreten Umsetzungen, verschiedene Teilzeitkräfte je nach Bedarf und eine Verwaltungskraft. Mit Werkplanung, Überwachung, Kostenkontrolle und Realisierung sichert sich das Büro einen noch einen leichter kalkulierbaren Wirtschaftsbereich.

Die Zusammenarbeit mit »biiraboom« begann für ihn schon 1990 in der gemeinsamen Realisierung einer Ausstellungsküche. Die hier gemachten Erfahrungen legten den Grundstein für weitere und umfangreichere Projekte. Man lernte sich kennen und tauschte Ideen und kleinere Aufträge aus, erweiterte somit oftmals das eigene beschränkte Potential erheblich. Das Kinderbett von Markus Harm schuf die Grundlage, um die Beziehung auch wirtschaftlich in einer gemeinsamen Vertriebsfirma – XS-Möbel für Kinder – festzuklopfen.

»Gasthof mit eigener Metzgerei«

Für viele Schreinereien gilt es noch immer als das Naheliegendste, ihre Produkte in einem eigenen Laden, oder Showroom zu verkaufen. Bessere Aufträge für die Werkstatt sind dabei genauso eine Motivation wie die Herausforderung, den eigenen Verkauf in die Hand zu nehmen oder neue Arbeitsplätze zu schaffen. Einher geht damit der Zwang zu größerer Effizienz und Arbeitsteilung bzw. Spezialisierung. Als Schwachstellen wurden in einer vorab erhobenen Umfrage unter den anwesenden Läden die Werbung, Kompetenz im Verkauf Computertechnik und das Zeitbudget an vorderster Stelle genannt. Leider

DESIGN-STRATEGIE

K.-H. Weiss formuliert eine Design-Strategie der Kindermöbel bei ganzheitlichem Arbeiten am Beispiel des höhenverstellbaren Kindertisches »burecito« in den folgenden 10 Punkten:

1. Aufgaben- und Problemidentifizierung
2. Wo gibt es Möglichkeiten des Einsatzes? ganz wichtig dabei: Konsequent ökologisch und von Kindern selbst bedienbar
3. Marktanalyse und Marktübersicht durch Besuch überregionaler Messen sowie Auswertung und konsequenter Archivierung von Zeitschriften.
4. Kritik und Marktkritik, wie beispielsweise am Trend zum »young office« für Kinder.
5. Entwurfsprozeß auf Entscheidungsebene, also die Idee sofort mit der Entscheidung dafür oder dagegen verbinden.
6. Präsentation (nach Patentierung) eines Prototyps z.B. auf Design-Verkaufsausstellung Raumobjekte in Stuttgart und Hamburg.
7. Detailkonstruktionen und Kostenkontrolle nach dem Prinzip »je weniger Teile, desto geringer die Fehlerquelle.« suche nach HerstellpartnerInnen, die aus ihrem Bereich Engagement mitbringen.
8. Erste Nullserie nach diversen Prototypen. Meist 10 Stück unter seriellen Bedingungen
9. Produktpflege
10. Genaue Dokumentation und Nutzung des Ideenpotentials für andere Zwecke wie hier als Beispiel die Möglichkeit, aus dem Kindertisch einen höhenverstellbaren Erwachsenen-Tisch zu konstruieren.

Bis Punkt Sieben der Liste stecken bereits ca. 100.000 DM Entwicklungskosten in dem Produkt Kindertisch. Daher ist eine regelmäßige Kostenkontrolle mit Auffanglinien weit vor solchen Werten unabdingbar. ●

Anzeige

AKP

Alternative Kommunal Politik

Diese neue Abonnentin der AKP (oder ist es ein Abonnent?) ist offensichtlich glücklich, denn sie hat gerade **die grün-alternative Fachzeitschrift AKP – Alternative Kommunalpolitik** gelesen. Dort fand sie die Informationen und Anregungen, die ihr die kommunalpolitische Arbeit vor Ort erleichtern, ja zur Freude werden lassen.
Jede Ausgabe enthält auf 68 Seiten einen Schwerpunkt, viele Fachbeiträge, einen Magazin- und Nachrichtenteil, eine Fundgrube und Börse ... und noch vieles mehr. Die AKP erscheint 6 x pro Jahr, das Abo kostet 54 DM. Möchtest auch Du glücklich werden?! Dann solltest Du einen Gesamtkatalog und ein kostenloses Probeheft der AKP anfordern, – oder sofort abonnieren.

* * *

Wenn mensch zusätzlich eine grundlegende und kompetente Einführung oder mit Stichworten schnell auffindbare Informationen über alle Gebiete der Kommunalpolitik sucht, dann empfehlen wir unser

Handbuch für alternative Kommunalpolitik

Über 40 AutorInnen haben darin auf 415 Seiten ihr Wissen in konzentrierter verständlicher Form zur Verfügung gestellt. Trotzdem kostet das Buch nur 45,- DM plus 4,- DM Versandkosten. Wer nicht bestellt, ist selber schuld.

AKP – Redaktion und Vertrieb
Luisenstr. 40
33602 Bielefeld
Tel.: 0521-177517, Fax: -177568

Fachzeitschrift für alternative Kommunalpolitik

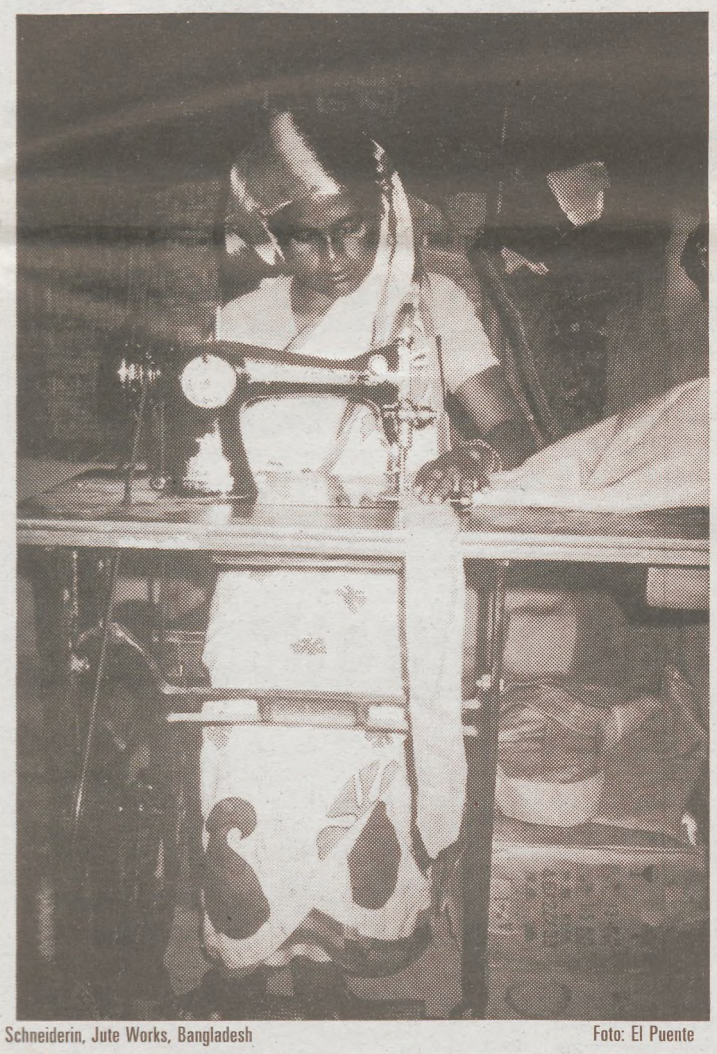
MODELL EL PUENTE

Alternative Ökonomie weltweit

Martin Moritz, EL PUENTE Hildesheim ● Die Entwicklung solidarischer Wirtschaftsformen und ihre konkrete Umsetzung in einer Vielzahl von Projekten gibt es auf der ganzen Welt. Tausende von Weltläden und Aktionsgruppen haben hierzulande die Bewegung der Aktion Dritte Welt Handel geformt, die in den zurückliegenden 25 Jahren das Bewußtsein für die Belange der Produzenten und einen partnerschaftlichen Handel geschärft hat. EL PUENTE als Importorganisation steckt in der nicht minder anspruchsvollen Aufgabe, vermarktungsfähige Produkte aus förderungswürdigen Projekten für die Weltläden zu importieren und sie mit umfassenden Informationen zu versorgen. Mit der heutigen Vorstellung von EL PUENTE ist auch der Versuch begonnen, diesen Bereich der Alternativökonomie bekannter und zugänglicher zu machen, denn in der zunehmenden Kommerzialisierung und der anrollenden »Ethik-Welle« halten wir es für wichtig, diese Inhalte stärker mit der Selbstverwaltungswirtschaft zu vernetzen.

Der Ausgangspunkt

Unsere Arbeit gilt einem partnerschaftlichen Handel mit inzwischen über 70 Projekten in Lateinamerika, Asien und Afrika. Mit unseren **Projektpartnern**, wie wir die Kooperativen, Familienbetriebe, gemeinnützigen Vermarktungsorganisationen nennen, versuchen wir immer wieder jene Provokation, daß solidarisches Wirtschaften auch schon heute im weltweiten Maßstab möglich ist. Vor mehr als 25 Jahren aus lokalen Zusammenhängen in Hildesheim hervorgegangen, sind wir inzwischen Großhandel für über 1.500 Weltläden und Aktionsgruppen in Deutschland.



Schneiderin, Jute Works, Bangladesh Foto: El Puente

Die Zeiten, da angesichts des Zustandes mancher Produkte Solidarität oder Mitleid den Kauftrieb bestimmten, sind längst vorbei. Im Mittelpunkt stehen heute Professionalität und Qualität ohne ausbeuterischen Handel zu partnerschaftlichen Bedingungen. Dies drückt sich vor allem in der Zahlung der von den Produzenten kalkulierten Preise aus, die mit entsprechenden Mehrpreiszahlungen auch die regelmäßigen Gemeinschaftsaufgaben im Gesundheits-, sozialen und politischen Bereich mittragen. Ein ganz wichtiges Element ist daneben die Vorfinanzierung der Bestellungen meistens von 50%, teilweise bis über 100%, je nach Anfordernissen der Partner. Kontinuierliche langfristige Zusammenarbeit, die sich nicht auf Konventionalstrafen bei Lieferverzug, sondern auf Unterstützung einer nachhaltigen Projekt- und Produktentwicklung stützt, ist das dritte Kernelement. Dies erfordert viel Geduld und führt zu dem sicher vielen bekannten Hauptproblem des Alternativen Handels – der Lieferfähigkeit bei bestimmten begehrten Produkten. Wenngleich das Ziel eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist (EL PUENTE heißt auf lateinamerikanisch **Die Brücke**), sind wir nicht so größenwahnsinnig, dies alleine mit dem erfreulicherweise stark gestiegenen Umsatz meinen zu erreichen. Der Durchsetzung der notwendigen politischen

Veränderungen gilt die Öffentlichkeitsarbeit der Weltläden und Aktionsgruppen. Dafür sind wir mitverantwortlich und erarbeiten daher umfangreiches Informations- und Aktionsmaterial.

Projektzusammenarbeit

Schätzungen, wieviele Handwerker- und Bauernfamilien hinter den 70 Produzentenzusammenschlüssen stehen, sind zwecklos, mit Sicherheit sind es aber ein Vielfaches unseres Sortiments von ca. 5.000 Artikeln – von Kaffee, Tee, Honig, Gewürzen, Marmeladen über Schmuck zu Spielzeug, Haushaltsartikeln, Keramik, Musikinstrumenten bis zu hochwertigem Kunsthandwerk. Grundlage unseres Handels ist die Transparenz aller Handelsbeziehungen, der Handel ausschließlich mit Projektware und unsere Unabhängigkeit, um gegenüber allen Projektanfragen offen sein zu können und um auch heiße Eisen, z.B. Produkte aus Palästina oder Kaffee aus Cuba, anpacken zu können. Überwacht wird unsere Arbeit von einem unabhängigen Projektpartnerausschuß.

Was ist ein Projekt?

Grundlage für die Arbeit des Projektpartnerausschusses sind Projektkriterien, deren zentrales Anliegen ist, daß der Ertrag, der Nutzen der Zusammenarbeit den Produzenten und der Gemeinschaft zufließt, die gesellschaftlich oder wirtschaftlich benachteiligt sind. Wir meinen, daß Entwicklung nicht durch die private Aneignung der Überschüsse gefördert wird (auch wenn uns der Kapitalismus mit seinem Siegeszug Lügen strafen will...). Wir verlangen daher von unseren Partnern gemeinschaftliche Entscheidungsstrukturen und Eigentumsverhältnisse, die den Nutzen aus der Arbeit für die Produzenten und die Gemeinschaft gewährleisten.

Sind wir ein Projekt?

Prima Sache, doch fragten wir uns dann, wie denn eine Vorstellung von EL PUENTE selber vor unserem Projektpartnerausschuß wohl ausgehen würde. Wir waren da gar nicht so sicher, wurden rot und merkten, wir sitzen im Glashaus. Die hohen Ansprüche, die wir haben, von unseren Partnern zu verlangen, ist eine Sache, sie selber auch umzusetzen, eine weitere. So haben wir begonnen, uns sehr experimentierfreudig an unsere eigene Struktur zu wagen, auf daß wir uns den Kriterien, die wir an unsere Partner haben, auch selber aufrecht stellen können. Ein einmaliges Ansinnen, das von anderen Organisationen der Branche mit dem Hinweis auf die vermeintlich gefährdete Professionalität abgetan wird. EL PUENTE kann dabei kein ausschließlich selbstverwalteter Betrieb sein, denn EL PUENTE ist eine Organisation, die auf sehr vielen Schultern ruht und von vielen Initiativen und engagierten Einzelpersonen getragen wird. Wir können jedoch die Chance zum partnerschaftlichen Umgang zwischen uns - mit betrieblichen Hierarchien und Entscheidungsstrukturen - und die Chance zu einem anderen Umgang mit Geld wahrnehmen.

CoCo – EL PUENTE Belegschaftskollektiv

1992 haben wir das Comite de Colegas – EL PUENTE Belegschafskollektiv e.V. – gegründet. Der Verein hat 125.000 DM vom Kapital übernommen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig, 4/5 der MitarbeiterInnen machen mit. Das heißt nicht nur Belegschaftsbeteiligung, sondern auch Konsensentscheidungen auf den zweimonatlichen Sitzungen. Ein ausgefeiltes Schlichtungswesen im Konfliktfall ermöglicht trotzdem Handlungsfähigkeit. Die Geschäftsführung muß Mitglied sein. Wir erarbeiten uns hier ein Modell kollektiven Managements, das in unserem Betrieb mit gut 20 Leuten jedeR MitarbeiterIn das Maß an Engagement und Verantwortung ermöglicht, das er/sie gewillt ist zu übernehmen und sich dafür in der Lage sieht. Der offene Umgang mit betrieblichen Hierarchien bedeutet dabei durchaus ambivalente Prozesse, die uns aber, so meinen wir, in der Summe der Erfolge und Rückschläge schon deutlich nach vorn gebracht haben.

Weltläden als Gesellschafter

Schon ein Jahr zuvor (1991) hatten wir mit der Einbeziehung von Weltläden als Gesellschafter die Entscheidungsstrukturen unserer Geschäftspolitik für die Bewegung selber geöffnet. Mehr als 20 Weltläden haben inzwischen auch 125.000 DM eingebracht. Diese Art der Rückbindung an die »Kundschaft« ist auch für die tägliche Arbeit ungemein fruchtbar geworden.

Alle an einen Tisch!

Die EL PUENTE GmbH wurde 1977 vom EL PUENTE e.V. gegründet und der ist weiterhin unverändert dabei, hat er doch wesentlich Politik und Richtung unserer Arbeit geprägt. Mitglieder aus dem Verein und auch anderer Weltgruppen bilden die vierte Gesellschaftergruppe. Wer noch fehlt, sind die Projektpartner, um alle am Handel Beteiligten zusammenzubringen. Das ist unser derzeit wohl ehrgeizigstes Projekt:

Die Beteiligung der Projektpartner als Gesellschafter

Partnerschaft ernst nehmen heißt nicht nur für die Handelspartner, sondern mit ihnen zu arbeiten. Seit einem Jahr arbeiten wir an einem Konzept, daß unseren Partnern rund um die Welt nicht nur eine finanzielle Beteiligung, sondern auch tatsächliche Mitsprache und Mitwirkung an den grundsätzlichen Entscheidungen ermöglichen soll. In diesen Monaten befinden wir uns gerade im Austausch mit ihnen. Grundsätzlich ist die Reaktion durchweg positiv, aber es wird und muß noch viel daran gearbeitet werden: In welchem Detail liegen die Schwierigkeiten, wie läuft die Kommunikation weltweit, überhaupt schon der weltweite Austausch über das Verständnis von Beteiligung und Demokratie sind eine äußerst spannende Sache.

Ganz schön Dampf durch die Tropfen auf die heißen Steine

Unsere Umsätze haben sich seit 1990 vervierfacht und so wird die Einbeziehung der Partnerprojekte als Gesellschafter nicht nur unsere Arbeit inhaltlich nach vorne bringen, sondern auch das nötige Kapital für ein solches Wachstum erhöhen, ohne daß wir uns Kirchen, Parteien oder Verbänden andienen und unsere Unabhängigkeit aufs Spiel setzen müssen. Dabei müssen wir allerdings den Bärenanteil dieses Kapitals hier in Deutschland organisieren, da wir natürlich von unseren Partnern nur einen Anteil verlangen werden, der der landesüblichen Kaufkraft entspricht. In Indien sind das mal gerade 10% der deutschen Kaufkraft.

Unsere Arbeit der letzten 25 Jahre hat zu einer wachsenden Sensibilität der VerbraucherInnen für die Herkunft der Waren und für die Situation der Produzenten beigetragen. Der Boden ist bereitet für viele neue Anbieter, die nun kommen, sich das menschliche Antlitz aufsetzen und doch nur die schnelle Mark im Sinn haben. Unsere Aufgabe ist es, die errungenen Qualitäten Alternativen Handels durchzusetzen. Dazu suchen wir den Zusammenhalt auch mit anderen VerfechterInnen und StreiterInnen Alternativer Ökonomie.

Korbflechterin, prescraft, Kamerun Foto: El Puente

Den Handel in die eigenen Hände nehmen

Die Abhängigkeit von den Großbanken zu lösen, ist dabei ein wichtiger Faktor, denn sie verstehen unsere Arbeit nicht (wie auch: denn sie richtet sich ja gegen ihre Politik) und behindern uns immer wieder in unserer Arbeit. Wir haben da schon eine ganze Menge über private Darlehen und stille Beteiligungen erreicht; den jetzt anstehenden Schritt schaffen wir aber nicht mehr alleine aus unseren Reihen. Wir sind überzeugt, daß hier, genauso wie bei der Durchsetzung gegenüber profitorientierten Trittbrettfahrern, ein stärkerer Verbund zwischen den Teil-Bewegungen solidarischen Lebens und Wirtschaftens vonnöten ist. Mit der heutigen Beilage in CONTRASTE stellen wir unser Finanzierungsmodell vor. Auch hier wollen wir wieder ein paar Innovationen einführen und umsetzen. ●

Fachhandelskataloge für WiederverkäuferInnen und SammelbestellerInnen, Projekt- und Länderverzeichnis, alle möglichen weiteren Materialien und Auskünfte bei EL PUENTE GmbH, Bischofskamp 24A, 31137 Hildesheim, Tel 05121-7663-0, Fax 05121-515117

Musikinstrumenteproduktion in Comparte/Chile Foto: El Puente

SOMMERSEMINAR ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Einladung zum Buffet

Das diesjährige Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie (TAK AÖ) in der AG SPAK wird vom 14. bis 23.7.95 in Münstertal (südlich von Freiburg) stattfinden. In den vergangenen Jahren – die Sommerseminare des TAK AÖ gibt es seit 1978 – haben wir unsere Aufmerksamkeit auf wichtige Einzelaspekte gerichtet: Zukunft der Selbstverwaltung, Utopien, Forschung, Vernetzung, Bildung. 1995 kehren wir zum allgemeinen Thema Alternative Ökonomie zurück.

Das Seminar-Buffet (sinnbildlich gesprochen, auch wenn es traditionsgemäß in unserer Selbstversorgung ausgezeichnete reale vegetarische wie nicht-vegetarische Küche gibt) umfaßt unter anderem theoretische Referate, Arbeitsgruppen mit und ohne gruppendynamische Aspekte, kulturelle Ansprüche und Realisierung derer, die Arbeit an einer Tagungszeitung, die Vorbereitung an einer Alternativen-Versammlung, Schwarzwälder Bergluft und vor allem auch das, was ihr an Neigungen und inhaltlichen Interessen mitbringt. Aus diesem Buffet kann sich jede/r auswählen, was er/sie meint, daß ihm/ihr bekommt...

Die wesentlichen 'Schüsseln' dieses Buffets werden von sieben Arbeitsgruppen gebildet, deren Inhalt im folgenden kurz dargestellt werden:

AG 1: Alternative Gastronomie

An sechs Themen wird die Arbeitsgruppe 'Alternative Gastronomie' arbeiten. Diskutiert werden sollen Entscheidungsstrukturen und Arbeitsorganisation sowie Löhne und Arbeitszeitstrukturen als innerbetriebliche Themenstellungen. Über den internen Blick hinaus wird anschließend zur Kooperation gastronomisch-alternativer Betriebe gearbeitet. Die Themen 'Frauen in den Betrieben' sowie 'politische Aktivitäten' weiten den Blick zum politischen Horizont.

Grundlage der Arbeitsgruppe ist die Veröffentlichung von Matthias Metze: »Selbstverwaltung zwischen Theorie und Praxis – kollektive Ansätze in Hotellerie und Gastronomie«, die beim Autor bestellt werden kann: 25469 Halstenbeck, Grüne Twiete 87 (ca. 20 DM). Vorbereitung der Arbeitsgruppe: Dieter Koschek.

AG 2: Dokumentation alternativer Ökonomie

Obwohl es in der BRD etwa 800 selbstorganisierte Archive und Bibliotheken mit unterschiedlichen Sammelschwerpunkten gibt, ist bisher die Gründung eines Archivs zur Alternativen Ökonomie/Selbstverwaltungswirtschaft nicht in Angriff genommen worden. Dies, obwohl die Wichtigkeit des Vergewisserns über die eigenen Wurzeln Perspektiven und Problemlösungen für die Gegenwart entwickeln hilft.

An zwei Nachmittagen sollen folgende Themen bearbeitet werden:

- Zur Geschichte der Selbstverwaltungswirtschaft und ihr Niederschlag in historischen und sozialwissenschaftlichen Publikationen,
- Entwicklungsgeschichte autonomer Archive/Bibliotheken im deutschsprachigen Raum,
- Vorstellen verschiedener 'gescheiterter' Initiativen zur Gründung von Archiven/Bibliotheken mit dem Schwerpunkt 'Alternativbewegung'
- Entwicklung von Ideen zur Bewahrung von Sammlungen und Archiven der Selbstverwaltungswirtschaft (Projekte, Projektdatenbank mittels CD-ROM, Wanderausstellung, dezentrales Archiv).

Erste Konzepte und Überlegungen werden vorgestellt. Vorbereitung der Arbeitsgruppe: Waldemar Schindowski.

AG 3: Bausteine einer handlungsorientierten Betriebswirtschaftslehre kollektiven Managements

Systematisch aufbereitetes Wissen für konsequent demokratisch geführte Betriebe fehlt bis heute. Die ersten Grundlagen dafür sollen in einer während des ganzen Sommerseminars stattfindenden Arbeitsgruppe entwikkelt werden. Der erste Teil der Arbeitsgruppe setzt sich mit den theoretischen Grundlagen eines solchen Ansatzes auseinander. Dazu werden Texte 'progressiver' betriebswirtschaftlicher Ansätze wie das Konzept des integrierten Managements von Kurt Bleicher oder zur Betriebswirtschaftslehre der Kooperative von Eduard Düfler herangezogen. Vorschläge geeigneter theoretischer Ansätze von den TeilnehmerInnen mit Textauszügen sind hochwillkommen.

Im zweiten Teil der Arbeitsgruppe wird dann mit verschiedenen Methoden der Ideenfindung wie Brainstorming, Mind-Mapping etc. versucht, die erforderlichen Bausteine für kollektives Management von der Sozialbuchführung über das ökologische Marketing bis hin zur Aneignung genossenschaftlicher Handlungskompetenz zusammengetragen. Für Vorabanfragen und -absprachen wende man sich gerne an Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg, Tel. (07 61) 70 90 23. Vorbereitung der Arbeitsgruppe: Burghard Flieger.

AG 4: Kollektiv lernen und solidarisch wirtschaften

Jede/r von uns hat (individuell und in Gruppenzusammenhängen) eine Schatzkiste voller Erfahrungen, Qualifikationen und Erlebnisse, wann lernen, lehren, Zusammensein in Arbeits- und Begegnungssituationen für ihn/sie befriedigend war, inhaltlich und emotional eindrucksvoll, die Phantasie anregend (Den prallen Müllhaufen von Erfahrungen, die wir nicht gerne noch mal machen würden, gibt es auch).

Entsprechend gehen wir davon aus, daß lernen 'multisinnlich' ansprechen soll und 'mehr lernen' mit dem gleichwertig angesehenen Ziel des sich 'mehr Wohlfühlens' in eine angemessene Balance zu bringen ist. Kollektives Lernen muß vermeiden, Teilnehmende zu entmündigen, Lustlosigkeit zu produzieren, überfrachtet zu sein, sich auf rein Kognitives reduzieren zu lassen. Ein Lern- und Wirtschaftsstil soll entwickelt werden, der den diversen institutionellen Krisen unsere Stärken entgegensetzt.

Wir knüpfen in der Arbeitsgruppe an das Thema der 'alternativen Methoden' (TAK AÖ 1993) an, an das 'kooperative, solidarische Lernen' (TAK AÖ 1994) wie an 'Vergißmeinnicht-Elemente für ein lebendiges Seminar' (TAK AÖ 1995): Da ein offener Prozeß für kollektives Lernen wie für solidarisches Wirtschaften unumgänglich notwendig ist, begrüßen wir die Schatzkisten aller im Sommerseminar neu Einsteigenden. Vorbereitung der Arbeitsgruppe: Marlies Cavallaro und Klaus Wagener.

AG 5: Gewalt oder Liebe. Auf dem Weg zu einem lebenserhaltenden Handeln

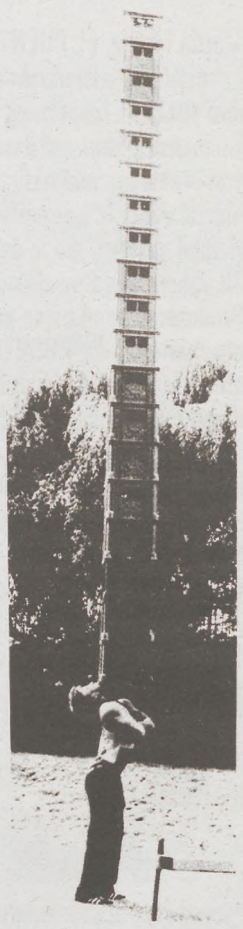
Wir leben in einer äußerst erfolgreichen Zivilisation, die Gefahr läuft, alle Lebensgrundlagen zu zerstören. Unser Wirtschaften basiert auf Raub, Verschwendung, unbegrenztem Verbrauch, als sei 'Mutter Erde' tatsächlich unerschöpflich. Gegenkonzepte wie 'nachhaltiges' oder 'vorsorgendes' Wirtschaften werden diskutiert. Nur wie kommen wir dahin? Sind wir doch alle Kinder dieser Zivilisation und nicht einfach gut, kooperativ, solidarisch, lebensbejahend, auch wenn wir es gerne möchten.

Ich möchte Interessierte einladen, an diesen Widersprüchen und Fragen zu arbeiten: Wie sind wir in unseren Haltungen und Denkweisen von unserer Zivilisation geprägt, wie individuell an den zerstörerischen Prozessen beteiligt? Was müssen wir über uns und unsere Stellung im Leben wissen, um unser eigenes Denken und Handeln selbst zu verändern? Wie sind wir in unseren Lebens- und Arbeitsbereichen mit Widersprüchen konfrontiert, welche Erfahrungen haben wir mit eigenen Entwicklungsprozessen? Wer interessiert ist, kann gerne zur Vorbereitung in Kontakt mit mir treten unter Tel. (0 30) 691 93 57. Ich freue mich auf jede Anregung und Bereichung. Vorbereitung der Arbeitsgruppe: Thomas Waldhubel.

AG 6: Ökologische Wirtschaftspolitik

Diese Arbeitsgruppe soll eine Weiterführung des Themas 'Ökologische Wirtschaftspolitik' sein, welches im Februarseminar 1995 des TAK AÖ diskutiert wurde. Im Zentrum steht die Frage: 'Was bedeutet für den Einzelnen 'ökologisches Wirtschaften' ? Auf dieser Grundlage soll aufgebaut werden. Als Übergriffe zu diesem Thema sollen Ziele, Politikfelder, Instrumente und Normen vorgegeben werden.

Es wäre schön, wenn in dieser Arbeitsgruppe Strategien zum ökologischen Wirtschaften entwickelt werden können. Vorbereitung der Arbeitsgruppe: Nico Schindler.



AG 7: Einen alternativen Betrieb gründen

Vorbereitung der Arbeitsgruppe: Udo Schramm. ●

Das Sommerseminar der AG SPAK findet in Kooperation mit »Regenbogen e.V. Bayern« und »Mitwelt – Alternatives Bildungswerk in Sachsen-Anhalt« statt.

Anmeldung: Burghard Flieger, Erwinstr. 29, D-79102 Freiburg, bis 1.7.1995. Teilnahmegebühr: 300 DM. Überweisung an: Andrea Gerth, Postbank Ludwigshafen, Kto: 13 54 08-671.

VOLKSBEGEHREN IN BAYERN

Der neue Weg zur Direkten Demokratie

Über 1,2 Millionen BürgerInnen unterstützten das Volksbegehren »Mehr Demokratie in Bayern«. Sie fordern die Einführung des kommunalen Bürgerentscheids. Anfang Oktober wird es in Bayern – zum ersten Mal in Deutschland – eine Volksabstimmung über mehr Mitbestimmungsrechte geben.

Von Ralph Kampwirth, Zeitschrift für Direkte Demokratie, Bremen ● Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wird am 1. Oktober dieses Jahres das demokratische Prinzip »Volksabstimmung über die Volksabstimmung« verwirklicht. Und das ausgerechnet in der CSU-Hochburg Bayern. 1,2 Millionen Menschen – das entspricht 13,7 Prozent aller WählerInnen -trugen sich Mitte Februar innerhalb von nur zwei Wochen für das Volksbegehren zur Einführung des kommunalen Bürgerentscheids ein.

Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens sieht vor, daß das Recht auf Bürgerentscheid in Bayerns Gemeinden, Städten und Landkreisen eingeführt wird. Die BürgerInnen können dann künftig auch zwischen den Wahlen über wichtige Sachfragen wie Stadtgestaltung und Verkehrsplanung, Schulbauten und kommunale Energieversorgung direkt entscheiden.

Die überraschend hohe Beteiligung am Volksbegehren zeigt, daß die BürgerInnen direkt an politischen Sachentscheidungen beteiligt sein wollen. Sie wollen nicht nur ihr Wahlkreuzchen machen, zuschauen und sich dann über die Politik beschweren, sondern ein Großteil will selbst politische Verantwortung übernehmen. Die vielbeschworene Politikverdrossenheit erwies sich in Bayern einmal mehr als Parteien- und weniger als Demokratieverdrossenheit. Man muß die Menschen nur fragen und ernst nehmen, dann sind sie auch bereit, politisch zu handeln.

Erfolg einer Bürgerinitiative

Initiiert wurde das Begehren von der parteiunabhängigen Bürgerinitiative »Mehr Demokratie in Bayern«. Der Initiative gelang es in zweijähriger Arbeit, viele UnterstützerInnen zu mobilisieren. Alle Parteien außer der CSU, viele Umweltund Jugendverbände, Bürgerinitiativen und christliche Verbände votierten für das Volksbegehren. Auch ein paar CSU-Kommunalpolitiker unterstützen das Anliegen.

Über vierzig Jahre lang hat die CSU in Bayern die Einführung des Bürgerentscheids abgelehnt. Erst nach dem Erfolg des Volksbegehrens verabschiedete sie einen eigenen Gesetzentwurf, der den BürgerInnen ebenfalls zur Abstimmung vorgelegt wird. Der CSU geht es um »Schadensbegrenzung«. Ihr Entwurf hat die gesetzliche Regelung von Baden-Württemberg zum Vorbild. Dort gab es aufgrund vieler bürokratischer Hürden innerhalb von 40 Jahren bei 1.100 Gemeinden nur 210 Bürgerentscheide. Pro Gemeinde findet in Baden-Württemberg durchschnittlich nur alle 200 Jahre ein Bürgerentscheid statt. Ein denkbar schlechtes Beteiligungsangebot an die BürgerInnen.

Neben Baden-Württemberg können die BürgerInnen auch in Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen über kommunale Themen direkt entscheiden. Allerdings sind die Hürden auch in diesen Bundesländern sehr hoch. Deshalb finden Bürgerentscheide nur sehr selten statt.

Modernes und bürgerfreundliches Beteiligungsverfahren

Der Gesetzentwurf von »Mehr Demokratie in Bayern« sieht hingegen ein modernes und bürgerfreundliches Verfahren vor, das eine aktive Wahrnehmung dieses Mitbestimmungsrechtes zuläßt. Im Schnitt ein Bürgerentscheid pro Jahr und Gemeinde ist das Ziel von »Mehr Demokratie in Bayern«.

Bayern wird das erste Bundesland sein, in dem der Bürgerentscheid durch eine Volksabstimmung eingeführt wird. In Niedersachsen, Hamburg und Berlin wird derzeit über die Einführung von mehr Bürgermitbestimmung auf Kommunal- und Landesebene diskutiert. Das bayrische Volksbegehren beeinflußt schon jetzt die Diskussionen in diesen Ländern.

»Mehr Demokratie in Bayern« setzt bundesweit Signale. Der Erfolg des Volksbegehrens markiert einen wichtigen Kontrapunkt zum parteipolitisch betriebenen Abbau demokratischer Rechte in den letzten Jahren. Das Prinzip »Volksabstimmung über die Volksabstimmung« ist die richtige Antwort auf die Verweigerungshaltung der politischen Klasse gegenüber der Forderung, den BürgerInnen mehr Mitbestimmungsrechte einzuräumen. ●

Ralph Kampwirth ist Redakteur der »Zeitschrift für Direkte Demokratie«, Bremen

SCHWEIZER KOOPERATIVE

Energiegenossenschaft feiert Jubiläum

Die Genossenschaft ADEV, Arbeitsgemeinschaft für dezentrale Energieversorgung mit Sitz in Liestal hat am 6. Mai 1995 ihre 10. Generalversammlung abgehalten. Anläßlich des Jubiläumstages wurden mit den Mitgliedern und Kapitalgebern verschiedene dezentrale Energieanlagen im Bereich der Photovoltaik, Windenergie, Wasserkraft und der Wärme-Kraft-Koppelung besichtigt.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Innerhalb der ersten zehn Jahre hat die ADEV als alternatives Energiedienstleistungsunternehmen mehr als 20 dezentrale Energieanlagen als Betreibergesellschaft realisiert und sich für eine verbesserte Stellung der unabhängigen dezentralen Produzenten im Strommarkt eingesetzt. Trägerin der ADEV sind heute 528 Genossenschaften und rund 300 Darlehensgeber. Die Gründung der ADEV erfolgte am 18.4.1985 in Liestal unter Anwesenheit von 28 Gründungsmitgliedern.

Entwicklung zum Energiedienstleistungsunternehmen

Anschließend entwickelte sich die ADEV von einer Fördergenossenschaft für dezentrale Energieanlagen zum eigentlichen Energiedienstleistungsunternehmen, das die Realisierung und den Betrieb von Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen dem Kunden das fertige Produkt Nutzwärme ins Haus liefert. Heute stehen 11 Blockheizkraftwerke mit einer elektrischen Nennleistung von 640 kW in Planung und Betrieb.

Ab Ende der achtziger Jahre realisierte die ADEV mit engagierten Investoren auch Photovoltaik-Netzverbundanlagen. Eine eigentliche Pionieranlage entstand 1988 auf dem Fraumatt-Schulhaus in Liestal. Dort konnte mit Solarwechseltrichtern der ersten Stunde eine 9,3 kWp-Anlage realisiert werden. Heute betreibt die ADEV 9 Photovoltaikanlagen mit einer Nennleistung von 94,8 kWp. Für ihr Engagement zugunsten der Sonnenenergie wurde die Genossenschaft mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet. 1994 erhielt sie den Europäischen Solarpreis. Ebenfalls im vergangenen Jahr realisierte die ADEV das bisher größte Windkraftwerk der Schweiz auf dem Grenchenberg mit einer Nennleistung von 150 kW. Diese Anlage produziert jährlich ohne Schadstoffe den Strom von 30 Haushalten.

Marktchancen für dezentrale Energieanlagen

Im Rahmen ihrer genossenschaftlichen Tätigkeit hat die ADEV in ihren ersten zehn Jahren für verbesserte Rahmenbedingungen für unabhängige dezentrale Produzenten gekämpft. Die Diskussion in der Nordwestschweiz um die Abnahmepflicht der Elektrizitätsversorger für dezentral erzeugten Strom und die Festlegung von grenzkostenorientierten Rückliefertarifen wurden von der ADEV mitgestaltet. Auch heute ist die Frage der gesetzeskonformen Rückliefertarife noch nicht abschließend geklärt.

Die ADEV will als Non-Profit Genossenschaft auch zukünftig die Grundidee der Gründer hochhalten: Durch die Investition in risikoärmere ökologische Energieproduktionsanlagen soll die geforderte Energiewende mit Nutzung von erneuerbaren Energien und rationellen Energienutzungstechniken vorangetrieben werden. Nächstes Projekt ist ein Kleinwasserkraftwerk an der Birs. Kooperationen für andere Projekte sollen dazu führen, daß Klimaschutz in der Region konkret durch Taten umgesetzt wird. ●

Weitere Auskünfte: ADEV, Christalstr. 85, Postfach 550, CH-4410 Liestal

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

beiträge zur Religions- und Staatskritik Nr. 7

von Thomas Geisen zur richtigen Kritik an der Religion.

von Heinz Gess zum totalitären Gesellschaftsbild der Sannyasins

von Franz Helmut Richter zu dem Initiator einer grundlegenden Religionskritik Ludwig Feuerbach

von Gottfried Mergner zu dem fast vergessenen interkulturellen Pädagogen Ernest Joyhy

von Ulrich Klemm zum anarchistischen Gemeinschaftsprinzip

von Freerk Huisken zum Rechtsextremismus

von Zapapres zu den Chiapas

von Gerald Grüneklee zur Fragwürdigkeit von Wahlen

DM 15,- + P & V

Birkenfelderstr. 13

D-54497 Morbach

EUROPÄISCHE SOMMERSCHULE

Regionale Nachhaltigkeit – Konzepte und Projekte

Die globale Diskussion um gesellschaftliche Nachhaltigkeit hat auf regionaler und globaler Ebene zu einer Vielzahl an Projekten und Ideen geführt.

In diesem Zusammenhang wird am Bauhaus in Dessau vom 4. bis 11. August 1995 eine europäische Sommerschule stattfinden. Dort werden Projekte aus dem Bereich regionaler Nachhaltigkeit vorgestellt und diskutiert. Auf dieser Grundlage werden konkrete Fragen der Entwicklung und Realisierung nachhaltiger Regionalentwicklung erörtert.

Ziel der Sommerschule ist es, die inzwischen breite Diskussion um regionale Konzepte nachhaltiger Entwicklung interessierten TeilnehmerInnen aus unterschiedlichsten sozialen und beruflichen Feldern zugänglich zu machen. Zielgruppe sind insbesondere MultiplikatorInnen, die die Ansätze unter umsetzungsorientierten Gesichtspunkten in Bezug auf ihre jeweiligen Praxisfelder mit Experten diskutieren werden. Hier gibt es einen großen Bedarf an Wissenstransfer und an Auseinandersetzung über die Wege der Implementierung.

Konkret werden vier Projekte vorgestellt, die sich auf verschiedene Weise mit Fragen der Theorie, der Operationalisierung und der Implementierung von nachhaltiger Regionalentwicklung beschäftigen. Diese Projekte sind:

- das Forschungsprojekt -Nachhaltige Regionalentwicklung Trier-
- das Projekt -Ökolöwe – nachhaltige Regionalentwicklung Leipzig-
- der Grazer Ansatz -Ökofit für Regionen-

Mit der Auswahl dieser Projekte möchten wir einen möglichst breiten Überblick über verschiedene Ansätze und Ideen geben.

Die folgenden Fragen und Themen strukturieren den Verlauf der Sommerschule – sie beziehen sich – ebenso wie die vorgestellten Projekte selbst – auf Aspekte von Theorie wie auch auf die Umsetzung nachhaltiger Konzepte in konkreten Regionen:

- Von welchen Prämissen und Thesen geht die jeweilige spezifische Perspektive aus? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen zwischen den Ansätzen?
- Nach welchen Kriterien geschieht die Abgrenzung von Regionen bzw. räumlichen Einheiten?
- Welche Dimensionen gesellschaftlicher Wirklichkeit werden in den Konzepten thematisiert?
- An welchen regionalen Potentialen wird angesetzt bzw. welche Potentiale werden für nachhaltige Entwicklungen als wichtig betrachtet?
- Welche Handlungsfelder werden als umsetzungsrelevant angesehen?
- Wer sind die Träger von Entwicklungen und welche wichtigen Akteure werden benannt?
- Welche Rolle spielen regionale Kooperationen?
- Welche konkreten Schritte und Projekte sind beabsichtigt bzw. werden durchgeführt?
- Welche fördernden und hemmenden Wirkungen gehen von den überregionalen Rahmenbedingungen aus?
- Wie müßten sich diese Rahmenbedingungen ändern, um Schritte zu regionaler Nachhaltigkeit zu ermöglichen?

Diese Fragen werden um die Fragen und Interessen der Teilnehmenden ergänzt und verändert. Die Sommerschule versteht sich von ihrem Konzept her als Rahmen für einen offenen und durch die Teilnehmenden mitbestimmten und mitgestalteten Lernprozeß. ●

Weitere Informationen: Prof. Dr. Harald Spehl/Klaus Sauerborn/Dr. Ulla Peters, Nachhaltige Regionalberatung Trier, Sommerschule 95, Universität Trier, Drittmittelgebäude Postenkasten DM 20, D-54286 Trier, Tel. (06 51) 201-3224 oder -3130, Fax 201-3823

TAGUNG:

Selbstorganisierte Sozialwirtschaft zwischen Politik und Markt

Allen widrigen Umständen zum Trotz haben sich im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik bis heute eine Anzahl sozial- und kulturwissenschaftlicher Einrichtungen behaupten können, die mit den – zweifellos diskussionsbedürftigen – Attributen -alternativ- oder -selbstorganisiert- vielleicht vage, doch auch nicht so ganz unzutreffend beschrieben werden können. Zu denken ist hierbei vor allem an jene Vielfalt unterschiedlicher Projekte, die im Kontext der oppositionellen politisch-sozialen Bewegungen dieses Landes gegründet wurden, um mit den Mitteln der Wissenschaft die Realisierung emanzipatorischer Problemlösungen zu befördern. So gibt es außerhalb der traditionellen staatlichen und industriellen Wissenschaftseinrichtungen (oder doch zumindest relativ losgelöst von diesen) eine ganze Reihe von teils organisationsbezogenen (z.B. gewerkschaftseigenen), teils selbstorganisierten Forschungsinstituten, WissenschaftlerInnenkollektiven, wissenschaftlichen Beratungseinrichtungen und Informationszentren, Publikationsprojekten, Archiven, wissenschaftlichen Vereinen etc., in denen WissenschaftlerInnen nach neuen Bewegungsformen für die wissenschaftliche Praxis und ihre Verknüpfung mit den übrigen sozialen Bereichen suchen. Hinsichtlich ihrer Finanzierungsmöglichkeiten extrem abhängig von politischen Konjunkturen und Wenden, nicht selten auch Marktzwängen unterworfen, sehen diese Einrichtungen sich freilich einem permanenten ökonomischen Druck ausgesetzt, der oftmals auch zu einer Reduktion von politischen und wissenschaftlichen Ambitionen zwingt. Nimmt man hinzu, daß auch in diesem Feld mittlerweile eher Konkurrenz denn Kooperation zu herrschen scheint und der Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Bewegungen oftmals schon wieder zerrissen ist, dann drängt sich die Frage unabweisbar auf, ob sich die betreffende Wissenschaftsszene in ihrer gegenwärtigen Verfassung auf die kommenden Herausforderungen angemessen einzustellen vermag bzw. wie ihr dies im Rahmen des Möglichen besser als bisher gelingen kann.

Die von der Noies-Schrittweis-Stiftung geplante Tagung vom 9. bis 11. Juni 1995 in Kassel möchte die Gelegenheit bieten, eine Reihe von hiermit zusammenhängenden Problemen zu diskutieren. Sie betreffen u.a. Fragen der Geschichte und der Perspektive, der theoretischen Reflexion und der praktischen Organisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und oppositionellen sozialen Bewegungen oder Organisationen, der ambivalenten Rolle der GegenexpertInnen im politischen Prozeß, der Beziehungen zwischen den selbstorganisierten und den traditionellen Bereichen des Wissenschaftssystems, der Vergesellschaftung des Wissens, nicht zuletzt auch der Finanzierung wissenschaftlicher Projekte und der Selbstorganisation der selbstorganisierten Forschung.

Ziel der Veranstaltung ist:

- die Schaffung einer Möglichkeit zur Bilanzierung der Entwicklung der selbstorganisierten Wissenschaftsszene und zur Diskussion über ihre Perspektiven;
- die Förderung der Kommunikation zwischen sozialwissenschaftlichen Projekten einerseits sowie zwischen diesen und politisch-sozialen Bewegungen/Organisationen andererseits. Nicht zuletzt will sie eine Möglichkeit eröffnen für die Verständigung über Wissensbedarfe – Forschungsaufgaben – Probleme des Wissenstranfers – Perspektiven und Probleme der Kooperation;
- die Schaffung von Möglichkeiten zur Selbstdarstellung einzelner Projekte;
- die Vermittlung praktischer Hinweise zur Gründung und Finanzierung sozialwissenschaftlicher Einrichtungen und Vorhaben. ●

dp

Anmeldung & Information: Noies-Schrittweis-Stiftung, c/o FIB b. BdWi, Jörg Stadlinger, Postfach 543, 35017 Marburg, Tel. (0 64 21) 1 56 27, Fax 2 46 54

GOUVERNEUR UNTERZEICHNET HINRICHTUNGSBEFEHL GEGEN AFROAMERIKANISCHEN JOURNALISTEN MUMIA ABU-JAMAL

Autor soll endgültig zum Schweigen gebracht werden

Mumia Abu-Jamal ist ein weit über die Grenzen seiner Heimatstadt Philadelphia hinaus bekannter afroamerikanischer Journalist. Er war Präsident der »Association of Black Journalists« in Philadelphia und wurde für seine Arbeiten mehrfach mit Preisen und Ehrungen ausgezeichnet. Seine engagiert kritische Berichterstattung gegen Rassismus und Unterdrückung in den USA ihm Beliebtheit und den Titel »Voice of the Voiceless« eingebracht, aber auch den Haß von Verfechtern von »Law and Order«.

Seit seiner frühen Jugend war Jamal politisch aktiv, u.a. in der Black Panther Party, und jahrelang ständiger Polizeiüberwachung, Schikanen und Medienhetze ausgesetzt. Das belegen 700 Seiten FBI-Akten, die unlängst von der Verteidigung eingesehen werden konnten. Eine Gelegenheit, ihn wie angekündigt mundtot zu machen, ergab sich im Dezember 1981, als er seinem Bruder zu Hilfe kommen wollte, der ähnlich wie Rodney King von einer Polizeistreife mißhandelt wurde. Jamal wurde durch eine Polizeikugel lebensgefährlich verletzt, ein Polizist erlag seinen schweren Schußverletzungen. Obwohl sogar mehrere ZeugInnen der Anklage aussagten, der Todesschütze sei geflüchtet und obwohl nie eine Tatwaffe gefunden wurde, wurde Jamal noch in der Nacht der Festnahme zum »Polizistenmörder« erklärt und in einem Prozeß, von dem seine jetzigen Anwälte sagen, es sei zu keiner Zeit ein rechtsstaatliches Verfahren gewesen, von ausschließlich weißen Geschworenen schuldig gesprochen. Richter Albert Sabo verhängte am 3. Juli 1982 die Todesstrafe. Sabo ist berüchtigt als der Richter in den USA, der die meisten Todesurteile verhängt hat. Viele dieser Urteile mußten später wieder aufgehoben werden.

Seit Januar 1995 ist in Pennsylvania ein neuer Gouverneur im Amt, der Republikaner Thomas Ridge, der bereits im Wahlkampf ankündigte, nach 33 Jahren Pause in den Todeszellen »aufzuräumen« und die über 170 Gefangenen in Pennsylvanias Todestrakten nach und nach hinrichten zu lassen.

Als erster Gefangener starb durch die Todesspritze am 2. Mai 1995 Keith Zettelmeyer – am selben Tag, als Mumia Abu-Jamals Buch »Live from Death Row« (Live aus der Todeszelle) in den USA erschien (siehe Kasten »In Sachen Tod«). In seinem Buch, das von dem bekannten afroamerikanischen Schriftsteller John Edgar Widemann eingeleitet wird, setzt sich Jamal in 49 Essays kritisch mit Rassismus, dem Gefängnisalltag im Todestrakt, der Todesstrafe und der gegenwärtigen reaktionären gesellschaftlichen Entwicklung in den USA auseinander. Er zeigt sehr deutlich den engen Zusammenhang auf zwischen dem Abbau sozialer Programme und der Wiedereinführung der Todesstrafe in fast allen US-Bundesstaaten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Es ist gerade das Buch, das in Kürze in deutsch erscheinen wird (Agipa Press, Bremen), das wegen seiner eindringlichen Auseinandersetzung mit der Todesstrafenpraxis in den USA dort unter konservativen politischen Kräften zu einer finanziell und personell gut ausgestatteten Gegenkampagne geführt hat. Außer in den Fällen von Sacco und Vanzetti in den 20er Jahren und des Ehepaars Rosenberg in den 50ern ist noch nie in der jüngeren Geschichte in der Öffentlichkeit derart massiv die sofortige Hinrichtung eines politischen Gefangenen gefordert worden.

Gouverneur Ridge hat nun diesem Drängen am 2. Juni nachgegeben, den Hinrichtungsbefehl unterschrieben und den Exekutionstermin auf den 17. August, 22 Uhr festgelegt. Er kam damit auch den Anwälten zuvor, die angekündigt hatten, am Pfingstmontag einen 300 Seiten umfassenden Antrag für die Wiederaufnahme des Verfahrens bei Gericht einzureichen.

Die Verteidigung hatte, von dem bekannten Bürgerrechtler Leonard Weinglass geleitet, mit einer Pressekonferenz die neuen Fakten dieses seit fast 14 Jahren andauernden Justizskandals an die Öffentlichkeit gebracht.

Parallel dazu fanden und finden Demonstrationen in Philadelphia und anderen Städten der USA und weltweit statt. Nach den Aktionen, die in der Woche nach Pfingsten in auch in vielen Städten der BRD stattfanden, sollen am 3. Juli, dem Jahrestag von Mumias Verurteilung erneut bundesweit Veranstaltungen und Aktionen stattfinden. Darüber hinaus ist ein Bundestreffen der Unterstützungsgruppen am 24. Juni in Wuppertal und eine Demonstration am 22. Juli in Bonn geplant.

Mumia Abu-Jamals Leben ist in hohem Maße davon abhängig, wieviel Öffentlichkeit erreicht und wieviel politischer Druck innerhalb und außerhalb der USA auf die politisch Verantwortlichen erzeugt werden kann, so daß ihnen die Liquidierung Mumia Abu-Jamals vor einer informierten Weltöffentlichkeit unmöglich gemacht wird. Aus diesem Grunde rufen wir alle auf, sich für das Leben Mumia Abu-Jamals und für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen. Dafür ist jeder solidarische Beitrag wichtig, erscheint er allein gesehen auch noch so gering! ●

dp

ADRESSEN

Mumias neue Adresse:
Mumia Abu-Jamal
AM-8335
SCI Greene
1040 East Roy Furman Highway
Waynesburg, PA 15370
USA

Bremen
Kampagne Mumia Abu-Jamal
c/o Archiv '92
Postfach 150 323lz28093 Bremen
Tel. (04 21) 35 40 29
Fax 35 39 18
Bitte Kopien von Protestschreiben auch dorthin!

Wiesbaden
Unterstützungskomitee
Mumia Abu-Jamal
c/o Infoladen
Werderstr. 8
Tel. (06 11) 44 06 64 (Di & Do 17-19 Uhr)
Fax 30 20 83 (bitte kennzeichnen)

Berlin
Komitee »Right On«
c/o Papiertiger
Cuvrystr. 25
10999 Berlin
Fax ARI (030) 786 99 84

Anschriften für Protestbrief/Fax:

An den Gouverneur:
Governor of Pennsylvania
Mister Ridge
Main Capitol Building
Room 225
Harrisburg, PA 16652
USA
Fax: 001-717-783-1396

An den Gefängnisdirektor:
Superintendent James Pierce
SCI Greene
1040 East Roy Furman Highway
Waynesburg PA 15370
USA
Tel. 001-412-852-2902
Fax 001-412-852-2909

IN SACHEN TOD

Der Tod kehrt zurück nach Pennsylvania

Am 2. Mai 1995 machte Keith Zettelmeyer dunkle Geschichte in Amerika, als er, auf seinen eigenen Wunsch, von der Regierung exekutiert wurde. Und das trotz eines Gesuches für sein Leben, daß die gegen die Todesstrafe eingestellte Mutter des Opfers zu seinen Gunsten, im Rahmen eines »Gesuches eines nahen Freundes« vor dem Berufungsgericht und dem Bundesgericht einreichte.

Wer gegen das Gesuch arbeitete war Zettelmeyer selbst, der gegen die Gewährung des Gesuches war, da er darin nur die Verlängerung des Unvermeidlichen um einige Monate mehr sah. Seit nun über 14 Jahren hatte Keith Zettelmeyer 24 Stunden des Tages in einem Käfig zuzubringen. Er verbrachte die meiste Zeit nur in elektronischer Gesellschaft (z.B. Fernsehen), ohne jeden Kontakt zu Menschen, die als Freunde oder Familie bezeichnet werden könnten, erwartete er den Tod – absolut alleine.

Irgendeine Religion, die die Seele des Menschen erhöhte? Nein.

Irgendein Beschäftigungsprogramm von Seiten des Gefängnisses? Nein.

Irgendein Bildungsprogramm, um seine geistigen Fähigkeiten zu üben? Nein.

Zettelmeyer verließ seine Zelle seit 1986 nicht mehr. Nur um zur Dusche zu gehen, oder zum Haus des Todes (der Hinrichtungszelle d.Ü.).

Warum sollte Irgend jemand, Anwalt, Richter oder Journalist Überraschung gegenüber einem Mann vortäuschen, der eine solch miserable Existenz beenden wollte? Wie kann sich Irgend jemand über seinen Versuch wundern aus einer solchen menschengemachten Hölle zu entkommen?

Seit fast 15 Jahren hatte Zettelmeyer keines Freundes Hand mehr berührt, hatte kein Kind mehr gehalten, nicht mehr das Gesicht seiner Mutter, seines Vaters, seiner Schwester oder seines Bruders berührt. Woher das erstaunen über einen Mann, der einem solchen täglichen, tödlichen Fegefeuer ein Ende bereiten will? Wo sollte für einen solchen sich noch Hoffnung zeigen? Wer kämpfte für weiteres Leben – in der Hölle?

Es ist genau ein solches »Leben«, das Keith Zettelmeyer in diesem Selbstmord mit staatlicher Beihilfe trieb – dieser gewollten Begegnung mit dem Tod. Es war ein Leben von gewollter, staatlich entworfener Deprivation, von politisch gewollter Isolation und von staatlicher Trennung von der Familie. Es war ein »Leben« auf der Schwelle des Tode, ein Leben unter ständiger Bedrohung von absoluter Auslöschung, und ein »Leben« unter staatspsychologisch gewollter Depression. Kann der Staat dich in die Hölle versetzen, dich Bedingungen unterwerfen, die der Psychofolter entsprechen, und dich dann schließlich töten, wenn du danach verlangst? In Zettelmeyers Fall taten sie das.

So weit der Autor weiß, hat noch nie ein Anwalt von diesem humanistischen, lebenden Standpunkt aus argumentiert – für Zettelmeyer stellt sich diese Frage wahrhaftig. Wenn der schließliche Wunsch eines Gefangenen eine Frage ist, warum ist es dann keine Frage, welche Bedingungen ihn zu seinen Tode brachten? Sind solche Bedingungen der Gefangenschaft ohne Belang? In veröffentlichten Berichten wurde zitiert, Zettelmeyer freue sich auf seine Hinrichtung, da ihn das schließlich »befreien« würde.

Keiner der Berichte, die ihren Schwerpunkt darauf legten, was Zettelmeyer vermutlich wollte, hat je auch nur thematisiert, was alle Eingesperrten letztendlich wollen – Freiheit.

Wenn der Staat seine Hinrichtung Zettelmeyers damit rechtfertigen kann, was er selbst »wollte« – was, wenn er (eigentlich d.Ü.) »Freiheit« verlangte? Würden sie das gewähren? Wann wäre der Staat je auf das Wollen, Wünschen oder die Interessen eines Gefangenen eingegangen? Nur wenn er sterben will. ●

Mumia Abu-Jamal anläßlich der Hinrichtung Keith Zettelmeyers in einem Brief

BUCHBESPRECHUNG

Modellregion: »Biosphärenreservat Rhön«

1991 erkannte die UNESCO die Rhön als Biosphärenreservat an. Biospärenreservate sind großflächige, repräsentative Ausschnitte von Natur- und Kulturlandschaften. In diesem Zusammenhang wurden in einem Rahmenkonzept für diese Region an den Grenzen zwischen Thüringen, Hessen und Bayern weitreichende Ziele für Landwirtschaft, Naturschutz, Verkehr, Wirtschaft und Tourismus aufgestellt und die Bedingungen für eine Kursänderung in diesen Bereichen verbessert. Das Biosphärenreservat ist in drei Zonen eingeteilt: die Zone ohne menschlichen Eingriff (2% der Fläche), die Pflegezonen (35%) mit naturnaher Nutzung und die Entwicklungszone, in der die Siedlungsgebiete und andere »genutzte« Flächen liegen. Wie unschwer vorstellbar ist, gab es in der Ausweisungsphase um diese Zonierung, die eine der Hauptaufgaben des Rahmenkonzeptes war, auch die meisten Auseinandersetzungen.

Grundgedanke dieses Rahmenkonzeptes ist es, zu zeigen, daß der Mensch die Biosphäre nutzen kann, ohne sie zu zerstören. Die Umsetzung dieses Zieles soll durch die Nutzung und Aktivierung der in der Region schon vorhandenen Potentiale in den oben genannten Feldern, durch intensive Kooperation zwischen den Bereichen und durch umfangreiche Schulung und Beratung der Beteiligten erfolgen. Regionalwirtschaftliche Synergieeffekte werden angestrebt und sind teilweise auch schon sichtbar, vor allem zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. So werden viele landwirtschaftliche Produkte, die in der extensiven, umweltfreundlichen Wirtschaftsweise produziert werden – die auch der Natur in der Rhön am wenigsten schadet – in der lokalen Gastronomie vermarktet.

Der vorliegende Band stellt die fachlichen Ziele sehr ausführlich dar und benennt die weiteren Stufen der Umsetzung. Der Landwirtschaft, die aus Nutzung und Pflegemaßnahmen besteht, wird im Rahmenkonzept die wichtigste Rolle bei der Erhaltung der Kulturlandschaft zugesprochen. Zusätzlich sollen der ökologische Landbau, die Extensivierung und neue Formen der Direktvermarktung gefördert werden. Naturschutz und Landnutzung werden als gegenseitige Bedingung verstanden, angestrebt wird hier vor allem die Erhaltung der derzeitigen Qualität. Fremdenverkehr und Erholung sollen ausgebaut werden, aber in umweltfreundlichen und die Kulturlandschaft wenig belastenden Formen. In der Wirtschaftspolitik sollen vorrangig die endogenen Potentiale genutzt und in kleinen Projekten gefördert werden – auf Großprojekte wird verzichtet.

Die Umsetzung und Ausformulierung der Ziele soll in enger Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen erfolgen. Konkret ist das Rahmenkonzept ein »Überbau« über verschiedene Planungsebenen, der dann in den Politikfeldern (z.B. Landschafts- und Regionalplanung) in Verwaltungshandeln umgesetzt wird und auch durch die Subventions- und Kreditvergabe (z.B. in der Landschaftspflege oder bei der Existenzgründung) Einfluß nimmt.

Wenn auch nur die Hälfte der im Rahmenkonzept angestrebten Ziele erreicht werden, wäre schon ein erfolgreiches Beispiel für die sozial-ökologische Umgestaltung einer Region gegeben, das beweisen würde, daß viele Bereiche – wie etwa Landwirtschaft und Naturschutz – miteinander kooperieren können, ja sogar müssen, wenn der ökologische Zustand einer Kulturlandschaft und Arbeitsplätze erhalten werden sollen. Das Buch ist mit seinen detaillierten Angaben und der sehr übersichtlichen Strukturierung trotz des relativ hohen Preises eigentlich geschenkt. ●

Bernd Hüttner

Planungsbüro GREBE u.a.: Biosphärenreservat Rhön. Rahmenkonzept für Schutz, Pflege und Entwicklung; Neumann Verlag Radebeul 1995, 426 Seiten A 4, mit Fotos, Karten und Tabellen, 39,80 DM (Vertrieb über Ulmer Verlag Stuttgart)

JOBSUCHE

Geselle sucht Job in selbstverwalteter, ökologisch orientierter Tischlerei irgendwo.
☎ (05 21) 270 31 97

Heilpädagoge, 4 Berufe, 56 J., kerngesund, Naturkost- und Wildpflanzenvegetarier seit 1981 sucht sozialintegratives, natur-umwelt-menschenrechtsschutz förderndes selbstverwaltetes Kinder-Jugend-Erwachsenenprojekt zur Mitarbeit i.d. Bäderstädten Bad Homburg-Bad Nauheim-Bad Vilbel.
☎ (0 61 72) 7 90 59

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

VERKÄUFE

Berthold Fotosatzanlage zu verkaufen: Workstation 1.5; Belichter LI 80 mit dazugehörigem RIS; Outputswitch (damit kann ein Postscript-RIP zusätzlich an den Belichter angeschlossen werden; Konvertierungsprogramm für ASCII-Daten zu Berthold. VB 16.000,– DM.
☎ (0 40) 390 00 48 oder 31 53 57, Penselin.

FREIES RADIO

Hört! Hört! Nach megaher(t)zlichem Kampf haben wir die erste Hürde genommen: die Bürger-Radio-Idee ist im neuen Hessischen Rundfunkgesetz verankert! Werdet Mitglied bzw. Fördermitglied bei Radio Quer – Initiative für ein unabhängiges und werbefreies Lokalradio Mainz/Wiesbaden.
Pierre ☎ /Fax (06 11) 60 86 49 oder (01 72) 610 99 54
P.S.: Wir suchen kostenlos Tonstudio- bzw. Hi-Fi-Geräte und Schallplatten, etc...

PROJEKTE

Bioland-Hofgemeinschaft (13 Erwachsene und 3 Kinder) sucht für Vollkornbäckerei ein/e BäckergesellIn – oder jemand, der TOTAL Lust aufs Backen hat –, der/die im Kollektiv leben und arbeiten will.
Wir backen 4 Tage in der Woche und verarbeiten unser eigenes Getreide. Außerdem betreiben wir Landwirtschaft mit Bullenmast und Milchviehhaltung, eine große Gemüsegärtnerei und eine Käserei. Unsere Produkte werden zum großen Teil direktvermarktet.
Wer Interesse an selbständigem Arbeiten und kollektivem Zusammenleben hat, melde sich bitte unter Tel. 05332/3547 Lindenhof.

Wir suchen MitbewohnerInnen, die Lust und Erfahrung auf Gründung eines **Kneipen-Kollektivs** mit ökologischem Mittagstisch in einem neuen Projekte-Zentrum in nahe gelegener Kleinstadt haben.
Wir sind die BewohnerInnen der Finkenburg, eine große Land-WG zwischen HB und Verden mit Mosterei, Töpferei und biolog. Baustoffladen i.Gr. Ökologie, Selbstverwaltung und Kinder sind willkommen.
☎ (0 42 04) 14 97

Wohn- und Arbeitsgemeinschaft mit Gaststättenbetrieb am Bodensee sucht MitarbeiterInnen.
Eulenspiegel
Dorfstr. 25
D-88142 Wasserburg
☎ (0 83 82) 88 78 75

TOURISMUSBOYKOTT

Mit der Einnahmequelle des Tourismus finanziert der türkische Staat einen Großteil des Militärgeräts, das gegen die kurdischen Menschen im Vernichtungskrieg eingesetzt wird. Wenn Ihr nicht wollt, daß mit Euren Geldern einen Völkermord unterstützt, dann boykottiert den Tourismus in der Türkei! Kein Geld für den Krieg! ●

Bücher sind die Software für's Hirn!
Unser aktuelles Buchprogramm informiert über ca. 400 Titel zu Anarchismus, Kapital & Arbeit, Ökologie, Welt(un)ordnung, libertären Tendenzen in Pädagogik und Kultur & vielem mehr.
Einfach anfordern!
ANARES Nord
Versandbuchhandlung, Postfach 2011, 31315 Sehnde, Tel. 05132 7415

FÜR DENKENDE ANLEGER

ÖKO-INVEST erscheint alle 2 Wochen mit aktuellen Informationen für Ihre Geldanlage. Jede Ausgabe bringt Ihnen Aktien–Analysen, Charts, Depotempfehlungen, Buchtips, Terminhinweise und umweltbezogene Schwerpunkte. Damit Sie wissen, welche Unternehmen sauber sind und es auch bleiben.

ÖKO INVEST
INVESTMENT MIT VERANTWORTUNG & ERFOLG.

Um Ihr kostenloses Probeexemplar ÖKO-INVEST zu erhalten, schicken Sie uns einfach eine Postkarte oder ein Fax mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse.

ÖKO-INVEST Verlags-GmbH
Schweizertalstr. 8-10/5
A-1130 Wien
Tel. 0043/1/535 18 15
Fax 0043/1/535 46 69

ANtifaschistische NAchrichten Saar

Neue Ausgabe
Mai/Juni 95
Nr.23 - 3,- DM

- "Verfolgung linker Opposition hat Kontinuität" 2. Teil.... - 1977
- 50 Jahre Selbstbefreiung aus dem KZ Buchenwald
- Über die Verfolgung von Roma und Sinti
- Newroz 1995 - Einmarsch der türkischen Armee im Irak
- Rundreise von MLN(M) und NAPO in der BRD

Weitere Artikel zu:
- Internationalismus
- Politische Gefangene
- Antirassismus/Antifaschismus

ANtifaschistische NAchrichten Saar ☆ Landwehrplatz 2 ☆ 66111 Saarbrücken
☆ 0681/390 88 63 ☆ Einzelheft: 3,- DM plus Porto ☆ Jahresabo: 27,- DM incl.

WER GEWINNT IM ÖKOMONOPOLY?

Wie wir die Länder der `Dritten Welt´ zum gedankenlosen Umgang mit der Natur zwingen, wie das Wachstum der Wirtschaft unweigerlich ein Wachstum an Umweltzerstörung mit sich bringt und wie es anders sein könnte, ohne uns ins Mittelalter zurückzubefördern, zeigt unser

WIRTSCHAFTSPAKET.

Die umfangreiche wie informative Materialsammlung zum Themenkomplex Ökonomie und Ökologie erhalten Sie, indem Sie uns zwölf Mark in Briefmarken mit dieser Anzeige schicken.

BUND JUGEND
Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Postfach 300 249
53182 Bonn

Solidarisch handeln – Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:
- Druckindustrie
- Textil
- Ernährung
- Industriegase
- Landwirtschaft

Taller de la solidaridad

Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax: (0 61 51) 6 40 66
Spendenkonto: Postgiro Frankfurt
BLZ 500 100 60 Kto 48 78 02-6 03
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen!

GEGEN GIPFEL

Dokumentation des Gegengipfels zur Ministerratstagung der Europäischen Union am 9.-11.12.94 in Essen

Herausgeben vom „Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel" · Umfang: 64 Seiten · Preis: 8,- DM

Unrast Verlag · Postfach 8020 · 48043 Münster

RADIO VON UNTEN
Das alternative Medienmagazin

seit über acht Jahren unterwegs in Sachen **Basis-Radios in Ost und West, Musikpiraten, Alternativpresse, Subkultur, Computer- und Hackerszene, weltweite politische Untergrundsender, internationale Hörfunkentwicklung, Radio-Technik, aktuelle Bücher und CDs und vieles mehr.**

ständige Mitarbeiter: Hans Weber, Kai Böhne, Rainer Pinkau, Stephan Oettel, Joe Vedde u. a.

Einzelheft 5 Mark, Jahresabo 49 Mark, aktuelles Probeheft für 3 Mark in Briefmarken bei:

RADIO VON UNTEN
Verlag Rainer Pinkau, Postfach 110 322, 37048 Göttingen, Tel.: 0551 - 55121, Fax: 0551 - 44871

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
10117 Berlin, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58 (auch Fax); 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 52 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Rankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; 67433 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01277 Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 396 30 71 (auch Fax); Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 10117 Berlin, Ricarda Buch, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58; Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen Post Hönisch, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax (04231) 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎ (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE-LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

BÄCKEREIEN

Bäckerei-Kollektivtreffen
Auch in diesem Jahr treffen sich wieder Backkollektivis zum Kennenlernen und Austauschen und zwar am 24./25.Juni (Sa/So) auf der Burg Lutter, einer Kommune nördlich vom Harz (nicht nur) mit Tagungshaus und Holzofenbackstube.
Informationen:
Hofgemeinschaft Lindenhof
(Klaus) Presseweg 6
D-38170 Eilum
☎ (0 53 32) 35 47

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine schon über acht Jahre bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit rund 65 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten unser Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben sich mit alternativen Lebensformen auseinander zusetzen.
Termine: 13. bis 15.10. und 1. bis 3.12.95

Anders leben – anders arbeiten – anders entscheiden
Daß es noch andere Möglichkeiten der Entscheidungsfindung der Lebens- und Arbeitsgestaltung gibt, als die in unserer Gesellschaft übliche, will dieser Bildungsurlaub am Beispiel der Kommune Niederkaufungen aufzeigen.
Termin: 18. bis 22.9.95
Information & Anmeldung:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30

NETZ

Gute Ideen (noch) besser verkaufen
Wie kommt ein kleines »anderes« Unternehmen langfristig zu mehr und besseren Aufträgen? Durch eine gute Idee, durch ein gutes Abgebot und durch gute Selbstdarstellung.
Wie der Weg dahin aussieht und was zu einer guten Selbstdarstellung gehört, wird an einem praktischen Beispiel Schritt für Schritt erarbeitet und anhand theoretischer Inputs näher betrachtet.
Termin: 23.6.95, Werkstatt Düsseldorf

Über den Umgang mit der Zeit
Persönliche Arbeitsmethodik: Wie steigere ich meine Konzentrationsfähigkeit? Wie analysiere und gewichte ich mein Aufgabenprofil? Wie plant man eine Aufgabe? Wie setze ich Prioritäten? Worauf kommt es bei der Zeitplanung an? Wie optimiere ich meinen Schreibtisch/meine Organisation?
Termin: 23./24. Juni, Ökozentrum Frankfurt

Steuern kennen und sparen lernen
Durch praxisbezogene Herangehensweise ans Thema Steuern (verschiedene Steuerarten, wie können Kostenarten beeinflußt werden, ihre Auswirkungen auf das Betriebsergebnis) werden die TeilnehmerInnen zu sicheren und kompetenten GesprächspartnerInnen ihres Steuerberaters. Zielgruppe sind MitarbeiterInnen im Finanz- und Buchhaltungsbereich in kleineren Betrieben und Projekten.
Termin: 30.6./1.7.95, Ökozentrum Frankfurt

Neue Wege in der Versicherung
Ihr sollt in die Lage versetzt werden, die Notwendigkeit verschiedener Versicherungen besser beurteilen zu können, sowie einzelne Versicherungen in ihrem Verhältnis von Qualität und Leistung zu analysieren. Insbesondere bei Vereinen/gGmbHs, die wirtschaftlich tätig sind, kann eine Risikovorsorge nötig sein. Welche Arten der Vorsorge notwendig und sinnvoll sind, ist das Thema dieser Veranstaltung.
Termin: 27. Juni, München
Information & Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung
& Selbstorganisation
Schäfergasse 46
D-60313 Frankfurt
☎ (0 69) 28 87 16

AG SPAK

Sommerseminar
Alternative Ökonomie
vom 14. bis 23.7.95 in Münstertal (südl. von Freiburg). Näheres s. Seite 12 in dieser Ausgabe
Anmeldung
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
79102 Freiburg

RAT & PLAN

Arbeitsrecht
Sie sind Vorstand in einem Verein, geschäftsführend tätig in einem Unternehmen oder EinzelunternehmerIn – die oft verdrängten Grauzonen zwischen freier Mitarbeit, Subunternehmertum, Dienst- und Werkvertrag oder angestellter Tätigkeit können plötzlich teuer werden. Deshalb ist es besser, rechtzeitig Bescheid zu wissen, auch gerade über die rechtlichen Probleme bei der Gestaltung von Verträgen für ArbeitnehmerInnen (Unterschied zwischen ArbeiterInnen und Angestellten).
Termin: 21.6.95, 18-21 Uhr
Information & Anmeldung:
Rat & Plan GbRmbH
Am Felde 2
D-22765 Hamburg
☎ (0 40) 390 81 10
Fax 390 81 86

SOMMERCAMP

Anarchistisches Sommercamp in Hamburg
Die Anarchistische Föderation Hamburg (AFH) plant für die Zeit vom 22. bis 30. Juli 1995 ein Sommercamp auf einem Campingplatz in der Nähe von Hamburg. Eingeladen sind alle AnarchistInnen, die für den Sommer noch keine Pauschalreise gebucht haben.
Leute, die Lust haben daran teizunehmen, jetzt oder später mehr Infos zu bekommen oder sich aktiv an den Vorbereitungen zu beteiligen, sollten sich an die AFH, c/o Libertäres Zentrum
Lagerstr. 27
D-20357 Hamburg
wenden.

JUGEND & UMWELT

Bundesweites Projektwerkstättentreffen
in der Projektwerkstatt Oetinger Villa in Darmstadt. Vom 16. bis 18. Juni 1995
Information & Anmeldung:
Projektwerkstatt
Kranichsteiner Str. 81
64289 Darmstadt
☎ (0 61 51) 71 23 65
Fax 78 24 38

Anders-Leben-Workcamps
(für junge Erwachsene von 15-27 Jahre)
Mitleben und mitarbeiten in einem Anders-Leben-Projekt
Du träumst von einem selbstbestimmten Leben und Arbeiten in Gemeinschaft mit weitgehendster Vermeidung von Naturzerstörung und Ausbeutung anderer Menschen, wie z.B. der 3. Welt? In Verbindung mit politischer Arbeit? Es gibt in Deutschland eine ganze Reihe von Projekten, in denen eine solche Lebensweise gelebt und entwickelt wird. In drei dieser Projekte finden in diesem Sommer Workcamps statt. Auf diese Weise kann mensch Einblick in Leben und Arbeiten des jeweiligen Projektes bekommen. Begleitet werden die Camps vom Dialog mit Mitgliedern der Projekte und Arbeitskreisen über die Hintergründe.
Die drei Workcamps:
1. **Im Anders-Leben-Projekt** in und bei Reiskirchen-Saasen (Hessen): Hier entsteht ein Netz selbstverwalteter Betriebe und Häuser mit gemeinsamer Kasse, gemeinschaftlichem Wohnen und ökologischer Ausrichtung. Beteiligt ist auch die Saasener Projektwerkstatt.
Datum: 5.8.-19.8.95
TeilnehmerInnenbeitrag: 70,- DM
2. **Im Ökodorf-Projektzentrum** im Wendtland (Sachsen-Anhalt): Lebensgemeinschaft mit stark ökologischer Orientierung; Zielsetzung des Aufbaus eines Ökodorfs, sowie Öffentlichkeitsarbeit und Seminarbetrieb.
Datum: 26.6.-2.7.95
TeilnehmerInnenbeitrag: 60,- DM
3. **In der Ökumenischen Arbeits- und Lebensgemeinschaft** im Wendtland (Niedersachsen): Verbindung von Spiritualität und politschem Engagement auf dem Hintergrund eines einfachen Lebensstils.
Datum: 3.7.-15.7.95
TeilnehmerInnenbeitrag: 60,- DM
Sonst noch was: Meldet Euch bitte bevorzugt bei dem in Eurem Bundesland stattfindenden Camp an.
Anmeldung: Kai Surendorf, Unterstr. 12, Bad Bentheim

MEDIEN

Image und Öffentlichkeit:
Mit professioneller Außendarstellung Öffentlichkeit für politische und soziale Ideen schaffen
Zeitschriften, Broschüren, Handzettel, Werbeanzeigen und Ge schäftsdrucksachen: Politische Initiativen, soziale und kulturelle Einrichtungen und Institutionen müssen bei der Darstellung ihrer Inhalte und Präsentation ihrer Angebote in der Öffentlichkeit mit kommerziellen Anbietern konkurrieren. Oft werden interessante Informationen nicht gelesen und rezipiert, Angebote erreichen ihre Zielgruppe nicht, weil die Außendarstellung nicht stimmt. Wer von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden will, muß Ziele und Eigenpersönlichkeit der eigenen Einrichtung als positives Image ins Bewußtsein der Zielgruppe rücken. Statistik und wissenschaftliche Begleitung helfen, Ergebnisse der eigenen Arbeit zu konkretisieren.
Termin: 24. bis 25.6.1995
Ort: Jugend- und Economy-Hotel Nürnberg, Gostenhofer Hauptstr. 47-49, 90443 Nürnberg
Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie, Sigrid Zauter, Holzschuherstr. 6, 90459 Nürnberg ☎ (09 11) 26 88 46 (Sigrid Zauter) oder (0 89) 167 51 06 (Peter Lokk)

AG SPAK

Masse und Macht:
Wie haben junge und ältere Menschen totalitäre Strukturen dieses Jahrhunderts erlebt bzw. wie erleben sie sie heute? – ein intergenerativer Dialog
Blicken wir heute, 1995, 50 Jahre zurück in das Jahr 1945, von der befreiung von Auschwitz über den Abwurf der ersten Atombombe bis zum Ende des 2. Weltkrieges, so errblicken wir in diesem kurzen Zeitraum von 200 Tagen (27.1.-14.8.1945) dieses Jahrhundert als eine Geschichte der Gewalt und Destruktivität und der Versuche, politische Antworten auf diese Geschichte zu finden. Wir müssen den Beginn eines neuen Zeitalters erkennen, den des Atomzeitalters – die Fortführung der Atomisierung des Lebens.
Diese »gespaltene Zukunft« (Canetti) stellt den Hintergrund dar, vor dem wir unseren intergenerativen Dialog des Vorjahres fortsetzen wollen – ja wir müssen um unser selbst willen – uns gegenseitig zu diesem unglaublichen Geschehen befragen. Wir wollen in unserer Erinnerung und in unseren Auffassungen »kramen«, um den ernsthaften Versuch zu machen, zu begreifen – aus eben unseren unterschiedlichen Zeitzeugenschaften. Wir wollen gemeinsam danach fragen, wie und wo Masse und Macht in unseren Lebensentwürfen und Lebensgeschichten wirksam geworden sind.
Der teilnehmerInnenkreis dieser Tagung ist weit gefaßt: Menschen im Alter von 16 bis 75 jahren aus Ost und West. Wir alle haben also 10 Tage Zeit, uns als Protagonisten unterschiedlicher Generationen kennenzulernen. Wir haben Gelegenheit, in Ruhe miteinander zu leben, also miteinander zu sprechen, den Alltag auch praktisch zu gestalten, und zu verantworten und darüberhinaus uns mit anderen Menschen auszutauschen. Wir haben die außerordentlich bedeutsame Möglichkeit, uns notwendig verantwortlich zu begreifen für das, was mit jedem selbst und allen anderen Menschen sowie der gesamten Umwelt gescvhieht.
Der Rahmen hierfür ist kein vorgefertigter, progammatischer, sondern ein vielmehr zu gestaltender.
Termin: 7. bis 16.7.95, Bahnhof Göhrde
Information & Anmeldung:
Kinder- & Jugendzentrum
Bahnhof Göhrde
D-21369 Nahrendorf-Breese

Studienwerkstatt Antirassistische Praxis und Pädagogik
In der Studienwerkstatt wird es darum gehen, gängige Erklärungsmodelle und Problemzuschreibungen zu überprüfen und neue Modellkonzepte mit ihren Chancen und Grenzen kennenzulernen. Für eine wirkungsvolle antirassistische Praxis in Prävention und Krisenintervention ist es grundlegend, die Bedingungen, unter denen Vorurteile und Rassismus für die Menschen zur Identitätsbildung und Lebensbewältigung nützlich zu sein scheinen, aufzuklären und zu beeinflussen.
Termin: 14.-16.8.95, Gelnhausen
Information & Anmeldung:
AG SPAK
Adlzreiter Str. 23
D-80337 München
☎ (0 89) 77 40 78
Fax 77 40 77

SOZIALPOLITIK

Auswirkung von Wertewandel auf die soziale Arbeit – Ergebnisse der Trendforschung
Trendforscher Matthias Horx, Mitbegründer des ersten deutschen Trendbüros wird die Ergebnisse seiner Arbeit vortragen. Matthias Horx liefert seit 1992 der Wirtschaft eine Zukunftsprognostik, die zur Kenntnis genommen werden muß. Oder ist Trendforschung nur ein »geistreiches Unterhaltungsspiel der Gegenwart« (so Prof. D. Baackes)?
Kann die Trendforschung Horx's Hilfe zur Überwindung der Gegenwartsblindheit sein? Eine gründliche Analyse der deutschen Alltagskultur könnte helfen, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Oder kennen wir sie schon? Horx: Ein besseres Verständnis der kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen soll nicht nur die Waren, sondern auch die Dienstleistungen und mit ihr die soziale Arbeit »intelligenter« machen. Trendbüro beobachtet ständig die »Zeichensprache der Gesellschaft« und extrapoliert Trends in die Zukunft hinein. Die »Trendwelten« können zukünftige Dienstleistungs- und soziale Entwicklung erlebbar machen.
Termin: 27.6.95 in Köln
Paritätisches Bildungswerk
Loher Str. 7
D-42083 Wuppertal
☎ (02 02) 28 22-0
Fax 8 56 14

FREIRE

»Lernen mit Phantasie und Spaß: Freire-Pädagogik für Initiativen und Projekte«
ist der Titel eines Wochenendseminars vom 8.-10.9. in der Jugendakademie Bornheim-Walberberg (Rheinland). Gemeinsame Veranstalter sind die Stiftung MITARBEIT und die Paulo-Freire-Gesellschaft. Das Seminar soll einerseits Grundelemente der Methode des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire vorstellen, andererseits Anregungen und Ideen für ihre praktische Anwendung geben. Anmeldung und nährere Informationen: Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn, Fax (02 28) 69 54 21

ÖKOLOGIE

Macht's gut und danke für den Fisch!
Kongreß zum Umweltrecht
vom 30. Juni bis 2. Juli 1995 an der Uni Bremen
Information & Anmeldung:
Ralf Salmen
Borgfelder Str. 9
☎ (04 21) 37 24 18

Mensch-und naturverträgiches Bauen & Wohnen
Ein teilnehmerorientiertes Forum mit Experten: Architekten wie BewohnerInnen von ökologischen Häusern und Siedlungen. Erfahrungsaustausch in Klein- und Großgruppe, Entwicklung von Realutopien mit beliebigen Ausdrucksmitteln, Erörterung konkreter Umsetzungsmöglichkeiten (Förderprogramme, BewohnerInnenbeteiligung, Modellprojekte)
Termin: 29.7.-1.8.95 in Hütten/Thüringen
Information & Anmeldung:
ZBB, Adlzreiter Str. 23
D-80337 München
☎ (0 89) 721 14 12
Fax 77 40 77

CASH COOP

Das KJHG als Förderinstrument
Termin: 27. Juni 1995, Kassel
Fördermöglichkeiten durch Stiftungen
Termin: 28. September 1995, Wiesbaden
Info & Anmeldung:
cash coop, Baumweg 10
D-60316 Frankfurt
☎ (0 69) 44 30 16
Fax 405 95 95

FRIEDENSDIENST

Ziviler Friedensdienst – Damit der Frieden laufen lernt?
Konzepte, Zielsetzungen, Ausbildung. Diskussionsveranstaltung mit Kurt Südmersen (BSV).
Termin: 4.7.95, 19.30 Uhr,
VHS Heidelberg, Bergheimer Str. 87

Zivile Friedensdienste – Weichenstellung für eine zivile Konfliktbearbeitung in Europa
Diskussionsveranstaltung mit Prof. Andreas Buro (Komitee für Grundrechte und Demokratie)
Termin: 5.10.95, 19.30 Uhr,
DAI Heidelberg, Sofienstr. 12
Kontakt:
Werkstatt für GA, Baden
☎ (0 62 21) 16 19 78

LIBERTÄRER JAHRMARKT

Auch in diesem Jahr wird es wieder einen »Libertären Jahrmarkt« geben. Organisiert wird das in Berlin größte Straßen- und Infofest von einigen Menschen aus unterschiedlichen Strömungen und aus Ost und West.
Das ganze findet am 15.7. auf dem Senefelder Platz statt. Attraktiv wird auch wieder das Rahmenprogramm mit einer großen Bühne, durchgehender LiveMusik, Jahrmarktdarbietungen, Kinderprogramm, ein Veranstaltungs-und Ausstellungszelt. Geplant ist weiterhin ein Großvideoprogramm und zum Abschluß wie immer ein Open-Air-Kino. Aber auch Infostände der politischen Gruppen Berlins sorgen für die geistige und leibliche Nahrung.
Wer sich hier noch beteiligen will, erhält nähere Informationen bei: Libertärer Jahrmarkt, c/o Colpo, Kreuzbergstr. 43, D-10965 Berlin, Fax (0 30) 785 91 81

CONTRASTE-REGISTER

Register Nr. 1-100

9 Jahre CONTRASTE. Sach-, Personen- und AutorInnen-Register.
Gegen DM 50,– (Vorkasse) zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach